Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 91 | Sommer 2011 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Skins, Punks, Bootboys

Einblicke in die Grauzone

Wo unpolitisch oftmals rechts ist



Inhalt

Rubriken

6

Foto: flickr.com -cc- silviaths

28

Foto: flickr.com -cc- extranoise

54

Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

Diskussion

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
www.nadir.org/nadir/periodika/aib/pgp.asc
PGP-Fingerprint:
C144 9F95 4A9E DB0A 5243 180F 850F D010

Titelfoto: Symbolbild © Hunta – Fotolia.com

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Anknüpfend an dem Artikel »Zwischen Kitsch und Subkultur« (AIB # 89), der den rechten Hintergrund der angeblich »unpolitischen« Popband Frei.Wild aufzeigt, steht die kulturelle Grauzone im Fokus dieser Ausgabe. Grauzonen gibt es in vielen (Musik-)Kulturen: im Metal, im Hip-Hop, in der Dark Wave und Gothic-Szene. Doch haben wir diesen Schwerpunkt ganz auf die Betrachtung des Punk und Oi ausgerichtet. Nicht zuletzt da viele Räume, die sich als »alternativ« verstehen, direkt damit konfrontiert sind. Im nächsten AIB wird eine Betrachtung des Hardcores folgen.

Im Ressort »Antifa« wird ein sehr aktuelles und überaus diskussionswürdiges Thema eröffnet: In jüngster Zeit häufen sich die Fälle sog. »Umsteiger«. Gemeint sind Personen, die eine gewisse Zeit aktive Neonazis waren, und dann aus unterschiedlichen Beweggründen und auf unterschiedliche Weise antifaschistisch aktiv werden (wollen). Die Motivlagen, die Entwicklungsläufe und die Intensität können sehr unterschiedlich sein. In dem Artikel auf Seite 28 und dem anschließenden Interview haben wir versucht, grundlegende Standards für eine antifaschistische Bewegung im Umgang mit diesen Personen zu formulieren.

Fortgeführt wird in dieser Ausgabe die Disskussion um Begriffsalternativen zum »Rechtsextremismus«. Die Leipziger »Inex« kritisiert jegliche »extrem«-Wortschöpfungen und macht sich für den klassischen (Neo)Nazi-Terminus stark.

International liegt unser Schwerpunkt auch in dieser Ausgabe mal wieder auf Osteuropa. Nach wie vor verschlechtert sich die Situaton dort in vielen Ländern. Umso wichtiger ist es, darüber kontinuierlich zu berichten. Junge Antifaschist_innen aus der südserbischen Stadt Niš haben uns einen subjektiven Bericht über ihre Situation geschrieben. Doch ist das dort Beschriebene durchaus wörtlich zu nehmen.
An dieser Stelle sei noch der Artikel »Der Staat tritt nach« auf Seite 46 um neueste Informationen ergänzt, welche jüngst von der taz aufgedeckt wurden: Die Dresdner Polizei hat bei den Aktionen und Blockaden rund um den Neonazi-Aufmarsch im Februar diesen Jahres in Dresden eine sogenannte Funkzellenauswertung vorgenommen. Dabei wurden sämtliche ein- und ausgehenden Anrufe und Kurzmeldungen sowie die exakten Positionen aller Personen, die sich am Nachmittag des 19. Februar 2011 in der Dresdner Südvorstadt aufgehalten haben, erfasst und gespeichert. Auf diesem Weg erhielten die Ermittler ca. 138.000 Datensätze von den Providern. Ziel dieser Maßnahme sei nach Angaben des Polizeipräsindenten Dieter Hanitsch die Aufklärung der schweren Straftaten am 19. Februar. Da durch die Provider ausschließlich die Verbindungsdaten der gesamten Funkzelle mitgeteilt werden, könne vorher nicht unterschieden werden, ob es sich bei den Anschlussinhabern um einen der 12.000 Anwohner_innen oder aber Zeugen oder Beschuldigte handele. Das die Telefon-Daten eines gesamten Stadtviertels für die, letztendlich wahrscheinlich ohnehin erfolglose, polizeiliche Rasterfahndung genutzt werden, zeigt einmal mehr, dass sich die sächsische Landesregierung von einer Verhältnismäßigen Politik verabschiedet hat.

Am 27. Mai 2011 wurde ein Wohnungsloser in der Wartehalle eines Bahnhofes in Oschatz (Sachsen) umgebracht. Die drei ortsansässigen Täter hatten den 50-jährigen André K. mit Schlägen und Tritten so schwer verletzt, dass er aufgrund der massiven Gewalteinwirkungen verstarb. Die Polizei nahm Anfang Juni 2011 drei Tatverdächtige fest. Bei einem Beschuldigten handelt es sich nach Informationen der Linksfraktion im sächsischen Landtag und des antifaschistischen Informationsportals GAMMA um den ortsansässigen 27-jährigen Ronny S., der in der Jugendorganisation der NPD, den »Jungen Nationaldemokraten« aktiv sei. In Sachsen starben seit dem Jahr 2000 bereits drei Menschen, weil sie im sozialdarwinistisch geprägten Weltbild der Angreifer als minderwertig galten. In den offiziellen Statistiken werden alle drei nicht als Todesopfer rechter Gewalt geführt.
In den frühen Morgenstunden des 12. Mai 2011 wurde in Athen ein 21-jähriger Migrant aus Bangladesch erstochen. Vorausgegangen war eine ganze Serie von rassistischen Angriffen. Hintergrund dieser Attacken war der Tod eines 44-jährigen Griechen, der von drei Unbekannten – vermeintlich afrikanische Flüchtlinge – bei einem Raub erstochen wurde. Organisierte Neonazis und fremdenfeindliche Griechen nutzten diesen tragischen Mord aus, um Migranten durch die Innenstadt zu jagen, zu verletzen und deren Geschäfte zu attackieren.

Kurz möchten wir noch die Gelegenheit nutzen um einem Geburtstagskind zu gratulieren: Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (APABIZ) wird 20! Alles Gute und vielen Dank für eure unschätzbare, oft unbequeme Arbeit, euren langen Atem, meist wider die Konjunktur und die langjährige fruchtbare Zusammenarbeit!
Gratulationen gebühren auch unserer britischen Schwesterzeitschrift Searchlight. Ihr ist es mit der erfolgreichen »Hope Not Hate«-Kampagne gelungen, im lokalen Wahlkampf einen Wahlerfolg der extrem rechten British National Party zu verhindern. Well done! The stuggle continues! ■

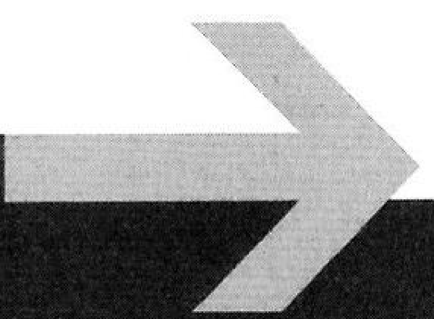
Ankündigung:

Angriff der Eliten ...von Spengler bis Sarrazin...

Veranstaltung mit Volker Weiß (Hamburg) und Sebastian Friedrich (Berlin)

7. Juli 2011 um 19.30 Uhr
Humboldt-Universität; Raum 2014 b (Hauptgebäude); Unter den Linden 6; Berlin

Veranstaltet von: Antifaschistisches Info Blatt / edition assemblage / kritisch-lesen.de



Möchtegern-Goebbels aus Stralsund verurteilt

Robert von Seeve

Der Betreiber der Neonaziwebsite Altermedia Deutschland, Axel Möller, ist am 17. Mai 2011 vom Landgericht Stralsund zu einer Geldstrafe in Höhe von 3000 Euro verurteilt



[1] Der u.a. wegen Volksverhetzung verurteilte Neonaziwebseiten-Betreiber Axel Möller bei seiner Verhandlung am 17. Mai 2011 vor dem Landgericht Stralsund.

worden. Möller war unter anderem wegen Volksverhetzung angeklagt, da er auf dem Internetportal antisemitische Schriften veröffentlicht und den Holocaust geleugnet haben soll. Der Richter am Landgericht hatte dem arbeitslosen Neonazi die Rücknahme seiner Berufung nahegelegt, da die Beweislast erdrückend sei. Zudem sei das Strafmaß durchaus noch im unteren Bereich, betonte der Richter.

Während Prozessbeobachter berichteten, Möller habe vor dem Gericht in Stralsund fast die Fassung verloren, gab er sich auf Altermedia Deutschland betont gelassen. Als »Schriftleitung« äußerte er sich ausgiebig in der dritten Person über sich selbst. Als ein Altermedia-Leser hinsichtlich der Hartz-IV-Bezüge von Möller wissen wollte, was »der Führer wohl zu so einem System-Schmarotzer sagen würde«, antwortete die »Schriftleitung«: »Der würde sagen: Möllerrr, derrr Goebbels hätte seine helle Freude an Männern, wie Ihnen gehabttt.«

Altermedia Deutschland galt mehrere Jahre als wichtigste Online-Plattform der neonazistischen Szene, allerdings verlor die Seite zunehmend an Bedeutung. Da Möller nun für die Inhalte verurteilt wurde, könnten aber noch weitere Anzeigen wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Urheberrechtsverletzungen folgen. Möller muss sich gemeinsam mit dem Neonazi Robert R. voraussichtlich im Spätsommer auch noch vor dem Landgericht Rostock verantworten. Dort sei die Beweisführung noch einfacher, sagte der Richter in Stralsund. Die Staatsanwaltschaft in Rostock wirft Möller und R., der zwischenzeitlich bereits im Gefängnis gesessen haben soll, dutzende Straftaten im Zusammenhang mit Veröffentlichungen auf Altermedia Deutschland vor. Eine Haftstrafe scheint auch für Möller nicht unwahrscheinlich, da der 47Jährige aus Stralsund bereits vorbestraft ist – dabei ging es ebenfalls um Volksverhetzung sowie in einem Fall um die Beleidigung des Andenkens Verstorbener. ■

Rechte Traditionspflege in Bad Reichenhall

Am 17. Mai 2011 fand in der oberbayrischen Kurstadt Bad Reichenhall das sogenannte »Kreta-Gedenken« statt. Hier wurde nicht nur der beim Kampf um Kreta gefallenen »Reichenhaller Gebirgsjäger« gedacht, sondern ebenso an die Bombardierung der Stadt erinnert. An der jährlichen Gedenkveranstaltung nehmen Wehrmachts- und SS-Veteranen sowie Angehörige der Bundeswehr teil. Die Stadt Bad Reichenhall wird unter anderem durch Oberbürgermeister Herber Lackner (CSU) vertreten. Auch zeigen sich dort immer wieder Alt- und Neonazis aus der Region.

Während der deutschen Besatzung Kretas waren auch Gebirgsjäger aus Bad Reichenhall an der Ermordung von 148 Zivilist_innen und dem kompletten Abbrennen des Ortes Skines am 1. August 1941 beteiligt. Von offiziellen Stellen der Stadt Bad Reichenhall und auch in der Bevölkerung wird dieses Kriegsverbrechen nicht thematisiert. Antifaschist_innen nennen es »wenig verwunderlich, dass in der Stadt ein Klima herrscht, in dem sich Militarist_innen, Rechtskonservative sowie Alt- und Neonazis wohl fühlen.« Nicht ganz zu unrecht, können doch ortsansässige Neonazis jährlich ungestört Sonnwendfeiern und Horst-Wessel-Gedenken abhalten, der örtliche NPD-Stammtisch um den Kreisvorsitzenden Uwe Brunke, der aus der Berliner Kameradschaftsszene kommt, trifft sich in verschiedenen Bad Reichenhaller Gaststätten. Seit Jahren gedenken am 8. Mai Neonazis um Brunke in Bad Reichenhall zwölf »ermordeten« Angehörigen der französischen Waffen-SS-Division »Charlemagne«. Unter ihnen sollen sich laut Medienberichten in diesem Jahr auch das NPD-Bundesvorstandsmitglied Eckart Bräuniger und die als sogenannte Rechtsterroristen bekannt gewordenen – und eigentlich bis zum Jahr 2015 mit einem Kontaktverbot belegten – Martin Wiese und Karl-Heinz Statzberger befunden haben.

Aber auch an anderer Stelle ist der Nationalsozialismus in Bad Reichenhall präsent: Die Fassade der »Rudolf Konrad«-Kaserne ziert ein Wandgemälde, das vier Landser und einen steinernen Reichsadler darstellt, bei dem nach Kriegsende lediglich das Hakenkreuz durch ein Edelweiß ersetzt wurde. Namensgeber der Bundeswehrkaserne ist der Wehrmachtsgeneral Rudolf Konrad, der im Angriffskrieg auf der Krim mehrere Ortschaften durch Bombardierung komplett zerstören ließ. Beim diesjährigen Tag der offenen Tür in der Kaserne durften Kinder als Teil des »Kinderprogramms« mit Waffennachbauten auf die Miniaturstadt »Klein-Mitrovica«[1] schießen. ■

1| In der im Kosovo gelegenen Stadt Mitrovica wurde 1999, trotz Anwesenheit der KFOR, das gesamte Roma-Viertel des Ortes durch albanische Nationalisten geplündert und zerstört. Während der Besatzung Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg waren in Mitrovica ab April 1943 Truppen der 1. Gebirgs-Division der Wehrmacht, der auch die Bad Reichenhaller Gebirgsjäger angehörten, zur »Partisanenbekämpfung« stationiert.

Weitere Informationen unter:
www.badreichenhall.org
www.rabatz-buendnis.info

Antifaschistischer »Fahndungsaufruf«

Im Zuge des von Antifaschist_innen erfolgreich verhinderten Neonaziaufmarsches am Samstag den 14. Mai 2011 in Berlin-Kreuzberg griff eine große Gruppe Neonazis vier auf dem Boden sitzende Gegendemonstrant_innen an. Die anwesende Polizei war scheinbar nicht gewillt, den Angriff zu stoppen oder die beteiligten Angreifer festzunehmen. Die Neonazis wurden nach ihrem Überfall von der Polizei lediglich beiseite geschoben und durften anschließend den Tatort ungehindert verlassen. Auch im Anschluss gab es keinerlei Bemühungen, die Täter in der eingekesselten Neonazi-Gruppe zu identifizieren oder festzunehmen.

Die Polizei hatte durch eine Desinformationspolitik von Anfang an versucht, den Neonazis einen ungehinderten Marsch durch Kreuzberg zu ermöglichen. Daher vertrauten Berliner Antifaschist_innen nach eigenen Angaben nicht auf »irgendwelche Nachermittlungen der Polizei«, sondern nahmen die Sache mit dem ungewöhnlichen Mittel eines nichtstaatlichen »Fahndungsaufrufes«[1] selbst in die Hand. Dieser veröffentlichte Bilder des Überfalls und der beteiligten Neonazis. Berliner Zeitungen und der Fernsehsender RTL berichteten über diese Veröffentlichung.

Innerhalb weniger Tage konnten so neun Personen ermittelt werden, welche die »Antifa Berlin« der Tätergruppe zurechnet. Die Neonazis Sebastian Z. (Berlin), Dennis K. (Berlin), Christian S. (Berlin), David G. (Berlin), Jens H. (Eilenburg bei Leipzig), Marcel B. (Ilmenau), Patrick V. (Ilmenau), Michael M. (Wasserleben) und Steve R. (Chemnitz) sollen auf Fotos des Überfalls als Täter und Mittäter identifiziert worden sein. Einige von ihnen sind Antifaschist_innen bereits in der Vergangenheit als neonazistische Gewalttäter und Mitglieder neonazistischer Strukturen aufgefallen. Eine Sprecherin des unabhängigen Berliner Recherchekollektives »Fight Back« erklärt hierzu in einer Pressemitteilung: »Um zukünftig solche Überfälle zu verhindern, ist es nicht nur notwendig die Täter öffentlich zu machen, sie müssen kontinuierlich in ihrem Handlungsspielraum effektiv eingeschränkt werden.« Der Demonstrationsanmelder und Berliner NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke wies in einer »Stellungnahme zu der von mir, als Privatperson, angemeldeten Demonstration am 14.05.2011« darauf hin, »daß Teilnehmer meines Aufzuges, wenn es zu Auseinandersetzungen kam, in Notwehr oder Nothilfe gehandelt haben.« Wie diese Behauptung mit den Bildern der Neonazi-Demonstration vereinbar ist, welche zeigen, wie auf eine Unterzahl am Boden liegender Gegendemonstranten eingetreten und geschlagen wird, wird ein Gericht klären müssen. Die Berliner Polizei hat nach Presseberichten inzwischen drei rechte Schläger identifiziert. ■

1| http://antifa-berlin.de/fight-back/know.html)



Foto: Christian Jäger

Rassistischer Brandanschlag in Winterbach

In der Nacht vom 9. auf den 10. April 2011 ereignete sich im schwäbischen Winterbach ein rassistisch motivierter Brandanschlag auf neun Personen mit italienischer und türkischer Herkunft. Sie wurden zunächst u.a. mit Äxten angegriffen und gejagt. Fünf Angegriffene flüchteten in eine Gartenhütte. Die neonazistischen Angreifer steckten daraufhin die Hütte in Brand. In letzter Sekunde entgingen die Gejagten dem Flammentod und wurden von den ca. 30 Neonazis weiter traktiert. Die Folgen waren eine Handfraktur, Gehirnerschütterung, Rauchvergiftung sowie schwere Prellungen und Verletzungen durch Dornen am ganzen Körper. In der Folge wurden 16 Personen vorläufig festgenommen, die zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Zur Zeit sitzen zwei Personen wieder in Untersuchungshaft.

Seit Jahren weist der Verein »Weiler schaut hin!« auf die Entwicklung im Bereich der extremen rechten Szene im Rems-Murr-Kreis hin. So kam es z.B. Anfang 2010 zu Angriffen durch Neonazischläger vor ihrem Treffpunkt »Linde« in Weiler, einem Nachbarort von Winterbach. Beim Besitzer der »Linde« handelt es sich um den wegen Urkundenfälschung und unerlaubtem Waffenbesitz vorbestraften aktiven NPD-Funktionär Jürgen Wehner. Im Keller der »Linde« wurden bereits Schießübungen von Neonazis mit scharfer Munition durchgeführt. Auch am Rande einer Mahnwache Ende 2010 kam es zu Störungen aus dem Umfeld der »Linde«, wobei Mahnwachenteilnehmer_innen mehrfach beleidigt und bedroht wurden. Die Polizei nahm entsprechende Ermittlungen auf, aber die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren mit der Begründung ein, es gebe kein ausreichendes öffentliches Interesse. ■

Weitere Infos unter www.weiler-schaut-hin.de

Kult der Beliebigkeit

Teil 1: Grauzonen und rechte Lebenswelten in Punk und Oi

Die Grauzone wird im Festivalsommer wieder Thema sein. Vor allem bei denen, die eh nicht hinfahren. Weil sie keine Lust haben, mit jemandem zu feiern, der_die das Wochenende zuvor mit Nazis gefeiert hat und nur gekommen ist, um Hits auf Stammtisch-Niveau im subkulturellen Ambiente zu hören. Die Frage, warum Grauzonen zunehmende Akzeptanz in »alternativen« Räumen erfahren, führt unweigerlich ins alternative Kulturbusiness, zur Kritik an Ästhetik, Männerwelten, Skinhead-Kult und zur Suche nach dem Sinngehalt politischer Labels.

Die Etablierung der Grauzone bedeutet Raumverlust für emanzipatorische Werte. Auf Oi-Festivals wird gegen »Asylanten« und Schwule gehetzt, Hardcore-Konzerte sind häufig geprägt von Mc-Fit-gestählten Männergangs, die sich lauthals zuschreien, welcher Hooligantruppe sie angehören. Das Thema polarisiert. Antifaschistische Online-Portale wie Oire-Szene sammeln in Fleißarbeit Informationen, stehen jedoch in der Kritik, zu viele Bands und Konzerte im Sack »Grauzone« zu subsummieren. Die von der Kritik Betroffenen fühlen sich zu Unrecht angegriffen und forschen ebenso fleißig nach »Fehlern« in den Veröffentlichungen, um »die Antifa« zu diskreditieren.

Angestoßen wurde die Diskussion um die Grauzone im Oi-Milieu im Oktober 2008 vom »Roten Hetzpamphlet«[1], das am Beispiel der Göttinger Band Stomper 98 die Verflechtung einer »antirassistischen« Band mit (extremen) Rechten aufzeigte. Stomper 98 sind Stars des Oi, doch sie stehen nur exemplarisch für Dutzende Bands, die nicht nur strukturell miteinander verbunden sind, sondern auch wesentliche Image-Merkmale teilen. Insbesondere Tattoo-Kult und (Männer-)Brachialästhetik dienen als Schnittstelle der Lebenswelten von rechts, »anti-rechts« und »unpolitisch«. Grund genug, im zweiten Teil, der in der nächsten Ausgabe (#92) des AIB erscheint, diese Ästhetik genauer zu untersuchen.

Rechte Lebenswelten und Grauzonen

Unter »Rechte Lebenswelten« verstehen wir eine vorpolitische Ebene, in der das eigene Handeln nicht als »politisches« Handeln, oft sogar als apolitisch, verstanden wird und dennoch von Mustern und Werten bestimmt ist, die politisch rechts verortet werden müssen. »Grauzonen« sind Milieus in (Musik-)Kulturen, die sich apolitisch, oft auch »gegen rechts« gerichtet geben, jedoch mit (extremen) Rechten strukturell, sozial und inhaltlich verwoben sind. Die Grauzone im Punk und Oi ist ein heterogenes Gebilde von Fan- und Freundeskreisen, das Brüche und Abgrenzungen aufweist – und dennoch in engem Bezug zueinander steht, über eigene Netzwerke verfügt und Gemeinsamkeiten hat: Die Inszenierung der Männerwelt sowie konservative bis reaktionäre Wertvorstellungen, die über Texte, Statements, Symbolik und Ästhetik transportiert werden. Zur Zuordnung zu einer Grauzone reicht es nach unserem Verständnis nicht aus, einmal oder zweimal zusammen mit entsprechenden Bands auf Festivals gespielt zu haben oder im Facebook-Freundeskreis einzelne »falsche« FreundInnen zu haben. Diese »Kontaktschuld« kann nur ein Glied der Argumentationskette sein. Die Fokussierung auf (vermeintliche) Freundschaften lässt die Meinungen darüber, was man »darf« und »nicht darf« oft ergebnislos aufeinander prallen und verstellt zu oft den Blick darauf, welche Inhalte vertreten werden – zum Beispiel von der Band Stomper 98, mit der sich der nachfolgende Artikel ausführlich beschäftigt.

Politische Labels als Imageträger

Die »unpolitische« Band Gerbenok wird im Juli 2011 auf dem »Back on the streets«-Festival an der Loreley aufspielen. Gerbenok macht nach eigener Auskunft »OI!-Musik wie sie sein muss«, eine Kostprobe liefert der Text ihres Liedes »Die Neuen Hippies«: »Das soll jetzt nicht rassistisch klin-

1| Das 79-seitige »Rote Hetzpamphlet« wurde im Oktober 2008 von einem »ZK Knülle im Politibüro« veröffentlicht und wird von großen Teilen der Oi-Szene und von darin erwähnten Labels und KonzertveranstalterInnen, stark angefeindet. Tatsächlich ist im Roten Hetzpamphlet die Kritik

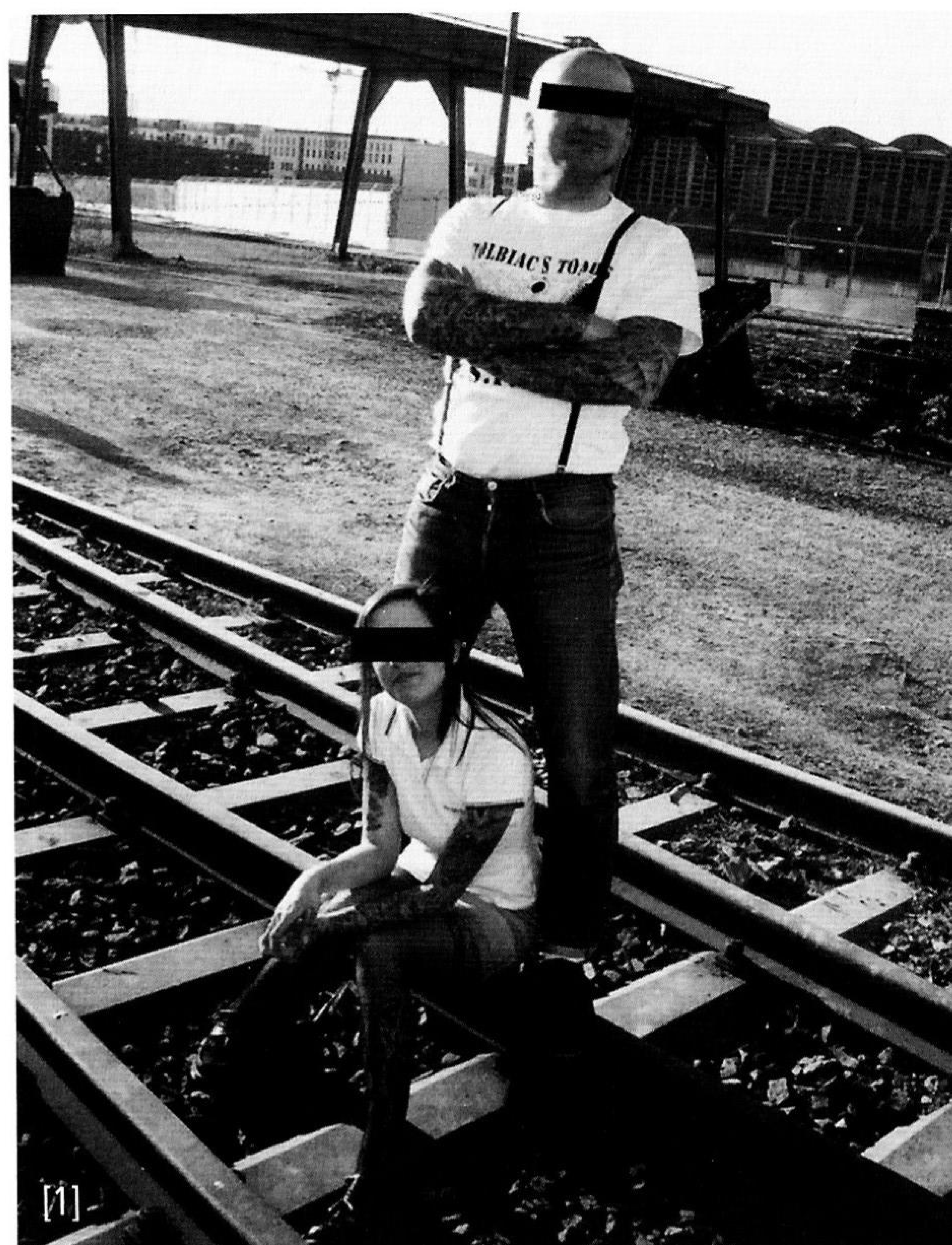
gen, doch es ist nun einmal so. Irgendwelche Asylanten dealen auf dem Bahnhofsklo. Mit langem Haar und schöner Bräune stehn sie an der Litfaßsäule. Schicken Kinder auf den Strich (...)«[2] Im Dezember 2009 sollte Gerbenok auf einem Festival in Greifswald spielen, das mit dem Zusatz »Love Music Hate Racism« angekündigt war. Antifaschistische Intervention ließ das Konzert platzen. Das Beispiel zeigt, wie sinnentleert Labels genutzt werden. Doch das Anheften eines Gegen-Rassismus-Slogans bringt Vorteile: Kritiker_innen soll Wind aus den Segeln genommen werden, Sozialarbeiter_innen im Jugendtreff, die über die Raumvergabe entscheiden, werden positiv gestimmt. Und manchmal glaubt man selbst, »gegen rechts« zu sein. Immer häufiger stößt man (nicht nur) in Kulturszenen auf ein Verständnis, das »Politik« auf die reduziert, die sich selbst politisch definieren (wie Parteien, Parlamente, »die Antifa«) und allenfalls in unmissverständlichen Neonazi-Parolen etwas »Politisches« erkennen mag. Der staatlich verordnete »Anti-Extremismus«, die Gleichsetzung von Links und Rechts sowie die Reduzierung der Rechten auf offen auftretende, bekennende Neonazis erobert den subkulturellen Raum. Ein Bewusstsein über die unterschiedlichen Ebenen und Ausdrucksformen gesellschaftlicher Diskriminierungs- und Ausschlussmechanismen existiert dort immer weniger. Rock-gegen-Rechts-Konzerte haben zu oft die Funktion, das Image einer Kommune oder Einrichtung, einer Band oder eines Veranstalters aufzubessern und diesen zu beurkunden, etwas gegen Rechts zu tun. Das politische Label als Selbstverpflichtung hat ausgedient. Der Werte-Träger verkommt zum Werbeträger.

Gepflegt, völkisch und sternhagelvoll

So dringen (extreme) Rechte in »linke« Räume vor, wenn sie ihren Rassismus, ihren Sexismus, ihre Homophobie verschlüsseln oder auf Stammtisch-Niveau halten. Der englische Alt-Skinhead und »Pubmusiker« Frank Marshall aka Franky Flame, der auch in der Oi-Band Superyob singt, macht nach eigenem Bekunden Musik, »die unter keinem politischen Banner spielt. (...) Unsere Shows sind keine politischen Versammlungen, sie sind Unterhaltung für Working Class Leute, die sind wie wir.«[3] Was Franky Flame nicht hindert, in der Gazette »Der Trinker« »Massive, unkontrollierte Einwanderung, Assylbetrüger (sic!)« sowie »Rassenkriege zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen« als die Probleme Englands zu benennen.[4] Auf die Frage, warum er einen Thorshammer trage, verfällt er im Interview mit dem rechten Fanzine Feindkontakt in die Diktion der völkischen Rechten: »(...) und ich bin mir im Klaren über die Geschichte, die Traditionen, die Sprache und Schrift unserer Vorfahren (die Runen) und die Entstehung und Entwicklung der Völker Nordeuropas. Ich bin einer von ihnen und sie sind mein Volk! (...) Was mich interessiert ist unser Erbe, nicht andere zu hassen, nur weil sie nicht so sind wie ich, aber ich kümmere mich zuerst um meine Leute, weil es sich richtig anfühlt und ganz natürlich ist, dies zu tun!« Warum er Skinhead geworden ist, kann Franky Flame auch erklären: »Die Hippies und die Friede-, Liebe- und Drogenkultur, die sie mit sich brachten, machte uns krank und wir wollten anders sein, dem etwas entgegen setzen und unser Leben so führen, wie wir es wollten: Stolz uns und unserem Land gegenüber und dabei gepflegt, fit und hart bleiben!«

Tatsächlich gibt es kaum ein Foto, das Franky Flame nicht mit Bier in der Hand und erkennbarer Schlagseite zeigt. Man mag sich bildlich vorstellen, wie Franky und seine Jungs besoffen durch London ziehen, Oi-Hymnen grölen (»Knock it back, have another one, drinking and driving is so much fun«, The Business) und ganz »krank« werden beim Anblick kiffender Hippies an der Bushaltestelle. Die Verherrlichung des legalen, maskulinen Vollrauschs und die Verteufelung des illegalen, hippiesken Haschkonsums ist Primat des stockkonservativen Männerstammtisches.

2007 spielte Franky Flame zusammen mit Stomper 98 auf einem »OI-


[1]
Foto: facebook

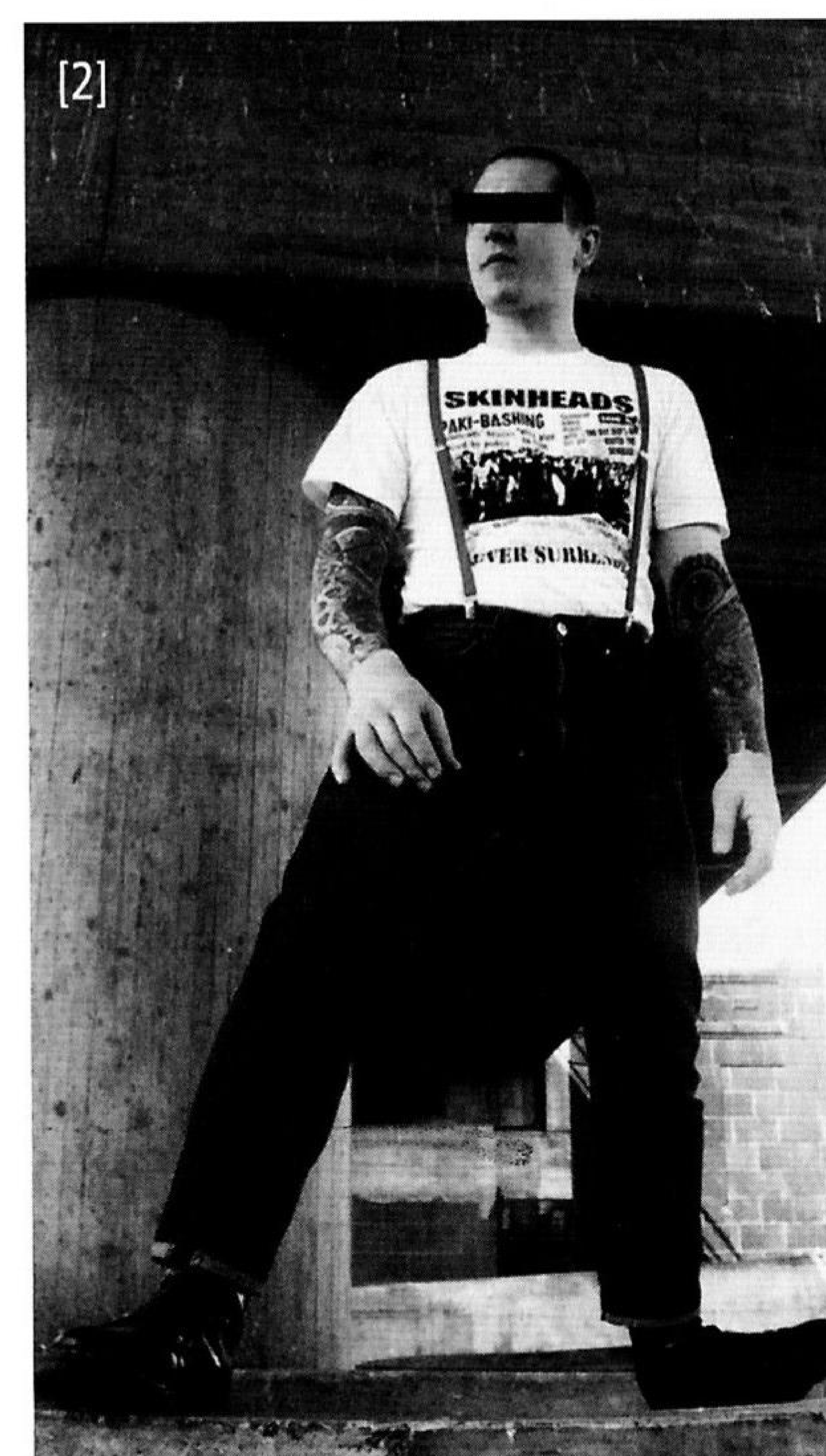

[2]

Foto: facebook

Ästhetische Inszenierungen von Musikern der Grauzone

[1] »Schlick« aus Haldensleben von Rampage und Backstreet Firm, zu seinen Füßen Michaela J. (Bootboys Hildesheim).

[2] »Vega«, Bassist der spanischen Rock-Against-Communism-Band Glory Boys.

recht differenziert und die Fehlerquote angesichts der enormen Informationsfülle sehr gering

2| »Die Neuen Hippies«, CD »Wer zuletzt lacht« auf KB-Records. Gerbenok, 2006

3| Interview mit Franky Flame in Feindkontakt Nr. 6, 2010

4| Interview mit Franky Flame in Der Trinker Nr. 3, ca. 2009

➔



Foto: Faksimile www.springtoifel.de



Foto: facebook

[1] Immer »gepflegt, fit und hart«: Franky Flame (rechts) und ein Musiker der Oi-Band Springtoifel auf dem »OI-Meeting 2007« im Conne Island in Leipzig

[2] Aus dem Fotoalbum einer deutschen Neonazistin: Schnappschuss von einem Oi-Konzert in Belgien 2008

→ Meeting« im Conne Island in Leipzig, 2009 musizierte er erneut im Conne Island, in einer Kneipe von St. Pauli-Fans in Hamburg[5] und auf dem Endless-Summer-Festival. Zwischen diesen Konzerten lagen mehrere Auftritte in den Neonazitreffpunkten Skinhouse Menfis in Thüringen und De Kastelein/Moloko Bar im belgischen Brügge. Für den Juli 2011 ist Superyob für das Festival »Back on the streets« an der Loreley angekündigt. Sponsor ist unter anderem der Punkversand Nix Gut.

Pragmatismus und Fassadenschwindel

Der Kleiderschrank mancher Fans des »unpolitischen« Oi bietet die Option, die Garderobe auf den Event abzustimmen. Hannah aus dem Kreis der rechten Oi-Band »I don't like you« zeigt sich im Skinhouse Menfis im Shirt der Neonaziband Skrewdriver und wählt für das Punkfestival Force Attack ein Shirt, dessen Motiv ein zerschlagenes Hakenkreuz zeigt. Ein Beispiel von vielen.

Zuweilen dient das »Unpolitische« zur Tarnung einer extrem rechten Erlebniswelt, die – würde sie sich offen zu erkennen geben – schnell unter Repressionsdruck geriete. Veranschaulichungen dieses Fassadenschwindels bieten in dieser Ausgabe des AIB die Artikel über die Bootboys Hildesheim, führende Veranstalter »unpolitischer« RechtsRock-Events, und die neonazistische Band Endstufe, die zu »unpolitischen« Partys aufspielt. Ein »unpolitisch« gelabelter Event ist leichter und risikoloser auszurichten als ein Rechtsrock-Konzert. Konspirative Mobilisierungssysteme und Ersatzräume für den Fall behördlicher Verbote sind nicht nötig und man erreicht mehr Menschen als bei Insider-Konzerten – ein starkes Argument für das Rechts-Rock-Business, was mehr denn je bemüht ist, neue Märkte zu erschließen. Die Anzahl von Neonazi-Konzerten nimmt ab, die Zahl »unpolitisch« gelabelter RechtsRock- oder Grauzonen-Events ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen. In der Hinwendung subkulturell orientierter extremer Rechter zu »unpolitischen« Kultursphären nur arglistige Täuschung zu vermuten, greift zu kurz. Die extreme Rechte verändert sich. NPD und Kameradschaften verlieren an Einfluss und Bindungskraft. Ein ideologischer Rahmen, der alle Lebensbereiche diktiert, wird von immer mehr rechten Szene-GängerInnen abgelehnt. Oi- oder Hardcore-Treffen bieten einfach mehr exzessive Partywelt als NPD-Festivals, bei denen politische Reden zwischen den Bands langweilen und die Polizei über die Einhaltung des Auflagenkatalogs wacht.

Größenwahn und Verfolgungswahn

»Der Kult« ist die zum Denkmal erstarrte Bewegung. Er bietet Selbstvergewisserung und darüber hinaus keinen Raum für (In-)Fragestellungen, Weiterentwicklung, Änderung. Er umgibt sich mit Gegen-Attributen und sagt nirgends, wofür er ist, außer für einen nebulösen »Way of Life« und für Freibier.

Die Bands und Fans des Kultes beschwören die gemeinsame Szene, doch sobald sich an ihnen Kritik äußert, wird diese umgehend als von außen hereingetragener Vorwurf diskreditiert. Für die Hannoveraner Grauzonen-Band Combat 77, die sich in ihrem Namen auf den Gründungsmythos der Punkbewegung (1977) bezieht, gleicht die Thematisierung der Grauzone »einer Hexenverfolgung, und besagte Macher oder Bands scheinen zu vergessen, wo der wahre Feind ist und erreichen lediglich damit, daß die eigene Szene unnütz gespalten wird.« Auch Stomper 98 sehen sich »immer auf der Anklagebank« und beschimpfen Kritiker_innen als »wackere Stalinisten«. Mit dem frei erfundenen Vorwurf, diese würden »eine ganze Szene in Sippenhaft« nehmen, sorgen sie dafür, dass die eigenen Reihen geschlossen bleiben. Das funktioniert. Nicht das Foto des Stomper 98-Sängers Arm in Arm mit einem Neonazi

5| St. Pauli-Fans und die Betreiber_innen der Fankneipe distanzierten sich vom Auftritt von Franky Flame in Hamburg. Sie waren zuvor nicht informiert gewesen über den rechten Hintergrund von Franky Flame und hatten den Gig im Vertrauen auf den örtlichen Veranstalter durchgeführt.
6|http://punkrock77thrutoday.blogspot.com/2011/01/combat-77-new-interview.html

sorgte im Fankreis für Unmut, sondern dass es, entsprechend kommentiert (»Reclaim the Scene and kick out Stupidity!!!«), als Motiv eines antifaschistischen Aufklebers erschien. Allein das Aufzeigen von Widersprüchen gerät zum unerlaubten Eingriff in den inneren Frieden. Man schottet sich ab, inszeniert sich als Opfer, zieht daraus die Bestätigung, »geächtet« zu sein, und ergibt sich in Selbstgefälligkeit.

Größenwahn und Verfolgungswahn sind die Mixtur, aus der rechte Lebenswelten bestehen. Die Ähnlichkeit zum Modell »Böhse Onkelz« ist frappierend.

Konstruierte Rebellion, gelebte Stagnation

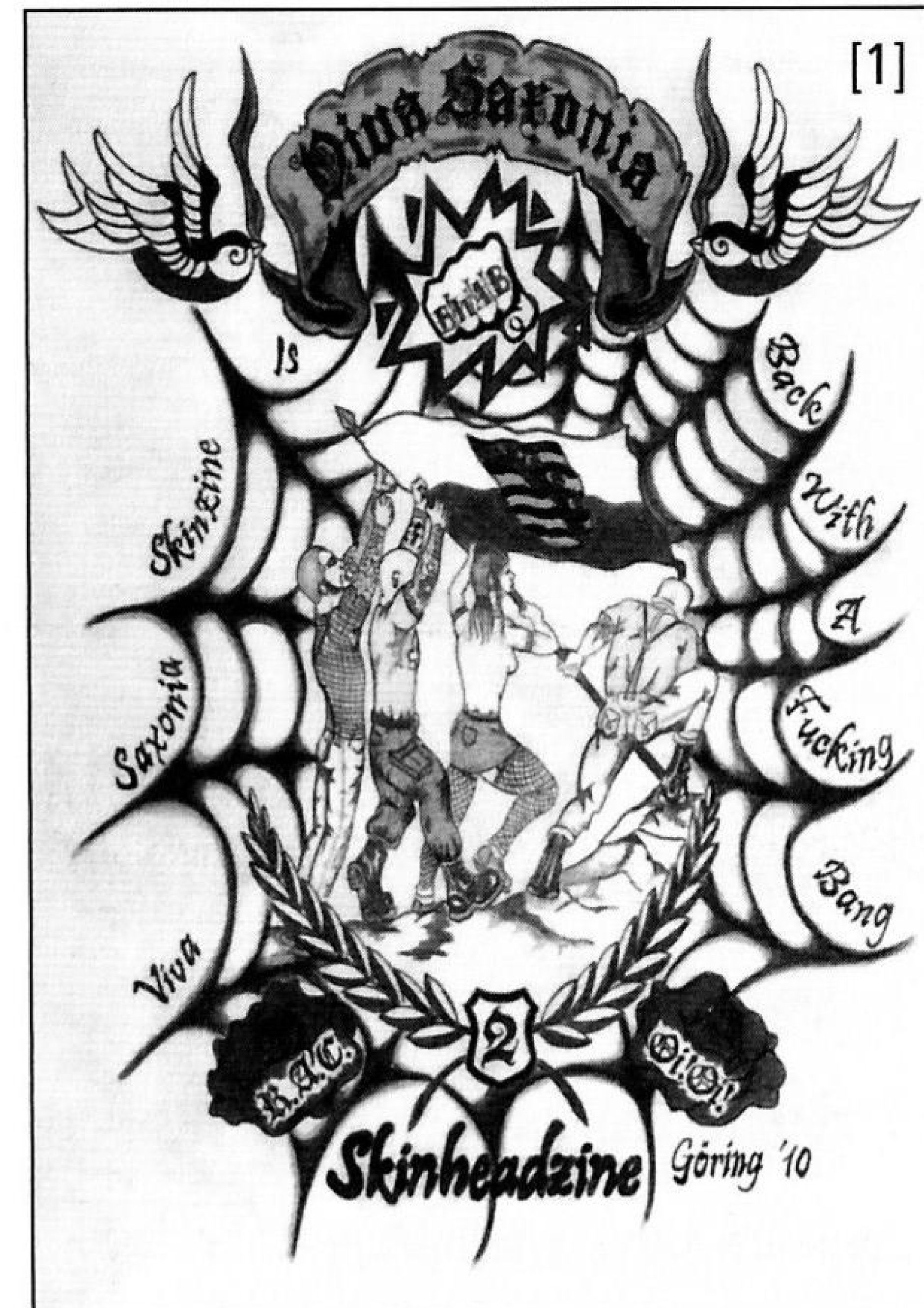
Den ExponentInnen der Grauzone ist eines gemein: Sie konstruieren ein Rebellentum, das keines ist und tatsächlich auch keines sein soll. Punk, Oi und Hardcore verkaufen (bis hin zur Unterwäsche) ein Rebellen-Label, für das der/die Einzelne nichts bewegen muss. Dies schafft die Möglichkeit, eine bürgerliche bis spießige Lebenswelt zu reproduzieren und sich dennoch als Gegenkultur zu inszenieren.

Welcher Unsinn dabei geschrieben wird, verdeutlicht ein Zitat von Combat 77. In einem Interview vom Februar 2011 äußern sie: »Nowadays a lot of people seem to forget that punk is just rebellion and not extreme left wing propaganda.«[6] Punk ist »nur Rebellion«. Es ist das widersinnige Konstrukt des Oi, der von rebellischen Attitüden lebt und gleichzeitig Politikferne beschwört. Indes: Rebellion kann gar nicht unpolitisch sein, sie ist definiert als Widerstandshandlung gegen die Staatsgewalt, richtet sich demnach gegen herrschende (politische) Verhältnisse und Handlungen. Die Lebensrealität vieler Musiker dieses Milieus zeigt auffallende Gemeinsamkeiten: Ehen oder Lebenspartnerschaften mit tradierten Geschlechterrollen, Arbeitsethos und der Stolz darauf, als Punk oder Skin auf »seiner« Lohnarbeit akzeptiert zu sein – selbststilisierte »Außenseiter«, die nach Anerkennung und Teilhabe in der so verhassten Gesellschaft geradezu betteln. Weil sie zu dieser gar keinen Gegenentwurf haben.

Anspruch und Wirklichkeit der Linken

Das Herumreden um den heißen Brei muss aufhören: Wer in dem Wissen um den rassistischen Inhalt eines Liedtextes die 2010 erschienene CD »The Return« der »Kultband« 4-Skins vertreibt, der verbreitet rassistische Hetze – ein Vorwurf, der sich nicht nur an »Grauzone«-Labels wie Bandworm Records oder randale-records richtet. Wer dem Sänger der »Kultband« The Gonads Garry Bushell, im Jahr 2008 Kandidat der englischen Rechtsaußen-Partei English Democrats, eine Bühne auf dem Punk & Disorderly-Festival 2009 in Berlin bietet, der protegiert einen politischen Rechtsaußen, selbst wenn dieser an dem Abend nur für musikalische Unterhaltung zuständig ist.

Letztendlich ist die Grauzone subkulturelles Spiegelbild gesellschaftlichen Mainstreams, der auch alternative Milieus erfasst hat: Kommerz, Anti-Extremismus, Fit for Fun, Anything goes, was auch bedeutet, immer den einfachsten Weg gehen zu können. Der Appell an reflektiertes Handeln verhallt, die neue Offenheit der Linken wird zur Beliebigkeit. Die soziokulturelle Vermengung antifaschistischer Kreise beispielsweise mit Hooligan-Milieus erzeugt die Nachfrage nach einer Musik-Kultur, die die Schlachtgesänge und die Ästhetik liefert für die Gemeinschaft derer, die sich im Kampf »gerade machen«. Warum selbst linke Politbands wie Slime auf Festivals zusammen mit Bands auftreten, denen der Stallgeruch der Grauzone anhängt, ist einfach zu beantworten: Wenn Fans aus unterschiedlichen Kreisen das Konzert besuchen, dann klingelt die Kasse lauter.



[1] Extreme Rechte, wie zum Beispiel die Macher des Fanzines Viva Saxonia, beziehen sich zunehmend positiv auf den Begriff »Grauzone«.

Grauzone
IS MORE THAN MUSIC

Mit den Jungs auf Tour durch Grauzonia

Freitag 14 März: Stomper 98, The Ruckers & Mummys Darlings

Schon am Anfang der Woche hatte ich mir so überlegt, warum eigentlich Freitag in der Kn rumhängen? Also wurde der Plan so ausgefeilt, das Freitag 16.00 Uhr, Abfahrt nach Magdeburg war! war an diesem Abend die alte Sackfabrik, wo „Mummys Darlings", „The Ruckers" und „Stomper zum Tanz aufforderten! Toll, ein Ausflug nach Sachsen Anhalt, aber nur zu zweit? Nein, also vorher ei Abstecher nach Plauen gemacht und dort noch die Herren Steif und Gung abgeholt und auf den W

GRAUZONE IS STILL A LIVE AND KICKING!!!

Sachsen Rockt wie die Sau!!!

3 Konzerte an einem Wochende. Mit dabei NSHC, RAC, OI!/PUNK UND HILLBILLY ROCK!!!

An diesem einen Wochenende mit dem verhängnissvollem 11.9 in der Mitte, gings in Sachsen rund! Der Freitag, Samstag und Sonntag sollte gerockt werden und zwar mit 3 Konzerten der verschiedensten Arten von HC, RAC, Oi!/Punk und Südstaaten Hillbilly Hinterwäldler Rock. Wenn das mal nicht Grauzone ist! ;-) Die Oire Szene Redax wird sicher im Dreieck springen, wenn sie das hier lesen sollte! Na dann auf gehts in die erste Runde mit HOPE FOR THE WEEK, BRAINWASH, MOSHPIT & dem Russen von KOLOVRAT aus Moskau am 10.09.10. Freitags war nix los, also entschlossen wir uns eben zu diesem Hatecore Konzi zu düsen. Bin ja eigentlich nicht so

Die Etablierung der Grauzone in links etikettierten Räumen ist Resultat der Kommerzialisierung und Verbürgerlichung linker Subkultur. Um diese Entwicklung aufzuhalten, braucht es Kräfte, die »linke« Logos und Räume mit Ansprüchen füllen und eine radikale Gesellschaftskritik leben – und nicht nur labeln. ■

Artikel dieses Schwerpunktes sind mit weiterführenden Anmerkungen und ausführlichen Quellen-Zitaten abrufbar unter: www.antifainfoblatt.de

Ein zweiter Teil der Grauzonen-Betrachtung wird sich im nächsten AIB (Nummer 92) mit Hardcore und der Hardcore-Kultband Agnostic Front beschäftigen.

Dem Skinhead-Kult treu

Der Streit um die Oi-Band Stomper 98

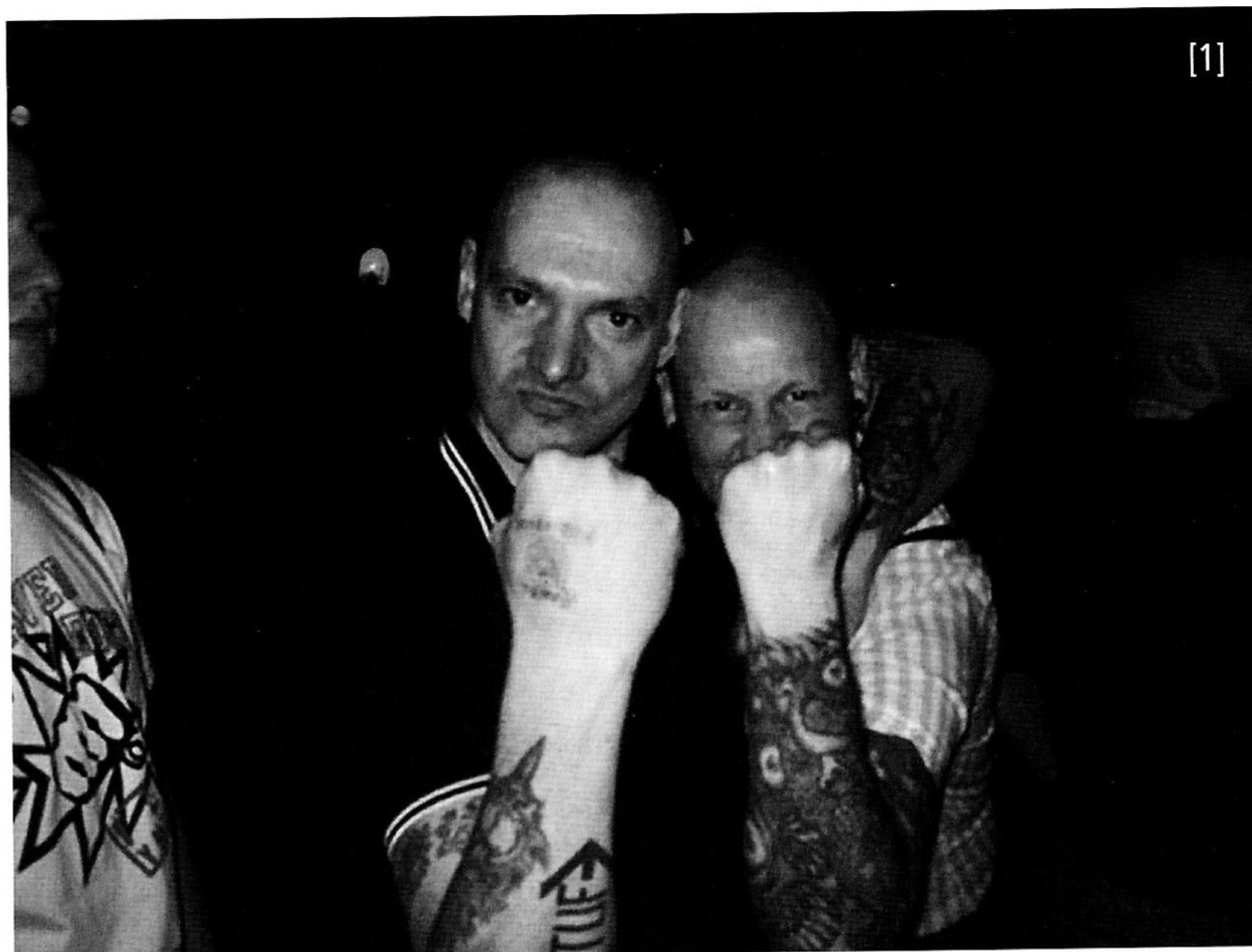
Sebi und seine Freunde haben Ärger. Ständig müssen sie sich erklären und rechtfertigen. »Ich habe das Geseiere wirklich satt«, schimpft er, »aber wenn irgendwo Stress mit Nazis ist, dann steh' ich ganz vorne.«[1] Sebi spielt in der Skinhead-Band Stomper 98, die vielen als Beispiel für eine kulturelle Grauzone dient. Schuld daran, so meint die taz, ist das Internet. Dort war ein »Schnappschuss« von einem RechtsRock-Konzert im Jahr 2008 aufgetaucht, der Sebi posierend mit einem Neonazi zeigt. Tatsächlich gibt es von und über Stomper 98 noch weitere Fotos und Fakten, die es lohnt, genauer zu betrachten.

Sebastian »Sebi« Walkenhorst kommt aus der extremen Rechten. Um 1990 schloss er sich im Alter von 16 Jahren der rechten Skinheadszene in Delmenhorst (bei Bremen) an. Zwei Jahre später war er Bassist in der Naziband Boots Brothers und somit ein aktiver Neonazi, der über Musik und Interviews Propaganda verbreitete und über Konzerte eine Neonazi-Erlebniswelt mitgestaltete. Mit seinem Umzug nach Göttingen entfernte er sich von der rechten Szene, entdeckte die multiethnischen Wurzeln des »Skinhead-Kultes« und gründete 1998 die »antirassistische« Oi-Band Stomper 98. Walkenhorst ist ein Ausgestiegener, von dem man nie das verlangte, was von anderen AussteigerInnen stets eingefordert wird: Die Selbstreflexion seiner Lebenswelt, die er in weiten Teilen bruchlos von Rechts nach »gegen Rechts« übertrug, und vor allem: Sich den Rückweg in die Szene zu verbauen.

Zeitreise in die Jugend

Der 12. April 2008 war eine Art Rückweg, wenn auch nur für wenige Stunden. Die neonazistisch durchsetzten Bootboys Hildesheim (vgl. S. 16) veranstalteten ein Konzert mit der RechtsRock-Band Indecent Exposure und Bilder des Events fanden sich kurz darauf in einer Bilderserie auf einer privaten Homepage. Auf einem Foto posiert Walkenhorst Arm in Arm mit Jens Brandt, dem Frontmann der dienstältesten deutschen Neonaziband Endstufe, beide recken die geballten Fäuste in die Kamera. Damit konfrontiert, erklärte Walkenhorst, das Konzert sei »wie eine Zeitreise in die eigene Jugend« gewesen, aus der er Jens Brandt kenne. »Als dann sogar noch überraschend die 4-Skins einige Songs zum Besten gaben, gab es kein Halten mehr.«[2] In dieser gelösten Atmosphäre sei der »Schnappschuss eben« entstanden. Man gab sich zerknirscht und trotzig: »Nichtsdestotrotz halten wir es mit der Band, die bei der Entstehung des Fotos im Hintergrund spielte: »We won't say sorry to anyone!« Das »Rote Hetzpamphlet« dokumentierte im Oktober 2008 auf 79 Seiten Fakten und Fotos über Stomper 98, um deren bevorstehende 10-Jahres-Party am 15. November 2008 im Leipziger Kulturzentrum Conne Island zu verhindern. Doch der Haupt-Booker des Conne Island gab eine Ehrenerklärung für die Band ab und das Konzert konnte stattfinden. Stomper 98 und die Templars coverten an diesem Abend Lieder der »alten« Böhsen Onkelz. Neben Walkenhorst auf der Bühne stand Michaela J. von den Bootboys Hildesheim.

Die Kontakte von Stomper 98-Bandmitgliedern zu den Bootboys Hildesheim waren zu dieser Zeit offenkundig intensiver, als es Stomper 98 eingesteht. So ließ sich Gitarrist Tommy Toxpack mit Pistole und im Shirt »Riot Crew Bootboys Hildesheim« ablichten. Am 1. November 2008, zwei Tage nachdem Stomper 98 ihren Kritiker_innen vorgeworfen hatten, »Sachen verdreht und manipuliert« zu haben[3], fand die nächste Skinhead-Party in Hildesheim statt. Mit dabei: Drei Bandmitglieder von Stomper 98. Gitarrist Tobias Flacke posiert im vertrauten Miteinan-





[1] Mit diesem Foto und dem nachfolgenden antifaschistischen Aufkleber fing der Ärger an: Sebastian Walkenhorst (re.) und Jens Brandt (li.) posieren zusammen auf dem Indecent Exposure-Konzert am 12. April 2008 bei Hildesheim.

der mit der damaligen Göttingerin Heidi S., die seit Jahren zum harten Kern der Neonaziszene zählt. Alle wussten wer S. ist und jeder Mensch hätte es erkennen können: Anstelle der (abrasierten) Augenbrauen hat sie Tattoos gezackter Triskelen – dreiarmiger Hakenkreuze, die in der Szene als Ersatz für das Original dienen. Wenige Monate später wird Flacke dem ox-Magazin versichern: »Außerdem hat niemand von uns rechtes Pack im Freundes- und Bekanntenkreis! Wir selbst tolerieren sie ja auch nicht.«[4]

Grundkonsens Antirassismus

In der taz vermeldete Tobias Flacke im April 2009 über die Skinhead-Szene: »Es gibt nur noch einen Grundkonsens (...) und das ist der Antirassismus.«[5] Als Referenz ist angemerkt, dass Flacke früher für die Grünen im Stadtrat von Bad Iburg saß und die Partei aus Protest gegen den Afghanistan-Einsatz verließ. Auch der Hinweis, dass sein Cousin Abgeordneter der Linken ist, fehlt im taz-Artikel nicht. Die Argumentation der »Kontaktschuld«, die Kritiker_innen stets zum Vorwurf gemacht wird, wird zur Entlastung bedenkenlos eingesetzt. Stomper 98-Bassist Lars Iversen legt im ox-Interview nach: »Die Hautfarbe spielt für einen Skinhead keine Rolle, wichtiger ist die Frage: Bist du Skinhead oder nicht? Das Skinhead-Sein allein ist konsequentes Auftreten genug als Statement gegen Faschismus und Rassismus.« Womit diese Frage geklärt wäre. Zum Beweis, dass Stomper 98 gar nicht rechts sein können, wird im Ernstfall Phil Rigaud, genannt Phil Templar, vorgeschickt. Der in New York lebende Schlagzeuger von Stomper 98 und Templars, von Beruf Mediziner, engagiert sich, so wird erzählt, ehrenamtlich für Obdachlose. Und Rigaud ist schwarz. Doch lassen sich von ihm ähnlich kompromittierende Geschichten erzählen und Bilder vorführen wie von Walkenhorst. Ein Blick auf die Bands Rigauds macht das deutlich.

Der schwarze Drummer und seine Bands

Um Stomper 98 lässt sich ein Kreis von Bands zeichnen, die über gemeinsame CD-Veröffentlichungen, die Organisation von Konzerten und den Austausch von Musikern eng verbunden sind. Phil Rigaud spielt darin eine große Rolle. Er trommelte um 2000 in der US-Band First Strike, die in typischer Pose der US-amerikanischen Rechten gegen Nazis und »Red scum« sang (»Red scum, we say hang those bastards high (...) Red scum, soon you're gonna fuckin die, you got no American Pride«). Rigaud lehnt jede Verantwortung ab, rechte Ideologien zu transportieren. In einem Interview aus dem Jahre 2010 ließ er wissen, er habe in First Strike »nur das Schlagzeug gespielt«. Nach zwischenzeitlicher Auflösung kam im Oktober 2008 deren »lang erwartete Rückkehr«. Rigaud organisierte federführend ein Konzert von First Strike mit den Templars und den rechten spanischen Bands Ultimo Asalto und Glory Boys in New York. Die New Yorker Band Templars hat Rigaud 1991 mitgegründet, bei der Veröffentlichung ihres Songs »The Glory it once was« 1997 war er mit von der Partie. Darin offenbart die Band ein xenophobes, sozialdarwinistisches Denken: »Fuck the third world let them starve (...) Fuck trade wars, we'll close our doors, Fuck immigration we've got our own population.« Templars und Stomper 98 pflegen seit Jahren freundschaftliche Bande: 1999 erschien eine Split-EP der beiden Bands und sie spielten viele gemeinsame Konzerte Auch traten die Templars im November 2008 als Ehrengäste auf der 10-Jahres-Party von Stomper 98 im Conne Island in Leipzig auf.

»Unpolitisch« leicht gemacht: Battle Zone

Stomper 98 ist im Skinhead-Kult verhaftet und bastelt erfolgreich daran, selbst zur Kultband zu werden. Extreme Rechte sind akzeptierter Teil dieses Kultes, sofern sie authentische Skinheads sind und das »Politische«, wenn auch nur für einen Abend, hinten anstellen. Das ist das Gesetz, dem sich Stomper 98 unterworfen haben. →

1| Der Stolz der Arbeiterklasse, taz, 13. April 2009
2| »Über Uns«, Stomper 98, Juli 2008, vgl.: www.stomper98.de/Deutsch/In%20eigner%20Sache.html
3| Antwort von Stomper 98 an das Conne Island, 30.10.2008
4| www.ox-fanzine.de/web/stage_bottles_und.356.html
5| Der Stolz der Arbeiterklasse, taz, 13. April 2009


Foto: facebook

[1] Skinhead-Party in Hildesheim im November 2008. Tobias Flacke (Stomper 98) und die Neonazistin Heidi S.

Deswegen müssen sie sich mit »Szenegrößen« wie Heidi S. arrangieren. Ansonsten reicht ein formelles Bekenntnis zum Unpolitischen aus, um als integer zu gelten. Wie anders ist der Auftritt von Stomper 98 mit den Templars und der »Kultband« Battle Zone im Juni 2008 in New York zu erklären? Battle Zone entstammen dem harten Kern der englischen Neonazirock-Szene und lösten sich 1994 infolge eines Zerwürfnisses innerhalb des Blood & Honour-Netzwerkes auf. Frontmann Alex Ellui verließ auf Druck von Combat 18 England und ließ sich 1999 in Peru nieder. Dort gründete er im Jahr 2004 Battle Zone neu. Dieses Mal mit peruanischen Musikern und als apolitische Oi-Band, die »einfach nur Musik« machen wolle. Ellui gab nun vor, sich vom Rassismus gelöst zu haben. Da »seine« Musiker für das Konzert im Juni 2008 kein Visum für die USA erhalten hatten, »lieh« er sich für den Abend Gastmusiker von Templars und Stomper 98 (Phil Rigaud). Der Auftritt war in Frakturschrift als »ISP Blitzkrieg 08« angekündigt[6]. Battle Zone spielte unter altem Namen und altem Bandlogo, nur ihre »alten« Nazitexte waren laut eigener Aussage entschärft. Bereits 2006 hatte Rigaud bei einem Battle Zone-Auftritt im legendären New Yorker Punkclub CBGB das Schlagzeug gespielt. Um Proteste zu vermeiden, war die Band damals unter falschem Namen angekündigt worden. Wie ernst es »Kultsänger« Alex Ellui mit der Abkehr von der rechten Szene ist, stellte er im Juni 2009 auf dem »Skincore-Fest« in Rio de Janeiro mit Endstufe und anderen extrem rechten Bands unter Beweis. Er erschien auf der Bühne und gab einige Lieder zum Besten.

Auch Kult: Indecent Exposure und 4-Skins

»Das Foto gibt es, es war ein Fehler und ich habe meine Konsequenzen daraus gezogen. So etwas wird mir nicht wieder passieren.«[7] Was Walkenhorst im Interview mit dem ox über den »Schnappschuss« mit Jens Brandt eingesteht, lässt offen, worin er den Fehler sieht und was die Konsequenzen sein werden. Vielleicht wird er auf kein 4-Skins-Konzert mehr gehen, zumal ihm die 2010 erschienene CD »The Return« der 4-Skins nicht gefällt. Der dort enthaltene Song »Take no more«, so schreibt Walkenhorst in einer Rezension im ox-Magazin im Juni 2010, sei »textlich eine Aneinanderreihung von Scheiße, Vorurteilen und plattem Gesülze alter unzufriedener Stammtischsäufer.« Eine Strophe des Liedes lautet: »Immigrants overrun our land, Benefits office with an outstretched hand. Competing for our homes and jobs, begging in their gypsy mobs. Our country is full, fear the worst. Shouldn't we put our own people first?« Zunächst befand sich die CD in beinahe jedem gut sortierten Punkversand und wurde nach der Lektüre des Booklets hier und da aussortiert. Einige Versände vertreiben die CD bis heute. Der Versand Bandworm Records, einer der Marktführer für »Street Rock'n'Roll«, stellt »Take no more« in seiner Werbung sogar als »sehr gelungenes neues Material« heraus. Die Wiederkehr der Kultband 4-Skins entstand als Seitenprojekt der englischen Band Indecent Exposure. Mit von der Partie war Gary Hodges, ein Bandmitglied aus frühen 1980er-Jahren der 4-Skins. Indecent Exposure, auf derem Konzert in Hildesheim Walkenhorst mit Jens Brandt feierte, ist dem extrem rechten Milieu um Rock Against Communism (RAC) zuzuordnen, was die nachdrückliche Frage aufwirft, warum er und Tobias Flacke das Konzert überhaupt besuchten. Zu Indecent Exposure verlor Walkenhorst in all seinen Statements bislang kein kritisches Wort, obwohl deren Lieder wie »Save The Nation« oder »Rocking the Reds« nicht weniger eindeutig (rechts) sind wie beispielsweise »Take no more«.

Mit Stomper 98 am Stammtisch

Das Bild des kämpfenden, heterosexuellen Mannes und die Ablehnung dessen, was als anders und schwach empfunden wird, sind Säulen der Stomper 98-Wertewelt. Selbst Versuche, das Thema »Polizei« aufzugreifen, geraten deshalb zum Griff ins Klo. Im »Ochsensong« wirft »Mann« dem »Bullen« vor, seinen Frust an anderen rauszulassen, seine Frau im Freudenhaus zu betrügen und warnt davor, dass er »nur an

6| ISP steht für »International Skinhead Pride«.

7| www.ox-fanzine.de/web/stage_bottles_und.356.html

deinen Arsch« will. Der Refrain ist im Stil eines bekannten Fußball-Singsangs gehalten: »Alle Bullen sind schwul, alle Bullen sind schwul, von Göttingen bis nach Liverpool.«

Wenn Männer richtig feiern, sind andere unerwünscht, zum Beispiel Hippies. »(...) Hippie-Frauen mit unrasierten Beinen, bei diesem Anblick fangen wir an zu weinen (...) Hippie-Kids mit eingesauten Fressen, bei diesem Anblick wird uns schlecht beim Essen (...) Die Anderen sind am Grölen, die Stimmung ist perfekt, dem nächsten Hippie schon 'ne Flasche im Arsche steckt.« Der Text des Stomper 98-Liedes »Happy Hippie Hit« von 1999 ist in Inhalt und Duktus die Widerspiegelung rechter Vorurteile gegen linke Gegenkulturen: die Belustigung über deren Ernährungsweise, die Abwertung von Frauen, die nicht dem herrschenden gesellschaftlichen Schönheitsideal entsprechen, das sattsam bekannte »Wasch dich mal, mir wird schlecht!« – am Ende verbunden mit der Phantasie der sexuellen Erniedrigung der »Anderen«.

Der subkulturelle Männerstammtisch nimmt sich gesellschaftlicher Probleme an und weiß Lösungen: »Führt den Pranger wieder ein, der Tod wird die Erlösung sein! (...) Knüpft den Bastard ganz schnell auf, Gerechtigkeit nimmt ihren Lauf« heißt es im Stomper-Song »Päderast«[8]. Natürlich ist wieder alles ein Missverständnis: »Wir sind ausdrücklich GEGEN die Todesstrafe! »Knüpft den Bastard ganz schnell auf« und »Führt den Pranger wieder ein« sind als Metaphern zu verstehen für das, was in einem vorgeht.« So erklären Stomper 98 im Oktober 2008 den acht Jahre alten Song, nachdem ihnen vorgeworfen wurde, für die Todesstrafe einzutreten. Auffällig war, dass in all den Jahren kaum jemand den Liedtext so verstanden hatte, wie er angeblich gemeint sei.

Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing ...
Abgesehen von plakativen Statements gegen Nazis, Rassismus oder »Bullen« und einem antirassistischen und antifaschistischen Selbstverständnis[9] bewegen sich Stomper 98 im Wertekanon jener Alleinunterhalter, die auf der Karnevalsfeier im Schützenhaus zu vorgerückter Stunde das Mikrofon ergreifen. Die Querverbindungen der Band nach Rechtsaußen sind keine entschuldbaren Unachtsamkeiten, sondern sie sind systemimmanent. Und doch haben Stomper 98 eine Lobby, die weit ins vorgeblich linke Kulturbusiness hineinreicht. Unter Druck geraten, startete die Band Ende 2008 eine groß angelegte Öffentlichkeits- und Imageoffensive in eigener Sache. Das ox-Magazin, in dem Walkenhorst heute mitarbeitet, gab Stomper 98 breiten Raum zur Selbstdarstellung und in der taz fand sich am 13. April 2009 unter dem Titel »Der Stolz der Arbeiterklasse« eine Gefälligkeits-Berichterstattung, die sich wie ein Stomper 98-Statement liest. Die im Kreuzberger Kiez verwurzelte Konzertagentur MAD Tourbooking und andere, die Stomper 98 als kommerzielles Zugpferd nutzen, setzen sich gegenüber Konzertveranstaltenden und CD-Läden nachdrücklich für die Band ein. Der Tenor ist stets: Alles Übertreibungen, Gerüchte und einseitige Darstellungen, die Jungs sind echt in Ordnung.

Auftritte von Stomper 98 wären einigen »linken« Läden wohl kaum eine Diskussion wert, wenn nicht 2008 das verhängnisvolle Foto von Brandt und Walkenhorst aufgetaucht wäre. »Schuld an dieser Scheiße hat das Internet«, lassen Stomper 98 und taz unisono verlauten. Nein. Schuld daran haben Sebi und seine Freunde ganz alleine. Verantwortung für diese »Scheiße« zu übernehmen, ihre eigene Wertewelt zu hinterfragen, sich nicht ständig herauszuwinden und nicht immerfort in typischer Opfermanier die Schuld Anderen zuzuweisen, wären Anzeichen einer Weiterentwicklung. Das wäre jedoch ziemlich un-kultig. ■


Foto: facebook

[1] Neonazis feiern auf dem Indecent Exposure-Konzert am 12. April 2008: Vor der Bühne: Heidi S., daneben ist ein White-Power-Zeichen als Rücken-Tattoo zu erkennen.

8| Der Song Päderast erschien 2000 auf ihrer CD »The I.S.P. Connection« und ist ein Cover des Liedes »Rapist« der rechten englischen Oi-Band Combat 84

9| Im Begleitschreiben eines Briefes an das Conne Island vom 30.10.2008 schreiben Stomper 98: »Das Verständnis unser Band ist & bleibt antirasstisch/antifaschistisch.«

Weitere Statements von und zu Stomper 98 sind dokumentiert auf: http://oithegreyzone.wordpress.com

Einfach nur eine Skinhead-Band

Skinheadparty für Neonazis und »Unpolitische«: Endstufe aus Bremen

Um ein letztes Mal auf das Foto von Sebastian Walkenhorst von Stomper 98 mit Jens Brandt von Endstufe vom April 2008 zu kommen: Brandt ist einer der »prominentesten« Neonazimusiker Deutschlands, seine Nähe zum militanten Neonazi-Netzwerk der Hammerskins war zeitweise offenkundig. Wieso stört es ihn eigentlich nicht, mit dem Musiker einer »antirassistischen« Band, zudem ein Abtrünniger aus den eigenen Reihen, auf einem Foto zu stehen?

[1]



Foto: Faksimile vom www.endstufebremen.de

[1] Auch rechte Punks dürfen mitfeiern: Endstufe-Konzert am 28. März 2008 in Thüringen.

Etliche Male sind Endstufe in den vorausgegangenen Artikeln erwähnt worden. Das ist kein Zufall. Die Bremer Band ist die dienstälteste deutsche Neonaziband und hat eine »Skinhead-Credibility«, die weit über den Kern der Neonaziszene hinaus reicht. Endstufe bewerben sich auf ihrer Homepage mit den Worten: »WIR SIND EINE SKINHEAD BAND! NICHT MEHR UND NICHT WENIGER!« Mit Textaussagen wie »Saufen, Weiber, kurzes Haar, das Leben ist so wunderbar« (Song »Großstadt-Patrioten« von 1994) können sich viele identifizieren. Da steht Politik hinten an.

Since 1981

Im Jahr 1981 gründeten vier Bremer um Jens Brandt die Band Endstufe. Nach einer kurzen Anfangsphase als Punkband wurden sie Skinheads und spielten fortan OI-Musik. Thematisch stehen seit diesen Tagen Skinhead-Sein, Gewalt und proletarische Attitüde im Mittelpunkt der Texte. »Von der Arbeit kommst Du nach Haus, ziehst erstmal deine dreckigen Arbeitsstiefel aus, springst in deine Martens rein, denn du bist stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Wenn du mich nicht magst, dann sag es mir, aber eins, mein Freund, das merke dir: Ich bin Skinhead – ist doch klar, Ich find mich einfach wunderbar. Ich kann Kommunismus nicht ertragen und Punkern in die Fresse schlagen, Oi!« heißt es in dem Lied »Skinhead« von 1987, das zu einer Hymne der rechten Skinheadszene in Deutschland wurde. Insbesondere früheren Texten mangelt es nicht an Deutlichkeit: »Doctor Martens, kurze Haare, das ist arisch keine Frage. Nieder mit dem Mischmasch-Blut, denn das tut dem Vaterland nicht gut. Haltet rein die Deutsche Rasse, denn wir sind die Arierklasse« sang die Band im Lied »Deutsche Rasse« von 1984.

1| Interview in Clockwork Orange, Nr. 23, Februar 1992
2| »Unser Leben« von der CD »Mit den Jungs auf Tour«, 2002

Erst Party dann Politik

Charakteristisch für die Texte von Endstufe ist jedoch, dass viele Lieder ohne eine explizite politische Botschaft auskommen oder sich allenfalls in symbolhaften Anspielungen erschöpfen. Nach ihrem politischen Selbstverständnis gefragt, antwortete die Band 1992: »Also ich sehe das so, dass wir in erster Linie mal 'ne Skinhead-Band sind. Die 3 Bandmitglieder haben darüber hinaus total verschiedene politische Ansichten. Ich würde uns als deutschfreundliche Band bezeichnen«[1] um an anderer Stelle zu betonen, dass »wir Skinhead in erster Linie als Lebenseinstellung sehen und nicht als politische Bewegung«. Selbst als sich Jens Brandt Mitte der 1990er Jahre den Hammerskins anschloss, blieb alles wie gehabt. Die Endstufe-Lieder dieser Jahre heißen »Der Kult«, »Skinhead«, »Filmriss« oder »Zehn Kisten Haake Beck« mit Texten wie: »In der Schule war'n wir keine Streber, Sex und Party war'n uns immer lieber«[2]. Endstufe zelebrieren die Party und sorgen selbst für spektakuläre Events: Mit Dutzenden AnhängerInnen aus Deutschland spielten sie 1998 auf Mallorca ein Konzert in einer Disco, 2009 ging es mit Fan-Tross nach Rio de Janeiro zu einem extrem rechten »Skincore-Festival«.

Großstadtpatrioten und Fans

In Deutschland war es immer schwieriger geworden, Konzerte durchzuführen, immer häufiger wurden diese von der Polizei verhindert. Um Verbote und Konzertauflösungen zu vermeiden, ging man im thüringischen Neonazitreffpunkt Skinhouse Menfis dazu über, extrem rechte Bands unter falschem Namen auftreten zu lassen. (Vgl: AIB#73) Auf dem Werbeflyer für ein im September 2009 stattgefundenes »Wikinger Festival«, organisiert vom Kreis des Skinhouse Menfis, war die Band »Großstadtpatrioten« angekündigt. Die Fans wussten freilich, wer sich hinter dem Namen verbarg, denn 1994 hatten Endstufe ja einen Song »Großstadt-Patrioten« veröffentlicht. Die Behörden waren wieder einmal überrumpelt und schritten nicht ein. Die Party verlief prächtig.

Endstufe hat enorme Strahlkraft. Von Bremen bis Thüringen bis Baden-Württemberg haben sie einen Fankreis, der mit ihnen Parties und Konzerte ausrichtet und bis nach Brasilien fliegt. Der Kreis um die Band Gehörbetoibung aus Bretten (bei Karlsruhe) stellt die südwestdeutsche Fan-Bastion von Endstufe. Auch sie wissen, wie und wo man Party und Politik trennen sollte. In Bretten traten sie in den vergangenen Jahren als Macher der Partys »Sounds of Bretten« auf, die extreme Rechte aus Nah und Fern mit »unpolitischen« Musikfans und einzelnen Grüppchen Punks zusammenführte. Die Partys wurden öffentlich beworben, ihr unpolitischer Charakter wurde stets betont. Sounds-of-Bretten-Macher Alexander C. zeigte sich bei den Events schon mal im Dress von Stomper 98, auf einem England-Ausflug 2009 wiederum in einem Shirt mit dem Konterfei von Adolf Hitler und dem Spruch »Hitler European Tour 1939 bis 1945«. Die Sounds of Bretten-Partys wurden im April 2009 eingestellt. Ein Jahr später, am 17. April 2010, trat Endstufe wieder in der Gegend auf – im ehemaligen Gasthaus »Rössle« in Rheinmünster-Söllingen, das die NPD zu ihrem Treffpunkt ausgebaut hatte. Als Mitveranstaltende und »Endstufe-Crew« traten nun Personen aus dem Kreis der Nachfolgestruktur von Blood & Honour in Erscheinung.

Kult der Beliebigkeit

Wieso hat nun Jens Brandt kein Problem, sich mit Walkenhorst zum gemeinsamen Foto aufzustellen, wieso wird in der neonazistischen Szene daran kaum Kritik laut? Endstufe leben den Kult, Endstufe sind Kult. Der »Way of Life«, die Sucht nach der Skinhead-Party und der narzisstischen Selbstinszenierung, verbindet selbst die, die sich auf gegnerischen politischen Seiten wähnen. Das kann Christian Schröer nachdrücklich bestätigen. In Bremen als Skinhead sozialisiert, bewegte er sich Mitte der 1990er Jahre im Kreis von Endstufe und half dort, so erzählen ehemalige Bekannte, gelegentlich an der Gitarre aus. Er zog nach Berlin und kam dort in einem OI-Milieu unter, das mit »Rechten« nicht viel anfangen wollte. Über die »unpolitische« Band Double Torture landete er bei der Streetpunk-Band Toxpack, die im Kreuzberger Milieu verankert ist. Mit Toxpack spielte Schröer 2002 eine Single ein, schrieb hierfür auch Texte. Zurück in Bremen um das Jahr 2006 schloss er sich erneut Endstufe an, deren fester Gitarrist er heute ist. Schröer war niemals ein politischer Kopf. Sein Leben besteht seit über 15 Jahren aus exzessiver Skinhead-Party »mit allem was dazugehört«, wie ehemalige Kameraden betonen. Schröer hat seine Lebenswelt nie geändert, er wechselte darin nur die Bands und mit ihnen fast beiläufig die politischen Labels. Toxpack verwahren sich davor, mit extremen Rechten in Verbindung gebracht zu werden. Sie verweisen darauf, auf ihren Konzerten konsequent gegen Neonazis vorzugehen und unter anderem dafür gesorgt zu haben, dass Musiker von Endstufe vom Punk & Disorderly-Festival in Berlin im April 2010 entfernt wurden. ■



[1]

Foto: facebook

[1] Endstufe-Bandmitglied Christian Schröer (re.) und Fans auf dem »Skincore-Festival« in Rio de Janeiro am 6. Juni 2009.

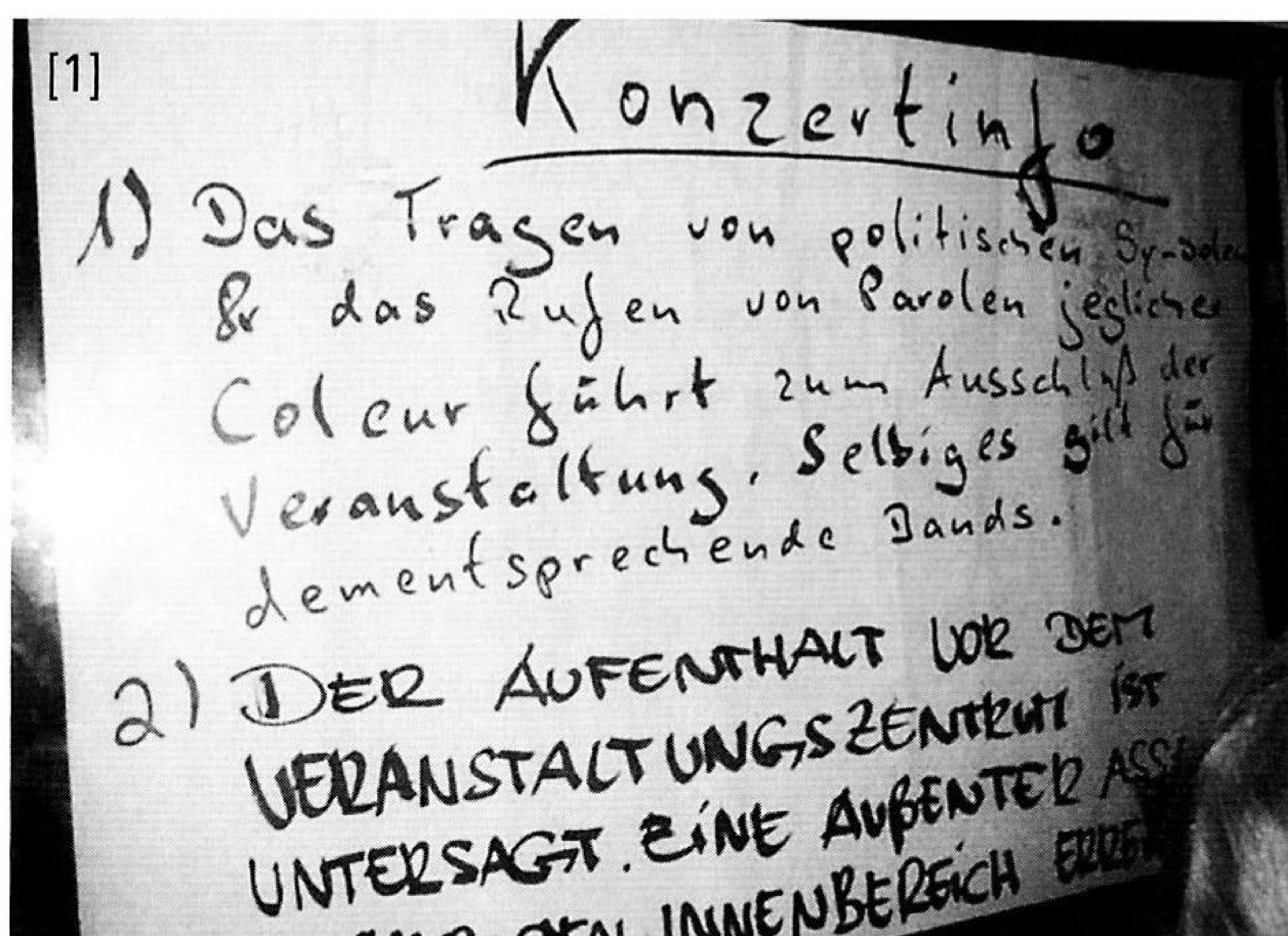
Oi ain't Red?

Die Grauzone am Beispiel der Bootboys Hildesheim

Ein Beispiel wie aus dem Bilderbuch für die Auswüchse der sogenannten Grauzone liefern die Bootboys Hildesheim. Diese treten seit 2004 als Veranstalter von Oi!- und Punk-Konzerten auf. Während sie im Rahmen ihres Interneteauftritts beim sozialen Netzwerk Myspace stets den »unpolitischen« Charakter ihrer Veranstaltungen betonen, führt die nähere Betrachtung der gebuchten Bands und deren Publikum zu ganz anderen Schlüssen.

Seit 2004 führten die Bootboys Hildesheim ca. 30 Veranstaltungen durch, die öffentlich dokumentiert sind: Konzerte, Partys, Kegelabende etc. In ihrer Selbstdarstellung verweisen sie darauf, dass »sich die Hildesheimer Szene aus Punks und Skins verschiedener Hautfarben und ethnischer Zugehörigkeiten zusammensetzt« und dass es für sie »selbstredend [sei], dass wir keine Bands engagieren, die in irgendeinem Sinn faschistisches oder kommunistisches Gedankengut vertreten!«[1] Doch bereits auf einer der ersten Shows am 4. Dezember 2004 boten die »Bootboys« den geladenen Gästen neben einem Auftritt der lokalen Grauzonen-Punker Riot Company und 50 Litern Freibier die beiden rechten Bands Brachial und Backstreet Firm aus Sachsen-Anhalt.

Blicke auf Exponenten der Bootboys Hildesheim und auf BesucherInnen ihrer Events veranschaulichen insbesondere, wie sich Personen aus der extremen Rechten Räume und Erlebniswelten unter dem Label einer »unpolitischen« Spaßkultur erschließen.



[1]

Gegen Political Correctness

Zu den Bootboys Hildesheim zählt der frühere Backstreet Firm-Bassist und selbsternannte Nazi-Aussteiger Jan Greve aus dem Harzvorland. Greve gehörte zu den Verantwortlichen des Westend Skinheadpubs in Grasleben[2], der 2004 schließen musste, weil er Konzerte mit extrem rechten Bands wie Kampfzone durchgeführt hatte.

Im März 2006 hatte Greve mit seinem Versuch, ein »Fuck P.C.-Fest« in Hildesheim zu veranstalten, für Aufsehen gesorgt[3] und nach dessen Absage im Internet von einer unheiligen Allianz aus Staatsmacht und Antifa fabuliert.

Über Jan Greve ist der Kreis der Bootboys Hildesheim mit dem Adler-Versand verbunden. Der Versand mit Sitz im nahen Diekholzen serviert seinen KundInnen überwiegend Musik des extrem rechten Rock Against Communism (RAC), die er auf seinem Label »Oi ain't red« auch selbst veröffentlicht. Mit Ausnahme des Versand-Inhabers Bertino Adler geben sich die Macher der »Adler-Crew« nur mit ihren Vornamen »Jan« und »Thomas« zu erkennen. Die brasilianische RechtsRock-Band Bandeira De Combate, die 2010 eine Split-CD mit der belgischen Blood & Honour-Band »Kill Baby, Kill« auf »Oi ain't red« veröffentlichte, gab sich Anfang 2009 in einem Interview auskunftsfreudiger: »We're also re-releasing an Album by Oi! ain't red Records with the friend Jan Greve.«[4]

Blood & Honour – Honour & Pride – Bootboys Hildesheim

Auch für »Bootboy« Jens W. aus der Nähe von Hildesheim ist der Skinheadkult alles andere als eine unpolitische Angelegenheit. Im Herbst 2009 trieb es ihn zum »ISD-Memorial«-Konzert nach Großbritannien, wo er gemeinsam mit etwa 800 anderen Neonazis aus ganz Europa dem Begründer

von Blood & Honour, Ian Stuart Donaldson, gedachte. Ebenso ließ er sich, wie zuletzt beim »Live and Loud 2010« im November 2010 in Belgien, die Auftritte der Bremer Neonazi-Band Endstufe nicht entgehen. Seine Ian Stuart-Tätowierung auf der Brust und die tätowierte schwarze Sonne auf der Schulter trägt er nicht zufällig und den anderen »Stiefeljungs« dürfte dies keinesfalls entgangen sein.

Ein weiterer »Bootboy« ist der gelernte Erzieher Markus H., der zur »Honour & Pride – Sektion Nordharz« gehört. Das Musiknetzwerk Honour and Pride entstand nach dem Verbot der deutschen Division von Blood & Honour im September 2000 und führte in den vergangenen Jahren neonazistische Konzerte in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt durch. Gemeinsam mit dem Rollladenbauer Oliver Malina aus Salzgitter, der seit der Jahrtausendwende bereits mehrfach als Konzertveranstalter für die »Honour & Pride – Sektion Niedersachsen« in Erscheinung getreten war, nahm Markus H. am 5. April 2008 im dänischen Ammitsbölan an einem offiziellen Blood & Honour-Konzert teil.[5]

Nur eine Woche später, am 12. April 2008, beteiligte sich H. am von der »Bootboys-Crew« veranstalteten Konzert mit Indecent Exposure, das zwar nicht unter der Schirmherrschaft einer neonazistischen Organisation stand, dennoch zu einem überregionalen Nazitreffen mit internationaler Beteiligung geriet. Es war das erste Konzert, das mangels einer geeigneten Hildesheimer Räumlichkeit im »Speicher« im benachbarten Barnten stattfand. Hier gaben sich in entspannter Atmosphäre Nazi-Prominenz, wie etwa Teile der »Endstufe-Crew«, englische und belgische Blood & Honour-Nazis und Mitglieder der RAC-Band »Kill Baby, Kill« die Klinke in die Hand[6] und feierte gemeinsam mit Nazi-Punks, aber auch namhaften Vertretern der deutschen Oi-Szene wie Bandmitgliedern von Stomper 98, den Auftritt der altgedienten, schon immer rechtsoffenen Oi-Band.

Waffen, Spaß und Reiselust...

Beim nächsten Konzert, das die Bootboys Hildesheim am 23. August 2008 mit der ebenso rechtsoffenen britischen Band Condemned 84 veranstalteten, befand sich unter den Feiernden auch Mario Messerschmidt aus Göttingen, ein bis dato eher regional bekannter Waffennarr mit neonazistischer Gesinnung. Drei Monate später, im November 2008, trat der ehemalige Bundeswehrausbilder gemeinsam mit anderen Neonazis in der Göttinger »Moonlight-Bar« in Erscheinung. Dort schoss er nach einer Auseinandersetzung mit einem anderen Neonazi mit einer Pumpgun um sich. Anschließend an den Rauswurf aus der Lokalität warf er Brandsätze gegen die Gebäudefassade[7] (vgl. AIB#84). Die daraufhin alarmierte Polizei nahm fünf beteiligte Neonazis fest. Bei den folgenden Hausdurchsuchungen stieß die Polizei in Messerschmidts Wohnung auf ein regelrechtes Waffenarsenal. Seit Ende 2009 sitzt er eine fünfjährige Haftstrafe ab, u.a. wegen Verstößen gegen das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz.[8]

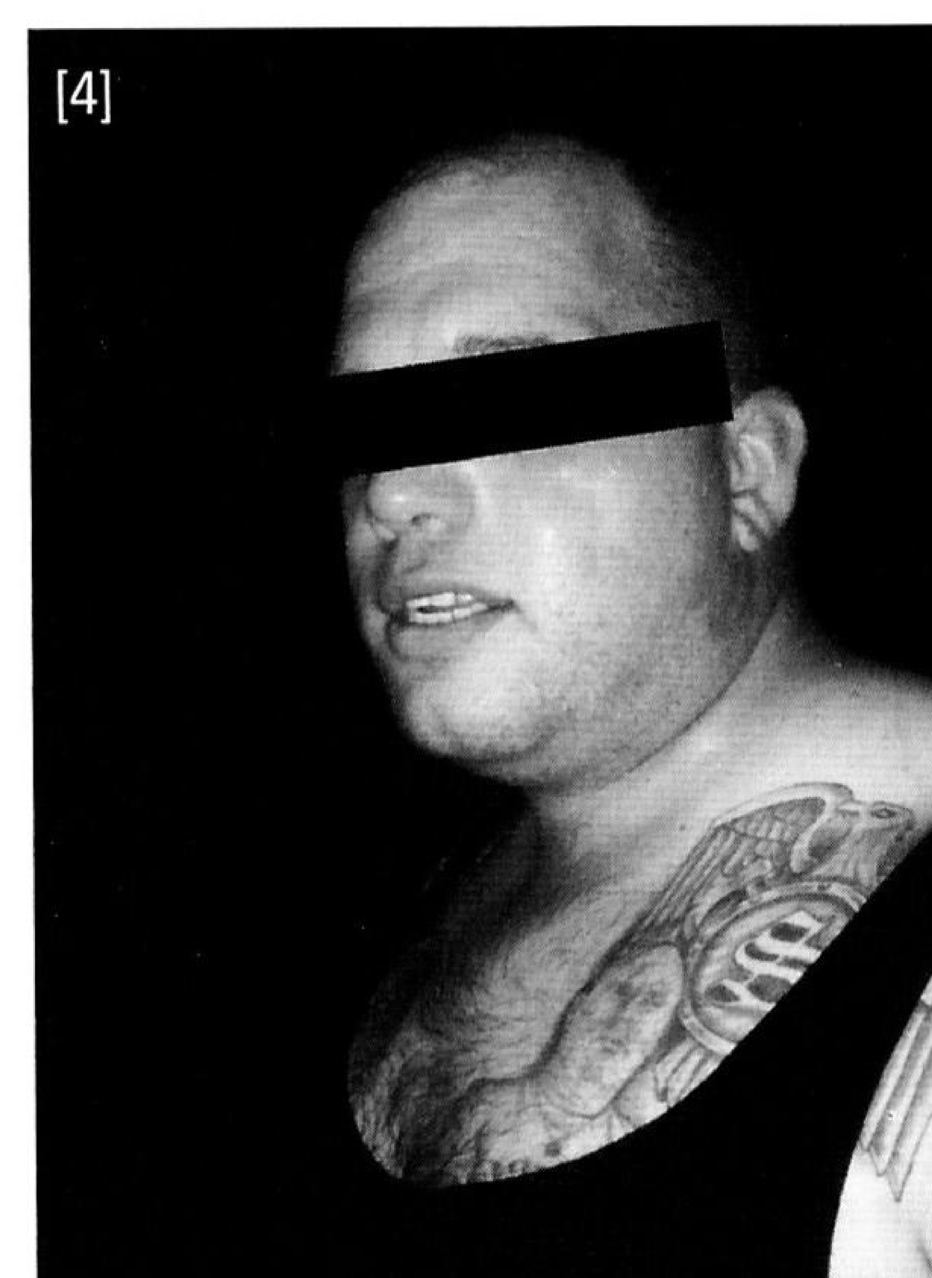
Messerschmidts gute Bekannte Heidi S., die ihn in der Vergangenheit auch als ihren »Mitbewohner« benannte, hat wohl jedes der von den Bootboys durchgeführten Konzerte besucht. Mittlerweile ist S. von Göttingen nach Spanien ausgewandert, wo sie mit einem Bandmitglied der RAC-Band Glory Boys liiert ist. Heidi S. zählt zu den wenigen Frauen, die es geschafft haben, in der rechten Männerwelt eine gewisse Reputation zu erlangen. Nachdem sie noch vor zehn Jahren in Hessen und Berlin als Teilnehmerin von Neonaziaufmärschen auffiel, ist sie heute in rechten Skinhead-Kreisen in ganz Europa unterwegs und war bzw. ist ein gern gesehener und häufiger Gast im belgischen De Kastelein bzw. dessen Nachfolgepub Moloko-Bar. In diesem Brügger Etablissement wird das Motto »If the kids are united« großzügig gehandhabt, neben Blood & Honour-AktivistInnen tummeln sich dort Hooligans, Nazi-Punks und Oi-Skins vor allem aus Belgien und Deutschland. Sowohl De Kastelein als auch die Moloko-Bar boten in der Vergangenheit rechts angehauchten, aber auch offenen Neonazibands die Möglichkeit, live aufzutreten.

Eine weitere Band aus dem Umfeld der Bootboys Hildesheim sind Combat 77, die aus zwei Hildesheimern, zwei Hannoveranern und einer Hannoveranerin bestehen und sich nach außen



Fotos 1–4: facebook





[1] Das »Konzertinfo« am Einlass eines Konzertes der Bootboys Hildesheim 2008. »Das Tragen von politischen Symbolen & das Rufen von Parolen jeglicher Coleur führt zum Ausschluß der Veranstaltung. Selbiges gilt für dementsprechende Bands. (sic!)«.

[2] Jens W. im Shirt der Bootboys Hildesheim.

[3] Auf einem Event der Bootboys Hildesheim 2008, Jens W. (2.v.l.) mit Kameraden der Hannoveraner NPD und aus dem Bremer Blood & Honour-Umfeld.

[4] Die Brusttätowierung von Jens W. zeigt das Logo der Neonazi-Band Skrewdriver und das Konterfei von Skrewdriver-Sänger und Blood & Honour-Begründer Ian Stuart Donaldson.

1| www.myspace.com/oibootboyshildesheim vom 19.12.2008
2| www.rockoi.com/modules.php?name=News&file=article&sid=38&mode=thread&order=0&thold=0 vom 24.04.2011
3| »Kein Skinhead-Konzert im Dr.-Lax-Haus« in: Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 24. März 2006
4| http://bandeirade-combateinterview.blogspot.com/

➔



[1]

[1] Honour and Pride gilt als eine Nachfolgestruktur von Blood & Honour, deren deutsche Division im Jahr 2000 verboten wurde.
Hier: Honour and Pride beim Neonazi-Gedenkmarsch in Dresden 2005



[2]

Quelle: facebook

[2] Konzerte, Partys, Kegelabende: Die Bootboys Hildesheim organisieren eine Erlebniswelt

→ strikt »unpolitisch« geben. Ihr Album »100 % Oi!« deckt – nomen est omen – erfolgreich alle gängigen Klischees ab und ist frei von offen politischen Aussagen. Ganz so »unpolitisch« waren jedoch weder alle Konzerte, die die Band gespielt hat, so zum Beispiel in der als Ersatzort für den Neonazitreffpunkt Skinhouse Menfis (vgl. AIB#73) genutzten Schwedenschanze im thüringischen Deesbach, noch die offensichtlich rechten Fanzines, die die Band interviewten, wie etwa das Meinungs-Freiheit-Zine, Feindkontakt oder Stolz & Stil. So verwundert es nicht, dass die Band für das Indecent Exposure-Konzert in Barnten im April 2008 das Schlagzeug stellte. Personelle Überschneidungen existieren mit der Band Riot Company, mit der sich Combat 77 auch einen Proberaum teilen.

Spießbürgerliches Rebellentum

Obgleich sich die Bootboys Hildesheim zum Großteil aus »unpolitischen Gestalten« zusammensetzen und sie sich in ihrer Außendarstellung um die strikte Vermeidung von politischen Aussagen bemühen, so sind sie mit ihren Veranstaltungen zu einem festen Bestandteil einer Szene geworden, die sich am ehesten mit dem Begriff »Grauzone« beschreiben lässt. In einer Mischszene im Umfeld der »Bootboys« verwischen die Grenzen zwischen »unpolitischen« Skinheads und PunkerInnen, rechten Schlägern und aktiven und organisierten Neonazis. Als kleinster gemeinsamer Nenner genügt den AkteurInnen die Begeisterung für Oi-Musik und Spirituosen, sowie ein diffuser Begriff von Abgrenzung und Ablehnung nicht nur gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch einer antifaschistischen bzw. als »politisch korrekt« empfundenen Kultur und Politik.

Längst haben Neonazis die Grauzone für sich entdeckt. So antwortete die Neonaziband Revierkampf aus Schleswig-Holstein 2009 in einem Interview: »Zum Begriff ›Grauzone‹ nur so viel: Gerade in der heutigen Zeit begrüßen wir es sehr das so auch »unpolitische« Leute in Kontakt mit Nationalisten und Patrioten kommen. Vielleicht öffnen sich dem einen oder anderen so die Augen.«[9]

Unter dem Deckmantel des gemeinsamen Kultes, sprich: der Skinhead-Subkultur, gelingt es jungen und alten Nazi-Skins, in eine sich selbst als »unpolitisch« definierende Szene einzusickern, dort Fürsprecher zu gewinnen und so zu einer Normalisierung in Bezug auf einen freundschaftlichen Umgang mit Neonazis beizutragen. Das Resultat dieser Verquickung verschiedener Subkulturen sind zahlreiche rechtsoffene Konzerte und Festivals der jüngeren Vergangenheit. Veranstaltungsorte wie das Skinhouse Menfis in Neustadt/Orla (Thüringen) und Veranstalter wie die Bootboys Hildesheim organisieren die Infrastruktur und Erlebniswelt der Grauzone. ProtagonistInnen dieses Milieus schrecken dabei auch nicht davor zurück, Veranstaltungen in Räumlichkeiten durchzuführen, die auf eine linksradikale Vergangenheit zurückblicken oder sogar momentan Teil der linksradikalen Szene sind. Die mit dieser Auseinandersetzung einhergehenden Diskussionen haben bewiesen, wie »unpolitisch« dieser Teil der Oi-Szene tatsächlich ist: Über rechte Tendenzen wird geflissentlich hinweg gesehen, bei berechtigter Kritik von antifaschistischer Seite läuten die Alarmglocken und das alte Hirngespinst vom »Linksfaschismus« wird bemüht, statt sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen. ■

5| Recherche Nord: Konzerte mit »Blood&Honour« in Niedersachsen?: http://recherche-nord.com/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=259 vom 24.04.2011
6| siehe auch: »rotes Hetzpamphlet« http://oithegreyzone.wordpress.com/ vom 24.04.2011
7| ALI Göttingen: Schusswaffen | Briefbomben | Nazigeschäfte: www.inventati.org/ali/index.php?option=com_content&view=article&id=1294%3Awer-ent-waffnet-die-faschisten&Itemid=15#flug
8| »Waffenkammer der Bewegung« in: Antifaschistisches Info Blatt Nr.84, Berlin 2009, S.18
9| Interview mit Revierkampf in Heimwärts, Nr.2, 2009

Das Un-Wort

Warum »unpolitisch sein« meist viel mit Politik zu tun hat

Wie einen Schutzschild tragen Akteur_innen der »Grauzone« die Behauptung vor sich her, sie seien »unpolitisch«. Damit sollen Texte, Ästhetik und Kontakte gegen Kritik immunisiert werden. Häufig glauben Bands, Labels und Fans tatsächlich mit Politik nichts zu tun zu haben. »Unpolitisch sein« ist Synonym für ein einfaches, normales Leben. Darin offenbart sich oft ein reaktionäres Verständnis von Politik. Die Motivation, sich »unpolitisch« zu nennen, ist unterschiedlich. Für manche offensichtlich rechte Band ist es ein rhetorischer Kniff, um sich problemloser in den Subkulturen bewegen zu können. Für die breite Masse der Grauzone-Bands ist es Ausdruck von Selbstbestimmung – man möchte sich nicht diktieren lassen, was man zu singen, zu hören und zu tragen hat. Stereotyp verweisen sie darauf, unabhängig zu sein und eine »eigene Meinung« zu haben – was auch heißt, dass alle die, die politisch intervenieren, als fremdbestimmt und nicht authentisch disqualifiziert werden.

Die kleinen Leute und »die da oben«

Unter den Bands der Grauzone ist es verbreitet, sich selbst als Personifizierung der »kleinen Leute« darzustellen, die über das, was »die da oben« machen, nur den Kopf schütteln. So nachvollziehbar die Ohnmacht gegenüber »denen da oben« und die daraus resultierende »Politikverdrossenheit« auch sind, sie implizieren häufig ein konservatives bis reaktionäres Politikverständnis: Wir sind nur einfache und ehrliche Menschen, die nicht politisch handeln (können). Wir »fühlen«. Aus dem Bauch heraus weiß man ja, dass Schwule »abnormal« und »Emanzen« sexuell frustriert sein müssen. Selbst wenn in Songtexten der Ruf nach Todesstrafe erklingt[1], wird das als emotionaler Ausbruch legitimiert, und soll keine politische Meinung darstellen.

Gesellschaftliche Zustände werden als gegeben akzeptiert, man strebt nicht nach Veränderung. Nicht zufällig werden veränderbare Verhältnisse und Wertvorstellungen wie Familie, Vaterland, Nationalstolz von »unpolitischen« Grauzone-Bands als »ganz natürlich« empfunden und positiv besetzt.

Wenn man nicht einmal den Anspruch erhebt, es gar ablehnt, Politik »im Kleinen« und »von unten« zu gestalten, dann widerspricht man der gesellschaftlichen Beteiligung aller und affirmiert ganz beiläufig die bestehende Ordnung.

Was Politik (angeblich) ist

Unter Politik wird im Milieu der Grauzone fast ausschließlich die Ausübung von und der Kampf um Herrschaft verstanden. Tatsächlich politisch handeln also Kanzlerin und Innenminister, Bürgermeisterin und Landrat und allenfalls noch oppositionelle Gruppen – »Extremisten von rechts und links«. Dieses Verständnis von Politik entstammt einem mittelalterlichen, vordemokratischen Denken. Eine über Gott legitimierte Elite herrschte über die Bevölkerung, die selbst nur Abgaben zu leisten und gegebenenfalls in den Krieg zu ziehen hatte. Politik war Machtausübung und Machterhalt und kein Geschäft, in das sich das einfache Volk einmischen durfte. Das ist Untertanen-Geist.



[1]

[1] T-Shirt-Motiv aus einem rechten Versandhandel. Screenshot von www.rascal.de

Demgegenüber steht das Verständnis von Politik, welches sich seit Beginn der Moderne herausgebildet hat: Dass Politik viel mehr ist als die bloße Herrschaft der Mächtigen. Politisch ist jede Auseinandersetzung, jede Idee, jedes Denken, jedes Handeln darüber, wie Gesellschaft gestaltet werden soll; darüber ob Dinge beibehalten oder verändert werden; darüber welche Werte Geltung haben und welche nicht. Und vor allem die Erkenntnis: Jeder Mensch ist eine mündige, politisch handelnde Person. Allein dadurch, dass jede Person Meinungen und Wertvorstellungen transportiert, Ansprüche und Forderungen an die Gemeinschaft stellt, nimmt sie Einfluss auf das gesellschaftliche Leben.

Ob der Ruf nach Todesstrafe nun im Klassenzimmer, im Parlament oder am Stammtisch erhoben wird oder eben im Liedtext einer Oi-Band mit Gitarrenschrammeln im Hintergrund: Eine politische Forderung bleibt eine politische Forderung. ■

1| So die Band Stomper 98 in ihrem Lied »Päderast«, siehe auch vorausgegangen Artikel »Dem Skinhead-Kult treu«.

Rechtsweg nicht ausgeschlossen

Szene-Anwälte in Mecklenburg-Vorpommern

Als selbst ernannter »Anwalt der kleinen Leute« hatte sich der 1949 in Baden-Baden geborene Michael Andrejewski im Frühjahr diesen Jahres viel vorgenommen. Während der seit 2003 in Anklam lebende Jurist vor allem als Kommunalpolitiker, Hartz-IV-Berater und innenpolitischer Sprecher der NPD in Mecklenburg-Vorpommern von sich Reden machte, wagte er sich im Januar 2010 auf die Bühne des Rostocker Landgerichtes, um dort den NPD-Funktionär Michael Grewe im »Pölchow-Prozess« anwaltlich zu vertreten (AIB #86). Gemeinsam mit dem Rostocker Rechtsanwalt Sven Rathjens und einem weiteren Anwalt aus Wismar bildete er zunächst die Verteidigung der drei Angeklagten. Rathjens, u.a. »Alter Herr« der rechts einzuordnenden Burschenschaft Redaria Allemannia in Rostock, betreibt seit 1996 die Anwaltskanzlei »Rathjens & Kollegen« mit Büroräumen in Schwerin, Wismar und Rostock, in der insgesamt fünf RechtsanwältInnen und Burschenschaftsbrüder beschäftigt sind. Während Rathjens bei der Verteidigung des Neonazis Dennis F. nichts unversucht ließ und sogar von einem Szeneaustritt seines Mandanten schwadronierte, zeigte sich Andrejewski, ein Propagandist der rassistischen Pogrome in Rostock-Lichtenhagen 1992, sichtlich ungeübt. Andrejewski war Unterzeichner eines Flugblatts der Aktion »Rostock bleibt deutsch«, das vor den Pogromen in Rostock verteilt wurde. So verwunderte es nicht, dass er am dritten Prozesstag Unterstützung durch den nicht ganz unbekannten Thomas Penneke erhielt.

Szeneanwalt mit Aktivistenvergangenheit

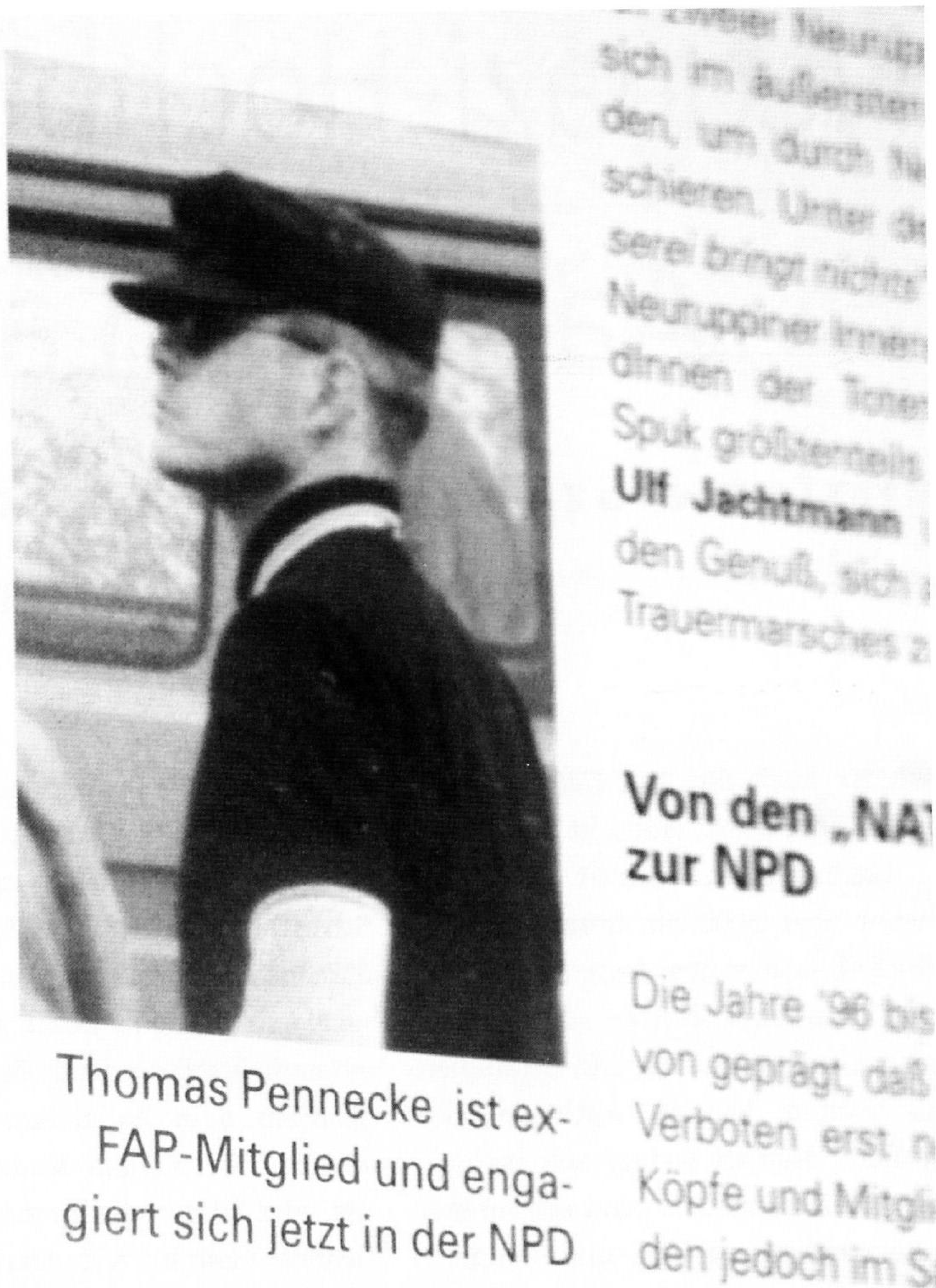
Der 34-jährige Anwalt und Doktorand an der Universität Rostock und Greifswald ist einer der Kollegen der »Rostocker-Anwälte«. Auch Penneke ist u.a. Bundesbruder der zum Dachverband der Deutschen Burschenschaft zugehörigen Redaria Allemannia. Der ehemalige Neuruppiner war in den 1990er Jahren in der örtlichen Neonaziszene aktiv und als einer der führenden Kader bekannt. Er engagierte sich gemeinsam mit Frank Schwerdt, heutiger Bundesgeschäftsführer der NPD, in dem NPD-nahen Verein »Jugendhilfe e.V.«, der sich für einen Neonazitreffpunkt in Neuruppin einsetzte. Penneke half mit bei örtlichen Verteilaktionen, hielt in der Öffentlichkeit neonazistische Reden und trat 1999 mehrfach als Ordner bei NPD-Demonstrationen auf.

Zu Beginn seines Studiums in Rostock 2000 wurde es zunächst ruhig um ihn. Bis auf einen geschichtsrevisionistischen Vortrag »Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg«, den er als Jurastudent 2003 in seiner Burschenschaft darbot, hielt Penneke weitgehend aus der Öffentlichkeit fern. Mit dem Erlangen seiner Approbation trat er als Fachanwalt für Strafrecht, Familienrecht, Verkehrsrecht und bei Ordnungswidrigkeiten in Neonazikreisen wieder in Erscheinung. Seither vertritt der in der Hansestadt lebende Anwalt das Who-is-Who der Neonaziszene aus Mecklenburg-Vorpommern. 2008 etwa setzte er sich für den Rostocker Neonazi Martin Krause (AIB #83) ein, der wegen Beleidigung eines Passanten vor dem ehemaligen Neonazi-Laden, zuletzt bekannt unter dem Namen »Dickkoepp«, verurteilt wurde.

Bei einer Vielzahl seiner MandantInnen handelt es sich sowohl um Mitglieder der neonazistischen Subkultur und der NPD als auch um Vertreter völkisch-neonazistischer Organisationen. So vertrat Penneke den Aktivisten der mittlerweile verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) Friedrich T. aus Satow bei Rostock. Seine MandantInnen stammen aus dem gesamten Bundesland. Den der Durchführung einer illegalen Demonstration für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess im Jahre 2008 angeklagten örtlichen NPD-Kreisvorsitzenden Marco Zimmermann etwa verteidigte Penneke 2009 in Neustrelitz. Das Gerichtsurteil ist bisher nicht rechtskräftig.

Vor Gericht versucht Penneke politisch neutral aufzutreten, indem er vor-

[1]



[2]



[1] Faksimile: Broschüre: »Hinter den Kulissen...« (Brandenburg), 1999.

[2] Rechtsanwalt Thomas Penneke bei der medial breit begleiteten Prozesseröffnung gegen einen Aktivisten und den früheren Vorsitzenden der verbotenen HDJ.

gibt, auch Linke und MigrantInnen zu verteidigen. Tatsächlich findet der Anwalt der Neonazis neben seiner Klientel aus der Szene auch ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld: Für die seit 2009 bestehende »Biker-Kanzlei« von Sven Rathjens tritt er unterstützend als Rechtsanwalt von Mitgliedern des regionalen Hells Angels-Charter und der Supporter-Clubs auf.

Das Vorgehen der »Rostocker-Anwälte«

Im »Pölchow-Prozess« im Frühjahr 2010 wurde eine Scharnierfunktion des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden David Petereit zwischen der Kanzlei und der Neonazi-Szene offensichtlich. So arrangierte der am Verfahren unbeteiligte Petereit ein Treffen zwischen Neonazi-Zeugen und dem Verteidiger Sven Rathjens. Des weiteren gewährte der Multifunktionär den vorgeladenen Rechten vorab Einblick in Teile der Ermittlungsakten.

In dem Prozess im Herbst/Winter 2010/2011 gegen fünf Neonazis, die bei der Auflösung eines illegalen Neonazi-Konzertes in Rostock-Gehlsdorf 2008 festgenommen worden waren, warf die Staatsanwaltschaft den Verteidigern der Neonazis eine Verschleppungstaktik vor. Mit Befangenheitsanträgen gegen die Kammer und den Richter dehnten Penneke & Co. den Prozess über Monate aus. Sie erhoben Vorwürfe von Willkür und einem unfairen Verfahren gegen das Gericht und versuchten mit einer Flut von Beweisanträgen Nebenschauplätze zu eröffnen. Außer, dass Penneke und seine drei Kollegen aus der Anwaltskanzlei die Kosten ihrer MandantInnen auf diese Weise nach oben trieben, änderte es jedoch nichts an dem Prozessausgang. So wurde ihr langjähriger Mandant, der Liedermacher Martin Krause, bisher nicht rechtskräftig, zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt.

Fazit

Das juristische Engagement des NPD-Politikers Michael Andrejewski beschränkt sich hauptsächlich auf verwaltungsrechtliche Tätigkeiten. So tritt er als Rechtsanwalt auf Grund seiner Nichtzulassung zur Landrats- bzw. Bürgermeisterwahl in seinem Wahlkreis in Erscheinung, jedoch seltener als Strafverteidiger seiner KameradInnen. Im Gegensatz dazu verschafft Thomas Pennekes Ruf als Verteidiger ihm einen regen Zulauf aus der Neonaziszene. Während er in den 1990er Jahren offen als Neonazikader regional in Erscheinung trat, engagiert er sich derzeit in den Gerichtssälen als Rechtsanwalt von Neonazis, insbesondere aus Mecklenburg-Vorpommern. Von eigenem politischen Engagement in der Öffentlichkeit scheint sich Thomas Penneke somit verabschiedet zu haben, um dafür nun das neonazistische Auftreten seiner Klientel abzusichern. ■

Neonazi-Hochburg Aachener Land

Radikalisierte Szene im Raum Aachen, Düren und Heinsberg

Michael Klarmann

Michael Klarmann ist seit Mitte 2000 freischaffender Journalist in Aachen. Zeitweise redaktioneller Mitarbeiter bei Tageszeitungen und Musikmagazinen, Stadt- und Fachzeitschriften. In seinem Arbeitsschwerpunkt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zudem als Berater und Referent für Redaktionen, Behörden und Bildungseinrichtungen tätig.

Geplant war am 26. Juli 2009 ein Fußball-Freundschaftsspiel der U19 von Alemannia Aachen und der U21 des griechischen Clubs PAOK Thessaloniki. Da es im Vorfeld in der Region Düren zu rechten Vorfällen gekommen war, stand das Spiel unter dem Motto: »Gegen Rassismus und Gewalt!« Die Partie symbolisch anstoßen sollte der CDU Bürgermeister. Doch als die Veranstalter der Initiative »Fußballvereine gegen Rechts« den Fußballplatz betraten, waren sie geschockt. Neonazis hatten das Kürzel KAL und ein etwa 1,50 mal 1,50 Meter großes Hakenkreuz in den Rasenplatz des Dorfes gegraben. In beiden Strafräumen waren zudem massenhaft Glasscherben verstreut und in den Boden getreten worden.

Kameradschaft Aachener Land

Die Buchstabenfolge KAL ist in der Region Aachen und den Kreisen Düren und Heinsberg seit 2001 bekannt. Es ist das Kürzel der »Kameradschaft Aachener Land«, einer Neonazi-Gruppe im Rheinland mit geschätzten 30 bis 60 Mitgliedern, »Anwärtern« und sonstigen Interessierten im Umfeld. Als am 20. April 2011 Neonazis in der Region Parolen wie »Adolf Hitler, alles Gute!« und »122 Jahre« sprühten, war neben der Webadresse der »Kameradschaft« auch das KAL-Kürzel dabei: »Alles Gute Adolf, wünscht KAL!«

Die Gruppe wurde 2001 gegründet, nennt aber 2002 als Gründungsjahr. Die KAL verfügt über feste Strukturen. Die Mitglieder treffen sich regelmäßig, um Aktionen und Strategien zu beraten. Brisante Aktionen oder gezielte Angriffe werden nur im kleinen Kreis besonders eingeschworener »Kameraden« geplant und durchgeführt. Einmal im Jahr findet eine Jahreshauptversammlung statt, für 2012 soll eine »10-Jahresfeier« mit Besuchern aus ganz Europa und rechten Kultbands geplant sein. Im Jahre 2010 gab es einen hohen Ermittlungsdruck seitens der Landeskriminalämter NRW und Berlin, des Landesverfassungsschutzes und der Polizei Aachen. Der regionale Polizeipräsident erklärte im Herbst 2010, seine Behörde nehme die KAL zwar »sehr ernst«, ein Verbot der KAL sei indes »eine schwierige rechtliche Frage.« Neonazi-»Kameradschaften« hätten keine festen Strukturen, »und deshalb gibt es auch nichts zu verbieten. Das ist eine formale, aber vorhandene Problematik.« Zu jenem Zeitpunkt war die KAL wegen zahlreicher Hausdurchsuchungen für einige Wochen kaum handlungsfähig.

In den Monaten zuvor war es zu zahlreichen Straftaten von KAL-Leuten und Neonazis aus deren Umfeld gekommen. Am 20. April 2010 hatte die KAL z.B. auf ihrer Homepage Adolf Hitler zum »121. Geburtstag« gratuliert. Ein KAL-Mitglied bastelte mittels Silvesterböllern und Glasscherben Sprengsätze und nahm diese mit zu einem Aufmarsch in Berlin am 1. Mai, vermutlich sollten damit Gegendemonstranten oder Polizisten attackiert werden. Über Monate wurden Nazigegner oder Bürger, die Neonazis für ihre Gegner hielten, mit Angriffen und Sprühaktionen – darunter Morddrohungen nebst KAL-Kürzel – terrorisiert.

Es fand ein Brandanschlag auf das »Autonome Zentrum« (AZ) in Aachen statt, Besucher wurden auf dessen Vorplatz von Neonazis mit einer Zwille und Stahlkugeln sowie einer Gaspistole beschossen. Eine an die Antifa adressierte Paketbomben-Attrappe wurde vor dem AZ abgelegt. Anfang August kam es zu einer Serie von Schmierereien, unter anderem wurde auf der Außenmauer des jüdischen Friedhofes in Aachen auf rund 15 Metern Länge die Parole »Juden den Gashahn aufdrehen« angebracht.

Im Februar 2011 griffen rund fünfzehn Neonazis und KAL-Leute gezielt eine Rockkneipe in Wassenberg (Kreis Heinsberg) an, weil man ihnen nach vorangegangenen Provokationen Hausverbot erteilt hatte.

Radikalisierte NPD Strukturen



[1] Rene Laube, Pressesprecher und zweiter stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Düren und führender Kopf der »Kameradschaft Aachener Land« am 1.Mai 2010 in Berlin.

Neben Dortmund und den angrenzenden Kleinstädten im östlichen Ruhrgebiet gilt die Region Aachen als zweite Hochburg der Neonazi-Szene in NRW. Bis zu internen Machtkämpfen mit dem NPD-Landesverband galt auch der NPD-Kreisverband Düren als einer der aktivsten und aggressivsten NPD-Gliederungen in NRW. Bis Mitte 2010 fungierte Ingo Haller (Niederzier-Hambach) als Mitglied im Landesvorstand und Kreischef im Raum Düren; Haller war 2009 für die NPD in den Kreistag Düren gewählt worden. Hallers Stellvertreter im Kreisverband waren bis Mitte 2010 René Rothhanns (Merzenich), der im Stadtrat von Düren sitzt, und René Laube (Vettweiß-Kelz), der KAL-»Kameradschaftsführer«.

Vierter einflussreicher Kader ist der Neonazi Axel Reitz (Pulheim). Reitz und Laube saßen auch in jenem Bus, in dem in der Nacht auf den 1. Mai 2010 die selbst gebastelten Sprengvorrichtungen nach Berlin transportiert wurden. Laube, Reitz, Haller und Rothhanns scheiterten Mitte 2010 mit dem Vorhaben, den NPD-Landesverband NRW auf einen offen nationalsozialistischen Kurs trimmen zu wollen. Gegen Haller, Laube und Rothhanns wurden am Ende eines gescheiterten Parteiausschlussverfahrens deswegen zwar »Ordnungsmaßnahmen« verhängt. Jedoch unterlag in der Region Aachen-Düren die Landes-NPD in dem Machtkampf den radikalen, militanten und aktionistischen Kräften rund um das Quartett.

Etabliertes Aktionsgebiet

Die Region gilt auch als Hochburg der Neonazis, weil seit Ende 2006 zahlreiche Veranstaltungen und Aufmärsche stattfanden. Redner-Abende, Sommerfeste, »Heldengedenken« und ein Fußballturnier fanden statt, zudem organisiert die KAL regelmäßig im Mai mit Neonazis wie Sven Skoda, Christian Malcoci und Ralph Tegethoff das »Schlageter-Treffen« zu Ehren des im »Dritten Reich« als Märtyrer verehrten Albert Leo Schlageter. Neben Aufmärschen in Aachen, Düren und Heinsberg organisieren Haller, Reitz und Laube seit 2008 im April »Trauermärsche« in Stolberg zum »Gedenken« an einen von einem Migranten erstochenen 19-jährigen Berufsschüler.

Besucht werden die fremdenfeindlichen Aufmärsche von Neonazis aus ganz Deutschland und Teilen Europas. Dass sie in die westliche Kleinstadt anreisen, hat einen Grund: in den ersten Monaten nach der Tat hatte das Trio das Opfer ohne Rücksicht auf die trauernde Familie zu Propaganda-Zwecken zum »Kameraden« und »Märtyrer der Bewegung« verklärt. Letztlich geht es bei der Aufmarschserie jedoch darum, Fremdenhass offen ausleben zu können.

Offene Hetze

Haller hatte etwa in einer Rede am 4. April 2009 vor rund 530 »Kameraden« den »Nationalen Widerstand« in der multikulturell geprägten Demokratie mit einem Bauern verglichen, der sein Land bestellt. Gelegentlich, sagte Haller, müsse der Bauer dann auch »Unkrautvernichter« einsetzen, um »unerwünschte Gäste« – gemeint waren der Analogie folgend MigrantInnen – zu bekämpfen.

Mitorganisator Reitz rief bei einem Fackelmarsch an Karfreitag 2010 den »lieben Kameradinnen und Kameraden« zu, eines Tages werde man ein »Flächenbrand« sein, der »all das Kranke, all das Zersetzende, all das Dekadente aus unserem Volk« heraus brennen werde. Und Manfred Breidbach, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Düsseldorf/Mettmann, wetterte am 9. April 2011 gegen die »multikulturelle Pest«. Doch eines Tages werde Deutschland »im Glanze brennender Moscheen« erstrahlen. ■

Schlagzeilen machte seit Herbst 2010 der Fall von Daniel Kappe, der zeitweise in Leipzig in Untersuchungshaft saß, weil ein Bekannter bei einem Streit einen jugendlichen Iraker erstochen haben soll. Kappe wurde Ende 2010 aus der U-Haft entlassen, gegen ihn wurde im Februar 2011 Anklage wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung erhoben. Gegen den mutmaßlichen Haupttäter der Bluttat, Marcus E., wurde von der Staatsanwaltschaft Leipzig Anklage wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und des Totschlags erhoben. Der gebürtige Leipziger Kappe war 2001 in die Region Aachen gezogen, hatte sich der Neonazi-Szene angeschlossen und über Jahre der »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) angehört. Im Februar 2007 verurteilte das Landgericht Aachen Kappe und »Kameradschaftsführer« Laube wegen unterlassener Hilfeleistung, weil beide nach einem Saufgelage einen »Kameraden« nicht daran gehindert hatten, die schwangere Freundin zu misshandeln. Mitte 2007 folgte gegen Kappe ein Urteil wegen einer Geiselnahme sowie Körperverletzung, beides hatte sich im KAL-Umfeld abgespielt. Seine Haftstrafe saß er in der sächsischen Justizvollzuganstalt Waldheim ab und lernte dort E. kennen. Kappe blieb nach der Haftentlassung 2010 in Leipzig, ebenso wie E. Beide sollen in der Nacht des 24. Oktober 2010 in Leipzig Streit mit einem 19-jährigen Iraker begonnen haben. E. soll dem 19-Jährigen später mit einem Messer einen Stich in den Rumpf versetzt haben, der Iraker verstarb kurz darauf. Der Prozess gegen beide soll Mitte Juni in Leipzig beginnen. Kappes Anwalt hatte gegenüber der Presse betont, sein Mandant habe sich von der rechten Szene gelöst. Kappe trug am Tattag ein Shirt mit dem Aufdruck »Kick off Antifascism«.

Auf der Stelle treten

Stagnation bei der Brandenburger NPD

Ein Artikel des Brandenburger Webportals www.inforiot.de

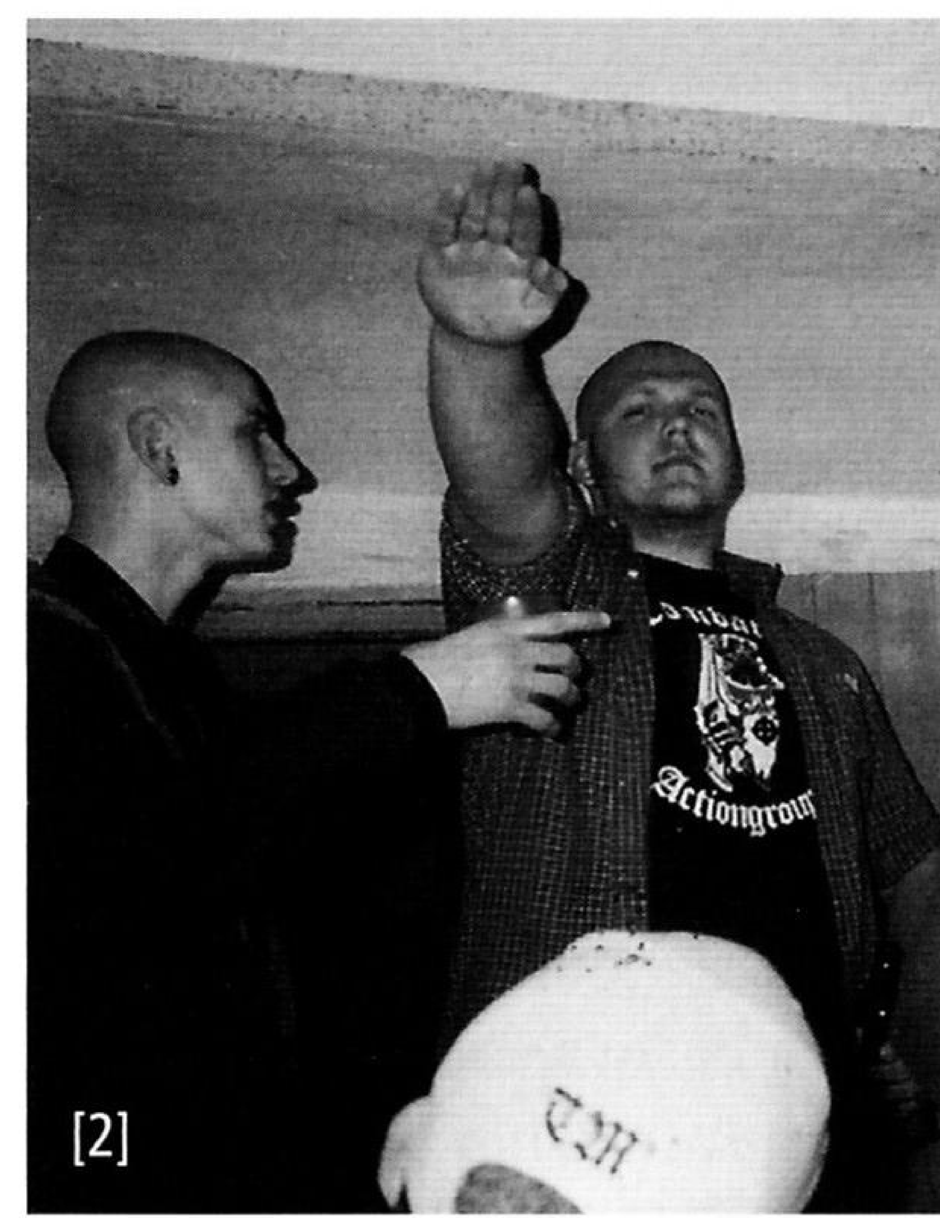
Offensive sieht anders aus. Der Brandenburger Landesverband der NPD vermag es derzeit nicht, das Niveau der eigenen Parteiaktivitäten spürbar anzuheben. Und das, obwohl die Kommunalwahlen 2008 leidlich erfolgreich waren und die Fusion mit der DVU, die bis 2009 zehn Jahre lang im Landtag saß, die unmittelbare Konkurrenz aus dem Weg geräumt hatte. Der NPD-Versuch, nun richtig durchzustarten, ist gründlich misslungen, wie die schwachen Aktivitäten, aber auch verschiedene Parteiinterna belegen.

Im Februar 2011 kursierte ein Datensatz mit 60.000 E-Mails aus dem Innenleben der Bundes-NPD. Auch über den Brandenburger Landesverband war aus dem Material, das von der Jahresmitte 2010 bis in den Januar diesen Jahres reicht, eine Menge zu erfahren.

In der Gesamtschau ergibt sich das Bild eines kleinen, durchaus funktionstüchtigen Landesverbandes, von dem aber keine großen Sprünge zu erwarten sind. Ständiger Personalmangel und gegenseitige Missgunst bestimmen die Parteiarbeit in Brandenburg. Nur ein sehr kleiner, dafür stabiler Kern von Aktiven hält den Verband immerhin auf niedrigem Niveau arbeitsfähig.



[1] Der Chef des NPD Kreisvebandes Rathenow Benjamin Kuhirt.


[2] Benjamin Kuhirt (rechts) im Jahr 2002 als er noch nicht NPD Funktionsträger war.

Landesweit 300 Mitglieder

Einer internen Finanzübersicht aus dem E-Mail-Satz zufolge hatte der Landesverband Brandenburg im Juli 2010 264 Mitglieder, aufgeteilt auf sieben Kreisverbände. Nur 100 der 264 Mitglieder zahlten den vollen Beitrag, der Rest führte ermäßigte Beiträge ab. Nach den Abgaben an Landes- und Bundes-NPD bleiben für die Kreisverbände nur zwischen 50 und 150 Euro über. Es gibt nicht einmal flächendeckende Strukturen der NPD im Land. In den internen Papieren ist der Kreisverband Prignitz-Ruppin schlichtweg inexistent, während er auf der Homepage der Partei weiterhin aufgeführt wird.

Übertritte von der zusammenbrechenden DVU zur NPD hat es nur in verhältnismäßig schmalem Umfang gegeben. Gerade mal rund 40 Übertritte dürften es sein, von denen die Mehrzahl kaum für aktive Parteiarbeit zu mobilisieren sein wird. Nur vier DVU-MandatsträgerInnen haben nach der Fusion das Parteibuch im Sinne der NPD gewechselt.

Vorstand und Parteisoldaten

Aus den E-Mails geht hervor, dass die NPD Brandenburg für Landesvorstandsitzungen die Berliner Bundesparteizentrale nutzt. Dort arbeitet Landeschef Klaus Beier und auch andere aus Brandenburg stammende Parteiaktive sind dort tätig – etwa Florian Stein und Jörg Hähnel. Seit 2004 ist Klaus Beier Landeschef der Brandenburger NPD und gehört als Pressesprecher der NPD zum Führungskreis der Bundespartei. Neben Beier hält vor allem der Vize-Vorsitzende Ronny Zasowk in Brandenburg die Fäden zusammen. Der Cottbusser Stadtverordnete ist besonders fleißig in die alltägliche Parteiarbeit involviert, wie das immense Volumen seines E-Mail-Verkehrs belegt. Zasowk arbeitet mittlerweile auch als persönlicher Mitarbeiter des NPD-Abgeordneten Andreas Storr im Sächsischen Landtag. Schlechte Laune machte ihm ein Vorfall im Juli 2010, über den er sich bei Klaus Beier beklagte: »Die Antifa war bei mir in Cottbus zu Hause und hat die Hauswand vollgesprüht. Toll, nicht? Mein Vater ist begeistert.«

Das Landesvorstandsmitglied Ingo Pannier hingegen hat seine Parteiaktivitäten inzwischen etwas reduziert. Der Versicherungsmakler betreibt mit seiner Lebensgefährtin Jana Michaelis einen Reiterhof in Blumberg (Barnim),

auf dem 2010 ein Treffen der neonazistischen »Gemeinschaft Deutscher Frauen« stattfand. Zusammen mit der Bernauer NPD-Aktivistin Aileen Götze und Mike Sandow, ex-NPD-Kreischef, versucht er außerdem ein »Märkisches Familien- und Hilfswerk« aufzubauen.

Neben Beier, Zasowk und Pannier gehören auch Thomas Salomon, Manuela Kokott, Michel Müller, Sven Haverlandt und Stefan Rietz zum Landesvorstand der Partei.

Spagat zwischen Militanz und Bürgernähe

Die Neonazipartei NPD kommt auch in Brandenburg nicht aus ihrer Haut heraus. Ihre aktive Mitgliedschaft rekrutiert sich aus Neonazis, die sich schwer damit tun, ihre Überzeugungen zu verbergen. Ihre Herkunft aus den nazistischen Subkulturen und die verbreitete Nähe zu den »Kameradschaften« tun ihr Übriges.

Neben Zasowk fällt auch Michel Müller (Chef des Kreisverbands Havel-Nuthe) durch das große Volumen seiner Parteiaktivitäten auf. An seiner Person veranschaulicht sich, dass die Brandenburger NPD als Teil der militanten Neonaziszene gelten muss. Müller war in früheren Jahren aktiv bei der 2005 verbotenen Neonazi-Kameradschaft »Hauptvolk« aus Rathenow und saß wegen Beihilfe zu versuchtem Mord im Gefängnis.

Stefan Rietz, heute im Landesvorstand, war aktiv im 2000 verbotenen rassistischen »Blood & Honour« Netzwerk. Unter den NPD-Militanten findet sich außerdem der Stellvertretende Kreisvorsitzende in der Lausitz, Alexander Bode, Haupttäter der tödlichen rassistischen Hetzjagd von Guben 1999.

Durch die enge Anbindung an die Bundeszentrale ist abgesichert, dass der Brandenburger Landesverband sich eng am Kurs der Bundespartei orientiert. Im Außenbild soll eine »seriöse Radikalität« inszeniert werden. Gemeint sind damit vor allem populistische Phrasen gegen »Globalismus« und »Überfremdung« bei möglichst konsequenter Vermeidung von offensichtlichem Neonazismus. Träumereien vom »Deutschen Reich« sollen nicht publik werden, um eine breitere Wählbarkeit zu erreichen. In der landesweiten Agitationszeitung »Wahrheit für Brandenburg«, von der immerhin zwei Ausgaben erschienen sind, ist diese Strategie deutlich erkennbar. Als vorbildlich für die Parteiarbeit wurde über Monate die »bürgernahe« Kampagne »Schule statt Rathaus« in Schöneiche benannt. Und doch endete sie mit einer Peinlichkeit: 1147 Unterschriften für ein entsprechendes Bürgerbegehren wollten die NPD-Kader Antje Kottusch und Andreas Kavalir in der Kleinstadt nahe Berlin gesammelt haben. Dann kam aber heraus: Gleich ein Drittel der Einträge waren fehlerhaft, sogar eine erhebliche Anzahl von Mehrfachunterschriften wollte die NPD untermogeln. Damit war die Mindestzahl von Unterschriften für ein gültiges Bürgerbegehen verfehlt – aus der Vorbildkampagne war ein Flop geworden.



[1] Ronny Zasowk (links) der Vize-Vorsitzende der Brandenburger NPD mit dem regionalen NPD-Kandidaten Pierre Dornbusch (rechts) 2011 auf einer Neonazi-Demonstration in Spremberg.

Im Mai 2011 wurde in Spremberg eine NPD-Demonstration durchgeführt, die eine »Anti-Abwanderungskampagne« einläuten sollte. Motto und Aufruftext entsprachen ganz der »seriös radikalen« Parteilinie: Durch die EU-Politik würden die neuen Bundesländer Schaden nehmen und nur die NPD könne das Problem durch Renationalisierung lösen. Die Demo selbst machte dann jedoch ein anderes Bild: Die TeilnehmerInnen brüllten vor allem eine Parole: »Wer hat uns verraten? Die Demokraten! Wer macht damit Schluss? Nationaler Sozialismus!« Obendrein drängelten sich vor das frischgedruckte NPD-Fronttransparent Kameradschaftsmitglieder mit einem eigenen, themenfremden Transparent: »Natur und Heimat schützen«. Unter den »Kameradschaftern«, die da die Spitze des Parteiaufzugs geentert hatten, befand sich Markus Noack, NPD-Kreisverordneter aus der Region. ■



Flickr -cc- Jan_L

Perspektivenwechsel

beim Ausstieg aus der Neonaziszene?

Schon seit einiger Zeit setzen sich antifaschistische Strukturen mit Aussteiger_innen aus der Neonaziszene auseinander. Neu erscheint allerdings der Umstand, dass Personen nach einem – wodurch auch immer herbeigeführten – Bruch mit dieser Szene, ihren weiteren politischen Werdegang zunehmend in meist antifaschistischen Strukturen sehen. Dies löst innerhalb bestehender antifaschistischer Zusammenhänge nicht nur Diskussionen, Unverständnis oder Ablehnung aus. Die einer solchen Entwicklung immanenten Widersprüche nehmen zum Teil so viel Raum ein, dass organisierte linke Strukturen Handlungsfähigkeit in anderen Bereichen ihrer Arbeit einbüßen. Das sogenannte »Umsteiger-Phänomen« ist in Berlin, aber nicht nur dort, in den letzten Monaten häufiger in den Mittelpunkt gerückt. Grundlage unserer Perspektive sind die erarbeiteten Grundsätze im Umgang mit Aussteiger_innen. Wir sind uns bewusst, dass diese nur Orientierungspunkte darstellen können. Unserer Ansicht nach hat vieles davon auch innerhalb der aktuellen Diskussion weiterhin Berechtigung und ist in einigen Zusammenhängen scheinbar in Vergessenheit geraten. Um den zum Teil problematisch verlaufenden Umgang mit sogenannten »Umsteiger_innen« in einen solidarischen Austausch zu bringen, haben wir uns entschlossen, einen ersten Diskussions-Beitrag zu leisten.

Der lange Weg zum Ausstieg

Als Ausgestiegene bezeichnen wir Personen, die nach einem intensiven Prozess der Reflexion von sich aus ihre Ideologie als in allen Punkten falsch, menschenverachtend und nicht mehr länger vertretbar erkennen. Weitere Formen eines Bruchs mit der Neonaziszene, die aber keine ideologische

oder persönliche Auseinandersetzung beinhalten, finden sich in Begrifflichkeiten wie Abtauchen, Austritt, Rückzug, Aufhören. (Vgl. AIB #74) Das in diesem Text behandelte Phänomen des »Umstiegs« finden wir bei Personen, die, gleich einem Ausgestiegenen, Informationen über »ihre« ehemaligen neonazistischen Strukturen zur Verfügung stellen sowie in einem transparent gestalteten Prozess ihre Veränderung und Auseinandersetzung glaubwürdig und nachvollziehbar darlegen und sich tatsächlich jeglichen Weg zurück verbauen. Insbesondere zeichnet es sich dadurch aus, dass sie meist mit nur kurzem zeitlichen Abstand, überwiegend in antifaschistischen Zusammenhängen aktiv werden wollen.

Gerade diesen Umstand halten wir aber aus mehreren Gründen für problematisch. Das Abbrechen jeglichen Kontakts zu AnhängerInnen der Neonaziszene, die Umgestaltung des Alltags und der Aufbau eines neuen sozialen Umfelds sind erste praktische Schritte des Ausstiegs. Diese machen aber, trotz allen damit verbundenen und häufig schwierigen Begleitumständen, eingebettet in den zeitlichen Rahmen des gesamten Ausstiegsprozesses, nur den kleineren Teil aus. Wenn wir bei dem gesamten Prozess von Jahren ausgehen, sprechen wir hier immer noch von mindestens vielen Monaten. Wird mit der Entscheidung zum Bruch oder begleitend zum Ausstiegsprozess der Wunsch geäußert, in antifaschistischen Zusammenhängen aktiv zu werden, muss also sehr genau hingeschaut werden. Wir sind uns bewusst, dass es natürlich keine einheitliche zeitliche Abfolge gibt, die individuelle Entscheidungen oder persönliche Veränderungen bestimmt. Im Falle eines »Umstiegs« würde dies jedoch voraussetzen, innerhalb kurzer Zeit nicht nur komplett mit der davor gelebten neonazistischen Ideologie zu brechen, sondern diese Entwicklung individuell soweit vorangebracht zu haben, dass eine Auseinandersetzung und letztlich aktive Teilhabe an linker und antifaschistischer Politik bereits möglich scheint. Zudem sehen wir im vorzeitigen Einbinden von Ausgestiegenen in linke Strukturen ein Hindernis im individuellen Reflexionsprozess. Gruppen und Personen, die eine Mitarbeit ermöglichen oder einen solchen Wunsch befördern, müssen sich verantwortungsbewusst der individuellen Begleitung widmen und sich darüber hinaus auch damit auseinandersetzen, wenn Dritte den nachvollziehbaren Gedanken äußern, die eigenen Strukturen schützen zu wollen.

Ausstieg – Umstieg – Action

Bei den letzten uns bekannten Aussteiger_innen handelte es sich überproportional häufig um Personen aus Gruppen der »Autonomen Nationalisten« (AN). Gerade dieses Spektrum ermöglicht über die Verwendung subkulturell geprägter Erscheinungsformen einen leichteren Einstieg in die Neonaziszene. Viele Jugendliche müssen ihr äußeres Auftreten nicht mehr zwangsläufig ändern, sondern finden eine breite Angebotspalette von Black Metal, Hardcore oder auch Hip Hop, über die sie sich ausdrücken können. Der Umstand, dass es sich hierbei um subkulturelle Erscheinungsformen handelt, die gleichfalls von linken oder nicht-rechten Menschen geprägt ist, beinhaltet jedoch auch die Möglichkeit »fließender« Übergänge und setzt nicht mehr einen kompletten Stilbruch voraus. Das wesentlich entscheidendere Moment besteht allerdings in dem aktionsorientierten Auftreten der AN. Die inhaltliche Bezugnahme findet sich zwar weiterhin im Nationalsozialismus, doch dient als identitätsstiftendes Moment und wichtigstes Instrumentarium einer »gelungenen« Aktion das Auftreten auf der Straße. Dass dieser Aktionismus nun zur Selbstinszenierung einer »kämpferischen Jugend« mutiert, spielt dabei keine Rolle. Entscheidend ist die empfundene Stärke im »NS-Black Block« bei Demonstrationen bzw. der ersehnten oder tatsächlichen körperlichen Auseinandersetzung mit Antifaschist_innen. Wenn diese Gewaltästhetik nun unter anderen Bedingungen, dem Wechsel des Feindbildes und dem Austauschen der Button am Basecap, im Auftreten der antifaschistischen Bewegung wiedergefunden wird, kann nicht von einem Bruch in der Lebenswelt gesprochen werden. Dass diese Möglichkeit überhaupt als Option vorhanden ist, bedarf aber auch einer kritischen Reflexion innerhalb der Linken. Denn gerade diese Problematik ist nicht neu. »Wo [...] die Aktion, sprich die Form des Politischen, Vorrang vor deren inhaltlicher Kontextualisierung genießt, nimmt es nicht Wunder, dass der Deutungskontext der »Propaganda der Tat« entweder diffus oder politisch umcodierbar, enteignenbar wird.« (AIB #80) Hierbei geht es nicht darum, unterschiedliche Aktionsformen zu bewerten. Wir sind der Meinung, dass es vielfältige Formen der Bekämpfung neonazistischer Strukturen gibt und diese auch ihre Berechtigung besitzen. Wer aber nicht in der Lage ist das eigene Auftreten immer wieder kritisch zu reflektieren und in ritualisierte Muster zur Schau gestellter Militanz verharrt, kann für sich nicht beanspruchen, eine Wirkungsstätte für Aussteiger_innen zu sein.

Die Notwendigkeit der Reflexion

Der Ausstiegsprozess muss immer auch mit dem Bemühen die eigenen Taten zu reflektieren einhergehen. Wenn dies vor der Auseinandersetzung über eigenes gewalttätiges Verhalten endet, kann von einem abgeschlossenen Prozess noch lange keine Rede sein. Diese Entwicklung transparent zu machen wäre aber im Falle sogenannter Umsteiger auch Aufgabe derer, die eine Einbindung in linke Strukturen möglich machen wollen. Doch scheitert dies viel zu häufig an der eigenen Unreflektiertheit. Mag in →



Flickr -cc- stomen



Flickr -cc- austrianna

[1] im Bild

[1] Bildunterschrift

→ einigen Fällen bei linken Gruppen eine naive Faszination davon ausgehen, in der Position zu sein einem »geläuterten« Neonazi eine neues Umfeld zu bieten, ist der bereits beschriebene Ausstiegsprozess schon im Ansatz gescheitert. Wenn sich persönliche Beziehungen über eine diffuse »Feindschaft gegenüber dem System«, die gemeinsam erlebte Action, sowie das häufig männlich-dominierte und Gewalt beinhaltende Gebaren innerhalb einer Gruppe definieren, kann dies für die Situation der hier beschriebenen »Umsteiger_innen« und den sie begleitenden Zusammenhängen als identitätsstiftendes Moment ausreichen. Einen verantwortungsvollen Umgang mit dieser Thematik innerhalb linker Strukturen stellt es aber nicht dar.

Die im Ausstiegsprozess begriffene Person steht in der Pflicht, einen offenen Umgang mit der eigenen Vergangenheit beim Aufbau sozialer oder politischer Kontakte zu pflegen. Bei denen jedoch, die voreilig in linken Strukturen aktiv werden können, ist es ebenso Aufgabe der involvierten Gruppen bzw. Einzelpersonen, den Prozess gegenüber der Szene transparent zu gestalten und sich nicht in Abwehrreaktionen zu verlieren. Denn gerade dies mehrt Zweifel und Unbehagen. Das politische Umfeld steht in solch einem Fall in der Pflicht, einen nachvollziehbaren Umgang mit dem Bedürfnis des/der »Aussteiger_in« nach Einbindung in alternative und linke Umfelder und Locations zu finden. Hier führt nichts daran vorbei von Fall zu Fall gründlich und reflektiert abzuwägen, um gemeinsam mit Kritiker_innen nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Die Garantie eines Schutzraumes für Menschen, die von Gewalt des/der Aussteiger_in oder Gruppen aus deren Umfeld betroffen waren, ist hierbei genauso zu beachten, wie der geäußerte Wunsch organisierter Antifagruppen, ihre Strukturen für »Umsteiger« nicht zu öffnen. Sollten sich skeptische Genoss_innen aufgrund mangelnder Transparenz dennoch mit Situationen konfrontiert sehen, auf die sie keinen Einfluss mehr haben, da eine Öffnung bereits vollzogen wurde, ist ein reflektierter Umgang nicht mehr wahrscheinlich. Vielmehr besteht dann die Gefahr, dass die Wahrung professioneller Distanz der Ausstiegsbegleitenden als Standard in der Gestaltung des Ausstiegsprozesses, verloren geht. Dass dieser Umstand zu Auseinandersetzungen führt die regionale Strukturen aufreiben und potentiell Betroffene neonazistischer Gewalt aus einem Entscheidungsprozess ausschließen, ist nicht akzeptabel.

Überprüfbarkeit gewährleisten

Mögen sich die Ansprüche an einen Ausstieg auf einem hohen Niveau bewegen und eine individuelle Verantwortung in die Pflicht nehmen, liegt es daran, dass sich die betroffene Person einmal dazu entschieden hat, einem neonazistischen Weltbild zu folgen. »Genau das ist die Legitimationsgrundlage von AntifaschistInnen sie politisch wie auch persönlich dafür »haftbar« zu machen.« (AIB #74) Trotz aller Widersprüche scheint es dennoch nachvollziehbar, dass der Wunsch nach Öffnung linker Räume formuliert wird. Dass ein gewisser sozialer und kultureller Zugang in alternative und linke Lebenswelten für die (Weiter-)Entwicklung emanzipatorischen Denkens notwendig erscheint, liegt nahe. Steht für die Prozessbegleitung aber kein geeignetes Umfeld zur Verfügung, kann ein Einstieg in linke Gruppen nicht stattfinden. Schließlich bestehen für eine Person, die überzeugt ist, linke Politik in der Gesellschaft leisten bzw. unterstützen zu wollen, zahllose Möglichkeiten, dies in anderer Form und in anderen Bereichen zu tun, als zwangsläufig in antifaschistischen Zusammenhängen. Wenn diese Möglichkeiten nicht als Option in Betracht kommen, sollte sich die Zeit genommen werden, die Beweggründe der Ausgestiegenen genau zu beleuchten, diese innerhalb der Szene darzulegen und in einen solidarischen Austausch zu gelangen. Um dies zu gewährleisten halten wir es weiterhin für wichtig, den Umgang mit Ausgestiegenen nicht intuitiv zu beurteilen, sondern an überprüfbaren Kriterien festzuhalten. ■

»Ein langer Weg, mit Bedacht begleitet«

Über die Entwicklung ehemaliger Neonazis hin zu aktiven Antifaschist_innen

Wir haben mit zwei Personen gesprochen, die den Weg aus der Neonaziszene gefunden haben und sich nun antifaschistisch betätigen. Sie erzählen über diesen Prozess aus ihrer Perspektive.

Wie verläuft ein Ausstiegsprozess? Vom ersten Zweifeln, über innere Distanzierung zum Ausstieg bis hin zur Arbeit gegen Nazis?

S: Also erst einmal verläuft es im Kopf. Man fängt an zu zweifeln, Sachen zu hinterfragen. Es brechen dann von dem alten Denken einzelne Teile weg, das Denken ändert sich. Es ist jedoch nicht so, dass man aufwacht und eine andere Einstellung hat. Das verläuft nach und nach, es braucht Monate oder Jahre. Es ist ja im Grunde so, dass jeder Mensch irgendwie eine Sicht auf die Dinge oder auf die Welt hat. Und eine rechte Einstellung ist so eine Art Denken oder Weltsicht, die alles betrifft, ein geschlossenes Weltbild. Jeder hat seine Sicht auf die Dinge, egal ob man politisch ist oder nicht. Aber ein rechtes Weltbild ist eine komplett durchbestimmte Sicht, du hast einen komplett anderes Erklärungsmuster für alle Dinge als andere. Und das ändert sich eben nur nach und nach. Du siehst eine Sache, fängst irgendwo an zu zweifeln, dann änderst du deine Einstellung in einem Schritt, in einem bestimmten Bereich, und das ganze schreitet voran und ändert sich immer wieder.

Wenn du ideologisch das Ganze voll mitgetragen hast, dann dauert das, ich würde sagen, wahrscheinlich Jahre. Ich glaub nicht Wochen oder Monate, ich denke viel länger.

S: Ich hab damals schon viele Theorieschriften gelesen, auch immer linke Sachen. Zum einen um zu gucken, was denken die eigentlich, wie kann man dagegen argumentieren und wie sieht es die Gegenseite. Einfach um ein umfassendes Bild zu kriegen. Dann hab ich angefangen, mich mit wirtschaftlichen Fragen, mit Kapitalismus auseinanderzusetzen, und da gibt's halt keine ernstzunehmenden Sachen im rechten Bereich. So hab ich angefangen, mir mehr linke Veröffentlichungen zu suchen. Ich hab gemerkt, das die linke Kritik am Kapitalismus weiter war oder besser war. Ich dachte damals noch, man könnte das vielleicht irgendwie so integrieren ins rechte Denken.

Dann kommen Fragen auf: Wenn ich jetzt einer linken Kritik zustimme, wie kann ich das einbinden, ohne das Widersprüche aufkommen. Und das geht nicht. Irgendwann kommt der Punkt, wo man sagt, entweder sieht man über die Widersprüche hinweg, weil man so sozial eingebunden ist, oder man sagt »Halt«. Entweder bist du ehrlich zu dir und sagst, wenn du so denkst, kannst du das andere nicht mehr machen. Dann muss man aufhören und auch sein Handeln ändern. Also wenn mein Denken sich anfängt zu ändern, muss ich auch mein Handeln ändern, oder du hörst auf zu denken. Anders geht's nicht. Du kannst nicht dauernd mit dem Widerspruch leben.

Ich hab dann angefangen, damals über linke Internetforen oder Politikforen in denen auch Leute diskutierten, die früher Rechts waren. Da hab ich viel mitgelesen und mitgeschrieben. Das hat mir viel gebracht.

Nachdem ihr dann an antifaschistische Strukturen herangetreten seid, was fandet ihr bei eurem Ausstiegsprozess förderlich und was nicht?

S: Als störend empfinden würde ich, was ich schon von anderen gehört habe, dass die auf Treffen gekommen sind mit Linken und extrem schlecht bzw. herablassend behandelt wurden. Solche Dinge wären hinderlich, oder enttäuschend. Aber wir hatten da eigentlich keine...

K: Man muss es schon sagen, wir hatten uns distanziert gehabt, sehr für uns und hatten noch überhaupt keinen persönlichen Kontakt in die linke Szene, nur den theoretischen oder über Foren im Internet. Es schien uns bei dem ersten Kontakt den wir halt hatten so: Wir als die Rechten, kriegen Kontakt mit Linken. Aber nicht wir als Personen, sondern weil wir die Rech- →

→ ten sind. Das war unumgänglich in dem Fall, aber es war eben für mich erst einmal schwierig. Dass man erstmal – zu Recht, muss man sagen – in der Rechtfertigungsposition ist, war für mich eine ganz unangenehme Situation. Man musste sich dann sozusagen ausziehen, mehr oder weniger seinen ganzen Lebenslauf darstellen. Ich hatte mir das jedoch schlimmer, mit Kreuzverhörmethoden, vorgestellt. Das war es ja dann nicht. Man muss halt auch sagen, die Umstände haben den Anlass dazu gegeben. Und ich denke, wir haben uns da ganz gut mit arrangieren können. Aber für mich persönlich war es schwierig, weil ich zu dieser Zeit psychisch total angeknackst war.

K: Ach so, jetzt haben wir nur darüber gesprochen, was hinderlich war. Also förderlich ist, sozialen Kontakt zu halten zu Leuten. Aber da muss man auch wieder unterscheiden zwischen Aussteigern und Umsteigern. Also bei Aussteigern, die über so ein Gespräch aussteigen, ist es natürlich erstmal förderlich, dass wenn die einfach ihre Ruhe haben wollen, sie in Ruhe gelassen werden. Es ist sinnvoll, ihren Weg dadurch zu bestätigen, dass da nichts mehr passiert. Also wenn sich einer mit Antifas trifft, weil er Ärger mit dem Arbeitgeber oder mit seiner Familie hat, und dann gibt es danach auch wieder Aktivitäten gegen ihn, besteht natürlich die Gefahr, dass der wieder versucht zurückzukommen. Bei Umsteigern ist es wichtig, in irgendeiner Form erstmal persönlich sozialen Kontakt zu halten, also nicht, ihn in Kneipen mit zu schleppen oder auf Treffen oder ähnliches, sondern einfach einen persönlichen Kontakt zu halten, dass er eben andere Bindungen knüpfen kann.

Außerdem sehr förderlich für mich war, einfach über Internet überhaupt mal zu sehen, dass es noch andere gibt, dass es schon Leute gibt, die auch umgestiegen sind. Also dass so etwas überhaupt möglich ist, dass es Leute gibt, die das gemacht haben. Das ist für mich ein ganz zentraler Punkt.

Es gibt ja in der jüngeren Vergangenheit häufiger Fälle von Umsteigern. Wie erklärt ihr euch diese Zunahme, welche Tendenzen seht ihr in der Szene?

K: Ich finde das gar nicht so überraschend, ehrlich gesagt. Wenn du dir die AN's anschaust, das basiert ja primär oder zumindest sehr viel, von dem was die Äußerlichkeiten anbelangt, auf der linken, autonomen Szene. Also die haben ja sehr viele Symbole übernommen und die Kleidung und das alles, und natürlich auch viel Musik. Da kommt man schneller von der Rechten in die Linke, weil man sich mehr mit dem ganzen identifizieren kann. Weil vieles über Optik und Aktionen geht, und einem in diesem Bereich das linke Spektrum viel mehr zu bieten hat, als das rechte.

S: Es ist die Frage, ob man auf lange Sicht eine Form komplett kopieren kann, ohne dass es auf den Inhalt Rückwirkung hat, ob ich einen linken Style übernehmen kann, ohne dass dieser Stil dann auf die Inhalte zurückwirkt. Also wenn ich z.B. die Demos vergleiche. Vor 10 oder 20 Jahren wären die Nazis bei ihren Aufmärschen am liebsten noch mit Trommeln in Marschkolonnen gelaufen. Heute hingegen zielen ihre Aktivitäten vor allem auf Action, letztlich auf Spaß und Unterhaltung. Da stellt sich die Frage, ob nicht ein Klientel angezogen wird, was dann irgendwann sagt: Dann können wir auch unsere sonstigen Treffen ein bisschen freier gestalten, oder überhaupt unser Verhalten zueinander. Vielleicht kommt dann einer auf die Idee und sagt: Naja, wenn die Demo jetzt keinen richtigen Anführer mehr hat, dann können wir uns ja eigentlich auch so treffen und alles zusammen entscheiden. Und das widerspricht ja so einer rechten Grundkonstante wie dem Führerprinzip. Oder wenn die Männer lange Haare haben dürfen und die Frauen auf einmal was zu sagen haben, kommen Fragen auf. Widerspricht das nicht dem Frauenbild, das wir haben? Wie passt das eigentlich alles zusammen? Das sind dann halt so Widersprüche die auftreten.

In Dortmund, zumindest was ich so gehört habe, ist das Problem zeitweise ziemlich massiv geworden, z.B., dass Leute vorgeprescht sind und sich mehr Freiheiten nehmen wollten, als derjenige der die Führung beanspruchte, ihnen zu gestand. Ich weiß nicht, wie sich das entwickelt, ich denke, so streng und radikal nationalsozialistisch wie viele früher das noch wollten, wird sich das mit dem linken Stil nicht durchsetzen lassen.

Eine andere Frage ist, ob es dann nicht so Mischformen gibt, die zwar nicht mehr so extrem in bestimmten Ausprägungen sind, wie die ganze NS-Szene früher war, aber vielleicht gefährlicher, weil sie einfach eine größere Masse anziehen. Also das wären dann keine ideologischen, durchideologisierten Nationalsozialisten mehr, sondern eher einfach Rassisten, die sich einer Jugendkultur angenähert und mehr gegenwärtige Trends und Stile – oder auch einen Habitus im allgemeinen – übernommen haben und trotzdem eben noch ein rassistisches Weltbild bewahren. Wenn denen das gelingt, das zu integrieren, also vom Nationalsozialismus Abstand zu nehmen, aber trotzdem noch ein rassistisches, brutales Weltbild zu behalten, dann könnte ich mir vorstellen, dass da eine viel massenkompatiblere Bewegung daraus wird.

Ich denke immer: Dieser ganze strenge NS-Stil, der schreckt eben auch viele ab, die noch ein rassistisches Weltbild haben, die sagen: Mit denen will ich nichts zu tun haben. Ich hab etwas gegen Migranten, aber das, was die mir anbieten will ich auch nicht.

Wir kommen nochmal zurück auf den Prozess des »Umstiegs«. Das verlief in der Vergangenheit ja leider manchmal sehr schnell und unbedacht. Was haltet ihr von raschen »Umstiegen«?

K: Ich glaube, die Erwartungshaltung von jemandem, der rasch umgestiegen ist, dass ihm dann die linken Räume direkt aufgetan werden, ist ein bisschen blauäugig. Erstmal mit einem gewissen Abstand da ranzugehen und das ganze sich setzen zu lassen, ist schon eine Voraussetzung, die man erfüllen sollte. Ich kann jeden verstehen, der sagt: Du warst letzte Woche noch auf ner rechten Demo, mag ja sein,



Flickr -cc- grundkonzept

das sich da dein Weltbild schon geändert hatte, aber wir wollen uns das erstmal angucken und dich kennen lernen. Mich wundert es nicht, dass das so zu Konfrontationen geführt hat. Man weiß ja erstmal nicht, wie authentisch, wie ernst das ist. Bleibt er jetzt bei seiner Meinung, wenn er sie scheinbar von gestern aus heute geändert hat, oder ändert er sie dann wieder? Also da muss man sich schon erstmal Zeit einräumen, um das beurteilen zu können.

S: Man muss ja fragen: Was ist rasch? Also hat der Ausstieg bei raschen Aussteigern wirklich schon begonnen, als sie in der Szene noch voll integriert waren? Wann setzt man diesen Punkt an, an dem der Ausstieg anfängt? Da kann man halt auch viel behaupten. Es könnte sich einfach einer melden bei einer Antifa-Gruppe: Ich war zwar noch letzte Woche auf dem Aufmarsch, aber im Grunde hab ich schon seit zwei Jahren Zweifel. Das kann man nicht nachprüfen. Das kann man eben nur durch die Herangehensweise machen, dass man eben sagt: Im Grunde hört sich das gut an, was der sagt, der ist irgendwie glaubwürdig, aber wir können ihm nicht in den Kopf rein schauen. Wir halten mal Kontakt und schauen, wie der sich so auf längere Sicht gibt und was er uns sagt. In persönlichen Gesprächen oder auf Treffen. Und dann kann man jemanden beurteilen. Es kann ja auch kein Psychologe eine Sitzung mit jemanden abhalten und weiß sofort genau, was für ein Typ das ist.

Das ist ja ein wichtiger Diskussionspunkt: Erstens nicht nur, welchen zeitlichen Abstand braucht es, in dem man sagt, komm erstmal mit deinem Ding klar, kannst nächstes Jahr noch mal kommen, wir lassen dich in Ruhe und wenn dir es ernst ist, klopf zum Beispiel in zwölf Monaten noch mal an. Sondern zweitens auch, ob man sich sagt: Wir müssen ihm erstmal soziale, kulturelle Räume aufmachen, damit er einfach andere Lebensqualität gewinnt, also dass sein Ausstieg auch »belohnt« wird. Und dann gucken wir uns das zwei oder drei Jahre lang an und wenn es ihm ernst ist, bindet man ihn vielleicht auch in Anti-Naziarbeit ein. Oder sollte das anders herum laufen? Das man sagt: Wir binden dich in die Arbeit ein…

K: Ich denk, man sollte folgende Option geben: Du hast jetzt den Ausstieg vollzogen, wir haben eine Gruppe, beschäftigen uns mit Arbeit gegen Nazis, wär das was? So kann man eine Basis schaffen um Vertrauen zu entwickeln und sich kennen zu lernen und, wo derjenige auch Reflektionsarbeit leisten muss, wo aber auch seine Meinung gefragt ist. Sein Erfahrungswissen kann ja auch positiv sein. Die Erfahrung, die man eben in rechten Kreisen gemacht hat weiterzugeben, zu sagen, wie die Strukturen laufen, etc. Aber auch zu sagen: Pass auf, wir können dich in eine Arbeitsgruppe integrieren und da kannst du mitarbeiten oder da kannst du zeigen, was du drauf hast, du kannst dich politisch engagieren in nem Raum auch, der zugänglich ist. Aber zu linken Räumen und Aktionen hältst du erstmal Abstand. Zum Beispiel in einem Konzert sind ganz viele verschiedene Menschen mit ganz vielen verschiedenen Ansichten. Du kannst doch nicht all diesen Leuten vorschreiben: Ihr habt den jetzt aufzunehmen, der darf da rein. Da fühlen die sich ja auch bevormundet. Wenn die erstmal nicht wollen, kann ich das schon nachvollziehen.

Aber wenn man ihm die Möglichkeit gibt, sich linkspolitisch zu engagieren, mitzuarbeiten, sogar aufgrund seiner Erfahrung seinen Beitrag dazu zu leisten, und dann zu sagen: der macht echt gute Arbeit, der ist bemüht, der ist ja in den Bereich schon integriert, so fällt es doch auch leichter, hier sein OK zu geben, dass er sich auch bei uns in solchen Räumen aufhalten kann. Dann ist das Vertrauen da.

S: Ich würde sagen, dass unabhängig von der Form der Integration als erstes das Wichtigste ist, persönlichen Kontakt zu halten. Ob dass nur persönliche Treffen sind oder ob man ihn gleich auf Konzerte mitnimmt, dass halte ich im Grunde eigentlich für nicht so wichtig. Die Frage, ob man ihm jetzt verbietet, in dieses oder jenes Lokal zu gehen, hängt dann von anderen Faktoren ab: Hat zum Beispiel die Person, die in den Raum rein will, öfter schon körperliche Auseinandersetzungen mit Leuten gehabt, die da auch auf die Konzerte gehen. Ich kann verstehen, dass das Leute dann nicht wollen. Das sind dann Einzelfallentscheidungen. Gibt ja auch Cafes wo Linke und Normalos reingehen, die jetzt nicht aus der linken Szene stammen, wo man sich treffen kann. Man muss ja nicht gleich in das Cafe XY von der Antifa gehen.

K: Aber genau so ist es ja in der Vergangenheit schon gekommen.

S: Aber das sollte nicht entscheidend sein. Dann sagt man den Leuten: Nee, das geht jetzt nicht. Und wenn die Person dann sagt: Wenn ich da nicht rein darf, dann hab ich keinen Bock umzusteigen, dann kann mans ja sowieso vergessen. Wenn eine Person ihren Umstieg davon abhängig macht, ob sie in ein bestimmtes Café rein darf, dann ist ja die Frage, wie ernst sie es meint.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Glück weiterhin. ■

Rudolf Steiner

Jubeljahr zum 150. Geburtstag

Peter Bierl

Nach vielen Negativ-Schlagzeilen nutzen Anthroposophen den 150. Geburtstag ihres Gurus in diesem Jahr für eine PR-Kampagne – und unbedarfte Journalisten helfen ihnen dabei. Rudolf Steiner wird gefeiert als verkannter Denker und Sozialreformer der Moderne.

Eine Ausstellung über sein Leben und Wirken in Wolfsburg im Vorjahr verzeichnete einen Zuschauerrekord. Sie ist nun im Jubiläumsjahr im Kunstmuseum Stuttgart zu sehen. In Vergessenheit gerät dabei, dass Steiner einer jener obskurer Gestalten aus dem braunen Sumpf der Lebensreform und des Okkultismus war, die von der Sinnkrise des deutschen akademischen Bürgertums profitierten.

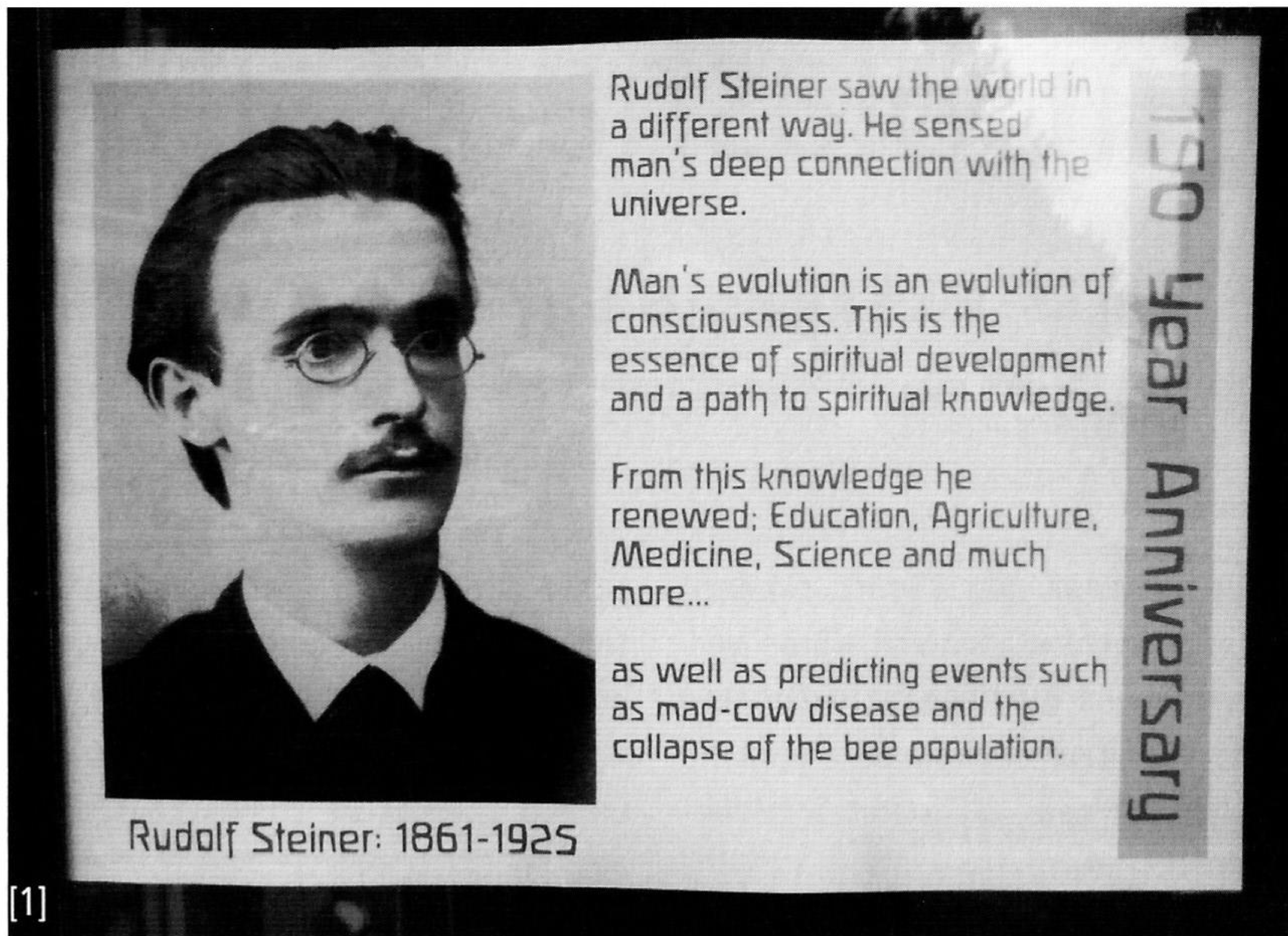
Am 27. Februar 1861 wurde Rudolf Steiner als Sohn eines Bahnbeamten in Kraljevec, damals Teil der Donaumonarchie, heute Kroatien, geboren: Der Begründer der Waldorfschulen, von Demeter-Gemüse und Weleda-Kosmetik. Als Student bewegte er sich in deutschnationalen Kreisen und behauptete: »Das Judentum als solches hat sich aber längst ausgelebt, hat keine Berechtigung innerhalb des modernen Völkerlebens, und dass es sich dennoch erhalten hat, ist ein Fehler der Weltgeschichte, dessen Folgen nicht ausbleiben konnten«. Steiner schlug sich als akademischer Gelegenheitsarbeiter durch, bis er um 1900 eine Karriere bei den Theosophen begann und Generalsekretär der deutschen Sektion dieser esoterischen Strömung wurde.

Er entwickelte eine okkulte Rassenlehre, die Lehre von den sieben Wurzelrassen, die angeblich als körperliche Träger einer spirituellen Weiterentwicklung auf diesem Planeten fungieren. Schwarze galten ihm als triebgesteuerte, kindliche Wesen (»Der Neger hat also ein starkes Triebleben.«), Asiaten als dekadent, Indianer als vergreist und Juden als intellektualistisch-versteinert. Steiner warnte weiße Frauen davor, in der Schwangerschaft Romane zu lesen, in denen Schwarze vorkämen. Sie würden sonst Mulattenkinder bekommen, dabei hätte der »Neger« nichts in Europa zu suchen.

Solche und andere Hirngespinste nahmen und nehmen einige seiner Anhänger für bare Münze. Sie verehrten ihn als »Menschheitsführer« und glaubten, er sei die Wiedergeburt von Aristoteles und Thomas von Aquin. Seine Vorstellungen über Reinkarnation und Karma gelten bis heute als konzeptionelle Grundlage der Waldorfpädagogik. Darum sei »die gesamte Waldorfpädagogik in ihrem Kern auf einem Menschenbild (aufgebaut), für das Karma und Reinkarnation zentrale Tatsachen sind«, schrieb der Waldorfpädagoge Valentin Wember 2004 in der Zeitschrift Erziehungskunst, quasi das Zentralorgan der Waldörfler. Über frühere Erdenleben anderer zu spekulieren, gilt zwar als taktloses Eindringen in die Privatsphäre, für Waldorflehrer gibt es aber eine Ausnahme. Ihnen ist »behutsames Spekulieren« erlaubt. Anthroposophen glauben, dass der Leib eines Kindes von Kräften geformt wird, die auf frühere Erdenleben zurückgehen. Wer in einem früheren Leben gelogen hat, dessen Leib sei in der nächsten Verkörperung davon geprägt, der werde als geistig Behinderter wieder geboren. »Jetzt kann der Mensch die Wahrheit nicht mehr richtig erfassen, er wird schwachsinnig«, schreibt Wember. Dieser Zusammenhang sei »eine spirituelle Gesetzmäßigkeit, die der Geistesforscher Rudolf Steiner entdeckt hat«. Der Erzieher solle sich vorstellen, dass er derjenige war, der im früheren Leben belogen wurde. Er müsse dem behinderten Kind verzeihen und ihm die Wahrheiten des geistigen Lebens beibringen. Der Erzieher arbeite auch »karmische Schuld« von Kindern ab.

Kritisches Denken vergifte Kinder und Jugendliche, meinte Steiner. Erst mit der Geschlechtsreife, wenn der »Ätherleib« enthüllt werde, dürfe der Lehrer die Urteilskraft der Jugendlichen entwickeln, sie dürfen sich »den Schnabel wetzen«. Allerdings solle reines »Kopfwissen« und »Intellektualismus« vermieden werden. Als didaktische Methode pries Steiner die Wiederholung. Intellektualität war ihm suspekt: »Alles Intellektuelle ist greisenhafter Wille, ist schon der Wille im Alter.« Über Sexualität und Erotik zu sprechen, ist in der Waldorfschule verpönt. Steiner empfahl stattdessen, den ästhetischen Sinn für das Erhabene und Schöne in der Natur zu fördern. Seit 2002 wird in Waldorfkreisen verklemmt über Sexualkunde debattiert.

Dass die rund 200 Waldorfschulen in Deutschland mit Steuergeldern un-



[1]

Flickr -cc- AndyRob

[1] Jubeltext zum 150. Geburtstag von Rudolf Steiner.

terstützt werden, ist angesichts des Umstandes, dass es sich um Einrichtungen handelt, die auf einer abstrusen und okkulten Lehre gründen, eigentlich ein Skandal. Hierzulande braucht sich also niemand zu mokieren, wenn in einigen amerikanischen Schulen der Kreationismus gelehrt wird, zumal auch die Anthroposophie mit der wissenschaftlichen Evolutionstheorie auf Kriegsfuß steht und davon ausgeht, dass der Affe vom Menschen abstammt. Nach Ansicht Steiners sind Affen und Indianer »dekadente« Seitenzweige auf dem Weg zum Arier.

Begriffe wie »Wurzelrassen« oder »Rassen« meiden Steiners Jünger heute, sie sprechen lieber von »Kulturepochen«. Dass sich Menschen nicht in »Rassen« sortieren lassen und menschliche »Rassen« nur in den Köpfen von Rassisten existieren, hat sich in anthroposophischen Kreisen noch nicht überall herumgesprochen. Darum zeigt sich immer wieder, dass rassistische und antisemitische Lehren Steiners bis heute in der Waldorfpädagogik eine Rolle spielen.

Ein Beispiel: »Der Keim zum Genie ist der arischen Rasse bereits in ihre atlantische Wiege gelegt«, schrieb der Waldorflehrer Ernst Uehli, ein enger Mitarbeiter Steiners. Das Buch war in einer Broschüre zu finden, die die Pädagogische Forschungsstelle des Bundes der Freien Waldorfschulen 1998 unter dem Titel »Literaturangaben für die Arbeit des Klassenlehrers an einer Freien Waldorfschule« herausgab. Das Heft enthält eine Übersicht über die Literatur, »die bei der Vorbereitung der Hauptunterrichtsepochen der Klassen 1-8 herangezogen werden kann«. Empfohlen wurde kein einziges seriöses Sachbuch, etwa über die NS-Zeit für den Geschichtsunterricht, sondern überwiegend anthroposophische Schmöker aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, einige davon, wie das Werk Uehlis, gespickt mit Geschichten über ominöse »Wurzelrassen« und die Wanderungen der »Arier«. In den empfohlenen Büchern lesen wir, der Italiener sei heiter und impulsiv und lüge aus Höflichkeit, der Brite wäre dagegen kühl und materialistisch. Der Araber wird als hart, leidenschaftlich, kalt und berechnend dargestellt. Der Asiate gilt als dekadent, er ist ein cholerischer Mongole oder ein phlegmatischer Malaie. Der Japaner lebe in leichten Holzhäusern mit Strohdächern, er lächle immer und unergründlich, dahinter verberge sich mitleidlose Härte. Afrikaner seien kindlich, gläubig und fromm, sie würden von ihrem Blut und ihren Trieben gelenkt. Und weil sie wie Kinder seien, müssten sie von Weißen geführt werden. Russen werden als jähzornig, brutal, rücksichtslos, gewalttätig, herrisch, ungeduldig, launisch, schicksalsergeben, leidensfähig, unzuverlässig und unpünktlich dargestellt.

Im Herbst 2007 erklärte die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften, zwei Steiner-Bücher enthielten Passagen, die heute als rassistisch eingestuft würden; das war die erste quasi offizielle Feststellung des Rassismus in Grundlagenwerken der Anthroposophie. Kurz darauf berichtete das Magazin Stern, dass Andreas Molau, ein früherer Waldorflehrer und damals Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahlen in Niedersachsen, zusammen mit Lorenzo Ravagli, einem langjährigen Waldorf-Funktionär, zusammen ein Buch publizieren wollte. Ravagli hat etliche Pamphlete produziert, in denen er Vorwürfe des Rassismus und Antisemitismus gegen die Anthroposophie zurückweist. Das Buch erschien nicht, aber Ravagli ist bis heute Redakteur der Zeitschrift Erziehungskunst, die der Waldorfschulverband herausgibt.

Leugnen und verdrängen – das ist die Strategie vieler Anthroposophen im Umgang mit braunen Anteilen ihrer Lehre. Daran wird sich in diesem Steiner-Jubeljahr wenig ändern. ■

Literaturtipp:
Peter Bierl: Wurzelrassen, Erzengel, Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik, Hamburg 2005, zweite überarbeitete Auflage, Konkret Literatur Verlag. Der Autor steht für Lesungen, Vorträge und Diskussionen zur Verfügung.

Wer im Glashaus sitzt,

sollte nicht mit Extrem-Begriffen werfen

Diskussionsbeitrag der Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (Inex) zur Begriffsdebatte. Wir bitten Antifas, Wissenschaftler_innen und Journalist_innen sich mit Beiträgen an dieser Diskussion zu beteiligen, um Alternativen zur Beschreibung des Spektrums »rechts von der CDU bis zur militanten Neonaziszene« zu finden.

Initiative gegen jeden Extremismusbefriff (Inex)

Die Kritik an der absurden Extremismusformel und dem zugehörigen Begriffsapparat wurde unzählige Male in verschiedenen Kontexten geäußert. Wenig erscheint derzeit langweiliger, als all die Argumente nochmals aufzuwärmen, entstand doch spätestens mit der Debatte um die Extremismusklausel (AIB#90) der Eindruck, die Kritik würde von vielen geteilt.

Das Begriffskasperltheater aber geht weiter: Rechtsextremismusexpert_innen, Mobile Berater_innen gegen Rechtsextremismus, Mitglieder von Bündnissen gegen Extremismus und Rechtsextremismusbeauftragte von Parteien protestieren seit Monaten ernsthaft gegen die schwarz-gelbe Extremismusklausel. Wissenschaftler_innen erfragen den »Extremismus in der Mitte der Gesellschaft« und einige antifaschistische, potenziell linksextreme Projekte behelfen sich mit der Wortschöpfung »extreme Rechte« weiter. Kritiker_innen, die auf diese und andere Absurditäten verweisen, bekommen immer wieder zu hören, es ginge nicht um den Begriff, sondern um »die Sache«; niemand würde verstehen wovon die Rede ist, wenn man nicht von Rechtsextremisten spräche oder es sei kein adäquater Ersatzbegriff vorhanden.

Diese Begründungen verwundern uns. Denn dass Sprache gleichzeitig gesellschaftliche Machtverhältnisse produziert und widerspiegelt, haben viele Antifaschist_innen aus verschiedenen Wirkungskreisen von DGB bis Antifa Idar-Oberstein verstanden. Es ist mittlerweile Usus bestimmte ideologisch determinierte Begriffe zu vermeiden oder Texte bewusst zu gendern, um diesen Verhältnissen entgegenzuwirken. Und dass Texte und gesprochenes Wort ohne den Begriff »Extremismus« nicht weniger verständlich sind, zeigen zahlreiche Textbeispiele[1] und Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit. Schlussendlich sollte der Ruf nach dem neuen adäquaten Ersatzbegriff nicht zum zentralen Diskussionspunkt werden. Vielmehr wäre zu fragen ob (oder zu konstatieren dass) es einer solchen Sammelbezeichnung nicht nur nicht bedarf, sondern dass sie möglicherweise einer differenzierten Auseinandersetzung mit den zu beschreibenden Phänomenen im Wege steht.

Das Kind beim Namen nennen

Personen und Gruppen, die unter den allgemein anerkannten Rechtsextremismusbegriff fallen, sollten schlicht als das bezeichnet werden, was sie sind: (Neo)Nazis.

NPD, Freien Kräften und Autonomen Nationalisten, der Gemeinschaft Deutscher Frauen und Dorfkameradschaften alter Schule ist gemeinsam, dass sie erstens Ideologien der (»natürlichen«) Ungleichwertigkeit von Menschen vertreten. Hierbei ist anzumerken, dass sich Neonazis von großen Teilen der Restbevölkerung dadurch unterscheiden, dass sie über weitestgehend geschlossene Weltbilder verfügen, sie also gleichzeitig sozialdarwinistische, antisemitische, nationalistische u.a. Einstellungen vertreten. Zweitens steht die Etablierung einer deutschen Volksgemeinschaft für alle Nazis auf dem Programm, und mit ihr biologischer Rassismus und Blut-und-Boden-Ideologie, die teilweise durch kulturalistische Begrifflichkeiten (Stichwort: Ethnopluralismus) aufgehübscht wird. Zudem wird drittens vom oben genanntem Spektrum fast immer der Ruf nach »nationalem Sozialismus« propagiert, begleitet von verherrlichenden oder verharmlosenden Aussagen zur Zeit des Nationalsozialismus von 1933–1945. Es handelt sich also – keine Frage – um Nationalsozialisten.

Wir haben es heute mit einer Neonaziszene zu tun, in der Organisationen die Ideologien der Nazizeit nicht eins zu eins übernommen haben oder nicht nach außen tragen, die sich in ihren Outfits und Organisationsformen unterscheiden und in der Weltmachtansprüche und Kriegswille marginal vertreten sind oder nicht offen kommuniziert werden. Diese Realität lässt es legitim erscheinen, von Neonazis zu sprechen. Der Präfix »Neo« macht es zudem im Zweifelsfall einfacher in Texten und Diskussionen Handelnde im Nationalsozialismus von

1| Beispielhaft: Broschüre des Vereins PoKuBi Sachsen »In guter Gesellschaft? – Neonazis in Sachsen.« 2011 / Endemann, Martin/Dembowski, Gerd (2010): Die wollen doch nur spielen, in: Burschel, Fritz: Stadt-Land-Rechts und diverse Broschüren antifaschistischer Gruppen.

zeitgenössischen Protagonist_innen zu unterscheiden.

Die Auseinandersetzung mit Ideologien und Zielen führt also zur Erkenntnis: wir haben es hier mit Nazis zu tun, die sich oftmals selbst so nennen und auch als solche bezeichnet werden sollten. Vor diesem Hintergrund und in Anerkennung, dass in der BRD nach wie vor eine besondere historische Verantwortung vorhanden sein sollte, erscheint es sonderbar, dass innerhalb der Begriffsdiskussion auch davor gewarnt wird, dass der sprachliche Bezug auf den NS stigmatisierenden oder alarmierenden Charakter besäße. Das Gegenteil ist der Fall. Der verharmlosende Rechtsextremismus-Deutungsrahmen ist nach wie vor gefüllt von sozial benachteiligten, unzivilisierten, männlichen Jugendlichen und durchgeknallten NPD-Partei-Funktionären älteren Semesters. Dem kann auch entgegengewirkt werden, indem man mit einem historisch-inhaltlichen Bezug Zugänge schafft, im Mainstream unterbelichtete Ursachen für das Problem in den Fokus zu rücken: Unzureichende und fehlgeleitete Aufarbeitung des NS – damit in Zusammenhang stehen eine entsprechende Erinnerungskultur, das Überleben völkischer, sozialdarwinistischer, nationalistischer und anderer Ideologien, personalisierende Kapitalismuskritik mit antisemitischen Zügen – und all das andere, was Menschen in dieser Gesellschaft zu Nazis werden lässt und in ihrem Handeln bestärkt.

Der Begriff Neonazismus kann zweifelsohne nicht alle Phänomene beschreiben, die in Alltag und Medien mit der Worthülse »rechtsextrem« verhandelt werden. Auch bei (Neo)Nazismus handelt es sich um einen Sammelbegriff. Und Sammelbegriffe sind gemessen an der Realität der zu benennenden Objekte immer schwammig. Diesem Problem kann nur mit der erneuten Frage nach der tatsächlichen Notwendigkeit für einen Ersatzbegriff begegnet werden. Was ist falsch daran, Pro-Deutschland als völkisch, rassistisch, ethnopluralistisch und antimuslimisch zu bezeichnen? Und Menschen, die diskriminieren oder entsprechende Gewalttaten ausüben, als das zu benennen was sie sind: Rassist_innen, Sexist_innen und Nationalist_innen?



Zugegeben, möchte man Tendenzen oder einzelne Bewegungen international vergleichen, würde das pauschale Sprechen von Neonazis in die Irre führen. Hier erscheint es tatsächlich sinnvoll, den Faschismusbegriff zu diskutieren und an der realen Ausrichtung und Aufstellung von Parteien und Organisationen zu messen. Doch auch in diesem Kontext stellt sich die Frage, ob ein Sammelbegriff der Heterogenität der Szene gerecht werden kann und inwieweit es notwendig ist, einen solchen zu finden.

Wie man auch immer die einzelnen Phänomene beschreibt, eines ist offensichtlich: Die Reproduktion des Begriffs »Rechtsextremismus« und damit des Extremismus verursacht ausschließlich Probleme. Sie ist mitverantwortlich für die Konsequenzen des gesamten Denk- und Handlungsmodells – die Entwicklung erfolgloser Strategien gegen Rechts, die Repression antifaschistischer Aktivitäten oder die Kriminalisierung linker Gesellschaftskritik.

Dass sich Wissenschaftler_innen um die konkrete Füllung des Extremismusbegriffs streiten, behindert nicht seine alltägliche Konnotierung als Mitte-Extrem- und Rechts-Links-Schema. Und der Ausweg, fortan von »extremen Rechten« zu sprechen, kann nicht als ernsthafte Alternative betrachtet werden. Geradezu bizarr mutet in diesem Kontext die Begründung antifaschistischer Zeitschriften an: »1996 wurde der Begriff ›extreme Rechte‹ vorgeschlagen, da somit das Gemeinsame zwischen gemäßigter Rechter und extremer Rechter fokussiert und nicht ›links‹ und ›rechts‹ als Varianten des ›Extremismus‹ akzentuiert werde.« (AIB #89) Die Neuaufladung und Definition der »extremen Rechten« mit »gemäßigten Rechten« mag im Elfenbeinturm Wissenschaft interessieren und verstanden werden, für Tageszeitungslesende ist der Tausch »Rechtsextremist« gegen »extremer Rechter« jedoch ungefähr so bedeutsam wie die Frage, ob der hochdeutsche Begriff Marienkäfer nun durch sächsisch-mundartliches Modschekiebchen ersetzt werden soll oder nicht. Und warum in diesem Modell nicht wie auch im Extremismusmodell den »extremen Rechten« die »extremen Linken« entgegengesetzt werden und damit kriminalisiert werden können, erklärt sich schlicht und einfach nicht. ■



Tsunami in Schengenland

[1]

Maxim Kammerer

[1] Auf diesen Booten strandeten Anfang April etwa 700 Flüchtlinge aus Lybien auf Malta.

Der arabische Frühling, die erfolgreichen und folgenreichen Revolutionen im Maghreb, hat die italienische Insel Lampedusa wieder in den Mittelpunkt des medialen Interesses gerückt. Der Sturz des Ben-Ali-Regimes in Tunesien hatte auch ein zeitweiliges Ende der Ausreisekontrolle durch die tunesische Polizei zur Folge. Vor allem junge tunesische Männer nutzten die sich bietende Möglichkeit, um nach Lampedusa überzusetzen. Die italienische Regierung reagierte sofort mit der Forderung, europäische Polizisten in Tunesien zu stationieren. Dies wurde jedoch von der tunesischen Übergangsregierung brüsk zurückgewiesen. Dabei sorgte vor allem der Hinweis des tunesischen Regierungssprechers für Aufsehen, dass der besonders ausfällige italienische Innenminister Roberto Maroni von der Lega Nord ein »rechtsextremer Rassist« sei. Diese Aussage stellt dabei keinesfalls eine einmalige Spitze gegen die italienische Regierung dar, vielmehr vertreten viele TunesierInnen die Meinung, dass die harte Anti-Einwanderungspolitik der EU einer xenophoben und rassistischen Stimmung in Europa geschuldet ist, die sogar so stark sei, dass die Politik gegen die eigenen ökonomischen Interessen handle. Die italienische Regierung lieferte auch gleich mehrere Kostproben, die diese Lesart unterstreichen. Sie warnte vor einem »menschlichen Tsunami« und prophezeite, dass Hunderttausende, wenn nicht sogar Millionen von TunesierInnen nur darauf warteten, nach Europa überzusetzen, wenn nicht schnell und entschlossen gehandelt werde. Die Charakterisierung von Migration durch Naturmetaphern, wie etwa »Wellen«, »Ströme« oder, ganz neu als »Tsunami«, ist ein gängiges und altes rassistisches Muster, welches insbesondere im Deutschland der 1990er Jahre genutzt wurde, um die Abschaffung des Rechts auf Asyl (Art. 16 GG) voranzutreiben.

Erst die Intervention des rechten italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der am 4. April nach Tunis reiste, um dort direkt über eine Wiederaufnahme der tunesischen Ausreisekontrolle zu verhandeln, veränderte die Situation im Mittelmeer. Italien lieferte vier Fregatten für die tunesische Küstenwache, zudem wurde ein hoher Millionenbetrag an Unterstützung versprochen. Teil des Deals war auch die Zusage der italienischen Regierung, den mittlerweile rund

25.000 auf Lampedusa angekommenen TunesierInnen ein Aufenthaltspapier für sechs Monate auszustellen, welches die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums garantierte. Währenddessen verpflichtete sich Tunesien, die Abschiebung aller später Angekommenden zu akzeptieren. Mittlerweile kommt es kaum noch zu Überfahrten von Tunesien nach Lampedusa.

In der Zwischenzeit war jedoch der Bürgerkrieg in Libyen voll entbrannt. Der libysche Diktator Gaddafi hatte schon 2010 gedroht, Europa werde »schwarz« werden, wenn die EU nicht nach seinem Willen handle. Seit der Intervention europäischer Staaten an der Seite der libyschen Rebellen scheint Gaddafi diese Drohung auch wahr machen zu wollen. Die Abfahrten von Booten mit MigrantInnen werden von Libyen aus nicht mehr unterbunden und es kursieren Gerüchte, dass die Truppen Gaddafis sich sogar aktiv an der Organisation solcher Überfahrten beteiligen. Dies hat in den letzten Wochen erneut zu schrecklichen Dramen im Mittelmeer geführt, als überfüllte Boote kenterten und viele hundert Menschen ertranken. Die im Mittelmeer stationierten Schiffe der NATO-Allianz scheinen die Boote zwar zu bemerken, fangen diese aber nicht ab und unternehmen auch nur sporadisch Rettungsversuche bei Seenot.

Scheitert Schengen?

Das Schengener Vertragswerk, seit 1999 integraler Bestandteil europäischen Rechts, ist durch diese Entwicklungen in Bedrängnis geraten. Es garantiert die Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen im Inneren des Schengenraums, erzwingt jedoch eine verschärfte Kontrolle der Außengrenzen. So wie der Euro und der Binnenmarkt die Basis der wirtschaftlichen Union bilden, so markiert Schengen die territoriale Union. Schon im August 2010 geriet die französische Regierung in einen Konflikt mit Schengen. Im Rahmen einer rassistischen Kampagne gegen Roma und Sinti wurde deren Vertreibung und Abschiebung beschlossen und teilweise auch durchgeführt.

Der zweite Konflikt entzündete sich an den 25.000 TunesierInnen, die aufgrund ihrer, von Italien ausgestellten, Aufenthaltserlaubnis anfingen, innerhalb der EU weiterzureisen. Da viele von ihnen Frankreich als Ziel hatten, führte die französische Regierung kurzerhand wieder Grenzkontrollen zwischen Italien und Frankreich ein und brach damit zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate europäisches Recht, wie die Europäische Kommission verlautbaren ließ.

Gleichzeitig wurde auch in Deutschland die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze gefordert, obwohl Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) eingestehen musste, dass er gar keine verlässlichen Zahlen über den Aufenthalt von tunesischen MigrantInnen in Deutschland habe. Den wenigen, in Bayern aufgrund einer intensivierten Schleierfahndung aufgegriffenen TunesierInnen konnte die Einreise nicht verweigert werden, da sie über ausreichend Bargeld verfügten und im Besitz von Pässen waren.

Anfang Mai erklärte dann die dänische Regierung als Zugeständnis an den kleineren, rechtspopulistischen Koalitionspartner, dass sie wieder Grenzkontrollen Richtung Deutschland und Schweden einführen würde. Zwar machte der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, deutlich, dass auch diese Maßnahme mit dem Schengener Vertragswerk unvereinbar sei, dennoch hat die dänische Regierung ihre Pläne keineswegs rückgängig gemacht.

Die Kommission griff in einer Mitteilung von Anfang Mai Forderungen aus Italien und Frankreich auf, eine Klausel zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen angesichts von Flüchtlingsbewegungen einzuführen. Dies ist bisher nur bei außerordentlichen Anlässen möglich, welche z.B. die Sicherheit eines EU-Staats betreffen. Gleichzeitig will die Kommission die Schengen-Evaluation an sich ziehen. Dies würde ihr eine weitere Handhabe bieten, um Verstöße zu ahnden.

Antirassistische Intervention

Die Begebenheiten der letzten Monate haben noch einmal gezeigt, wie eng Außengrenze, Migration und Renationalisierung in Europa zusammenhängen. Angesichts der Erfolge rechtspopulistischer bis offen extrem rechter-Parteien in ganz Europa sowie dem Versuch, nationalstaatliche Grenzen wieder einzuführen, steht eine auch von AntirassistInnen zu begrüßende Errungenschaft der EU, dem Abbau von Grenzen innerhalb Europas, auf der Kippe. Versuche der europäischen antirassistischen Bewegung zu intervenieren, blieben vereinzelt. Dies mag auch damit im Zusammenhang stehen, dass eine Positionierung in der Frage Schengen hochkomplex ist. Entspricht der Wegfall von Grenzkontrollen im Wesentlichen einer Forderung nach »no border«, so ist die Schengen-Außengrenze zu Recht als zentrales Moment rassistischer europäischer r Anti-Migrationspolitik identifiziert worden.

Sich in diesem Dilemma zu positionieren und für eine radikale Ausweitung des Schengenprinzips der Freizügigkeit über Europa hinaus zu plädieren, ist angesichts des anwachsenden Rassismus in Europa nicht einfach. Doch der Erfolg der Revolutionen im arabischen Raum ist gleichzeitig auch ein Scheitern des europäischen Projekts der Externalisierung von Migrationskontrolle. Diese hat sich im Wesentlichen auf Diktaturen gestützt und damit eine anti-demokratische Grenze hervorgebracht. Die Forderung nach sozialen und politischen Rechten in Nordafrika muss nun auch an Europas Grenzen und im Innern stark gemacht werden. ■

Der »Welt-Dienst«

Eine antisemitische Nachrichtenagentur

Sie verstanden sich nicht als Nationalisten, sondern wollten eine »Internationale der Antisemiten« bilden. Eines ihrer Instrumente wurde der 1933 in Erfurt gegründete »Welt-Dienst«. Mitarbeiter in aller Welt sollten Informationen über Juden sammeln, die dann in der Propagandazentrale entsprechend aufbereitet und weiterverbreitet wurden. So entstand eine einflussreiche, aber heute weitgehend in Vergessenheit geratene antisemitische Nachrichtenagentur.

Dr. Eckart Schörle

Eine der zentralen Figuren und Gründer des »Welt-Dienstes« war Ulrich Fleischhauer (1876–1960). Für den Oberstleutnant war nach dem Ersten Weltkrieg, wie für viele andere seiner Generation, eine Welt zusammengebrochen. Ein neues ordnendes Weltbild bot der Antisemitismus, der die Juden für alles Übel in der Welt verantwortlich machte. Im »Weltjudentum« hatten die Fanatiker eine ideale Projektionsfläche gefunden, denn dieses Konstrukt, so bemerkte Louis W. Bondy treffend, war nicht greifbar und konkret zugleich.[1]

Fleischhauer baute nach Ende des Ersten Weltkriegs den U. Bodung Verlag auf, den er Mitte der Zwanzigerjahre von Perleberg (bei Berlin) nach Erfurt verlegte. In diesem Verlag erschienen zahlreiche antidemokratische, völkische und antisemitische Publikationen, darunter Titel wie »Nordlands Untergang. Arisch-germanische Sprachreste im Mittelmeergebiet«, »Novemberdeutsche und Novemberdeutschland«, »Betrachtungen über das sensationelle Buch ›Die Geheimnisse der Weisen von Zion‹« oder »Die Not in der schaffenden deutschen Wirtschaft und die Zinsknechtschaft des Leihkapitals«.

Ein Lexikon für Antisemiten

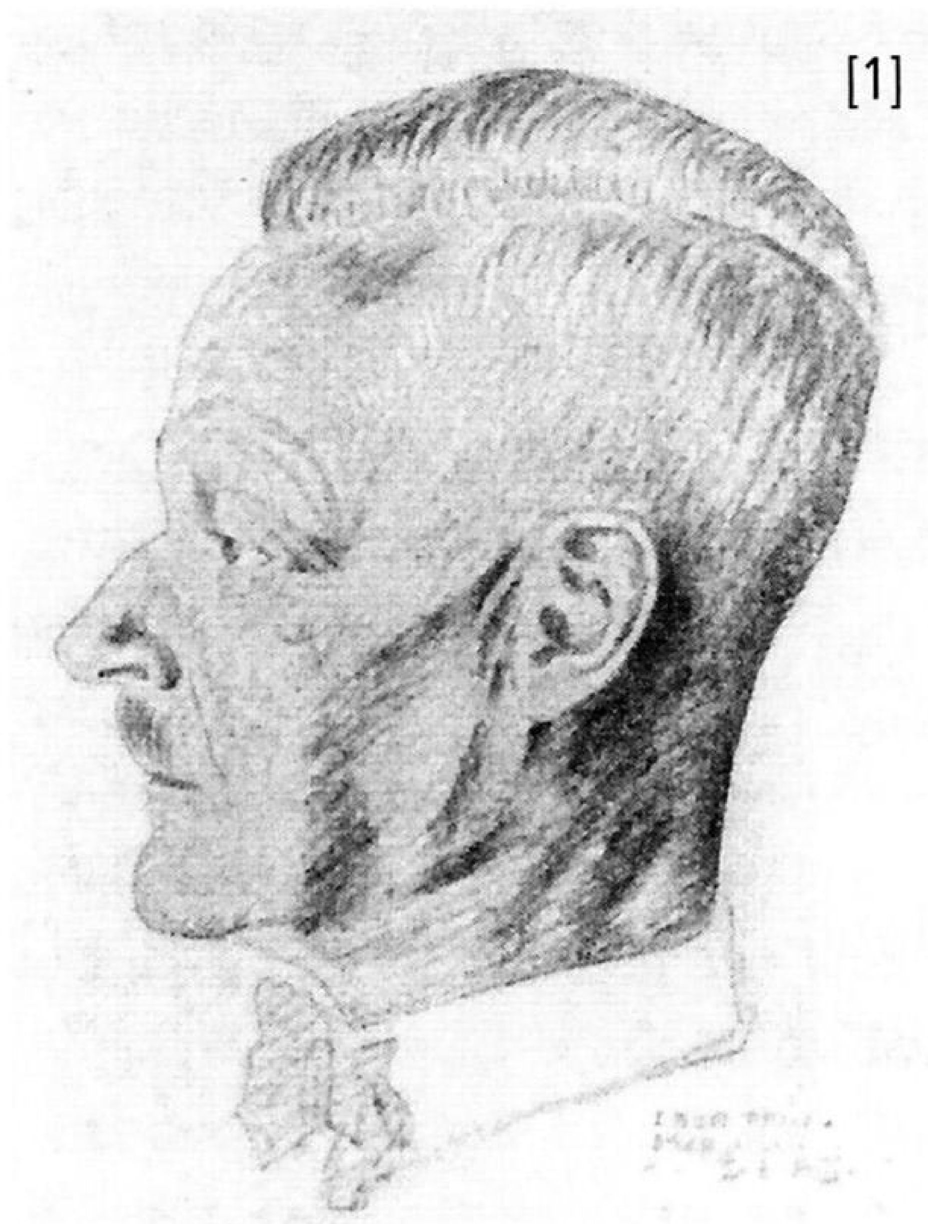
Zu den bekanntesten Projekten des Verlags gehörte das Ende der Zwanzigerjahre begonnene und auf mehrere Bände angelegte Nachschlagewerk »Sigilla Veri« (Siegel der Wahrheit). Es ging zurück auf Philipp Stauffs »Semi-Kürschner« von 1913, dessen Titel sich an den renommierten literarischen Jahreskalender von Joseph Kürschner anlehnte. Der »Semi-Kürschner« trennte die gelehrte Welt in eine jüdische und eine nichtjüdische, um auf diese Weise eine vermeintliche Dominanz jüdischer Einflüsse in Gesellschaft und Wissenschaft nachzuweisen.

Die »Sigilla Veri« erweiterten Stauffs Projekt deutlich. Der Vertrieb des Lexikons wurde nicht über die Buchhandlungen organisiert, man konnte es nur direkt beim Verlag bestellen. Jeder, der ein Exemplar kaufen wollte, musste eine Erklärung mit folgendem Wortlaut unterschreiben: »Ich bin nicht jüdischer Abstammung, habe weder jüdisches Blut noch jüdische Verwandte. Ich verpflichte mich dazu, dieses Werk nicht zu verkaufen oder zu verschenken. Ich gebe mein Ehrenwort, dass ich nicht als Strohmann für jemanden agiere.«[2]

Gründung des »Welt-Dienstes«

Mit dem Machtantritt der Nazis sah Ulrich Fleischhauer 1933 eine Chance, seinen Apparat weiter auszubauen. Er rief den »Welt-Dienst« ins Leben und forderte Antisemiten in zahlreichen Ländern zur Mitarbeit auf. Diese sollten weltweit jüdische Zeitungen und Zeitschriften auswerten und das Material nach Erfurt schicken. Dort wurden die Zeitungsmeldungen und Artikel entsprechend aufbereitet, um damit wiederum Antisemiten in aller Welt zu versorgen. Tatsächlich fanden sich in der Folgezeit dutzende Antisemiten unterschiedlicher Nationalität zur Mitarbeit bereit.

[1]



[2]



WELT Dienst

Internationale Korrespondenz zur Aufklärung über die Judenfrage.

Zahlungen: Deutschland: Dresdner Bank, Depositenkasse H. Frankfurt a. M. Postscheck-Konto: Frankfurt a. M. Nr. 6201 Ungarn: László Levatich, Postsparkassenkonto Nr. 40703 Budapest

Herausgeber: Dipl.-Ing. A. Schirmer. Hauptschriftleiter: Erich Schwarzburg. Anschrift: „Weltdienst", Frankfurt am Main, Postschließfach Nr. 600.

Halbj. 3.— RM; ganzj. 6.— RM (oder deren Gegenwert) Die gewünschte Sprache ist anzugeben.

Nachdruck gestattet und erbeten; doch nur mit genauer Quellen-Angabe (Welt-Dienst, Frankfurt am Main) und bei Einsendung von 3 Belegstücken.

Nr. VII/12. Verlagsort Frankfurt/Main 15. Juni 1940

Ausgabetag: 19. Juni 1940.

Erscheint halbmonatlich in 11 Sprachen.

deutsche Ausgabe: Welt-Dienst

englische Ausgabe: World-Service

französische Ausgabe: Service Mondial

russische Ausgabe: Мировая Служба

ungarische Ausgabe: Világ-Szolgálat

spanische Ausgabe: Servicio Mundial

holländische Ausgabe: Wereld-Dienst

rumänische Ausgabe: Serviciul-Mondial

dänische Ausgabe: Verdens-Service

norwegische Ausgabe: Verdens-Tjenesten

schwedische Ausgabe: Världs-Service

Inhalt:

1. Frankreich unter der Blutherrschaft des jüdischen Kriegstreibers Mandel-Rothschild.
2. Warum hat das französische Volk nicht auf die Worte des General X gehört?
3. Wo ist das Frankreich Philipps des Schönen?
4. Das Musterexemplar eines jüdischen Kriegshetzers.
5. Legt den jüdischen Hetzjournalisten das Handwerk!

[1] Der Gründer des »Welt-Dienstes« Ulrich Fleischhauer (1876–1960), 1937.

[2] Ausgabe des »Welt-Dienstes« vom 15. Juni 1940.

Unter dem Titelkopf des »Nachrichtenblattes«, der eine Weltkarte und den Schriftzug »Welt-Dienst« zeigte, erklärte der Herausgeber: »Diese Blätter sind bestimmt, unter Ariern von Hand zu Hand zu gehen. Der in drei Sprachen erscheinende ›Weltdienst‹ ist nicht auf Gelderwerb eingestellt. Er beabsichtigt vielmehr, in erster Linie die schlecht orientierten Arier aufzuklären – welchen Staat auch immer sie ihr Vaterland nennen mögen. Diese Informationen über das Treiben der jüdischen Unterwelt gehören daher zum geistigen Rüstzeug jedes Ariers. Sehr erwünscht ist die Weitergabe an die Presse.«[3]

Der »Welt-Dienst« wurde über die Jahre weiter ausgebaut. Erschien das mit Schreibmaschine verfasste Blatt anfangs in den drei Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch, so hatte der ab 1936 gedruckte »Welt-Dienst« eine professionellere Gestalt und größere Verbreitung gefunden. Rückblickend heißt es in einer Ausgabe des »Welt-Dienstes« von 1938 über die Anfänge des Projektes: »Von 1919–1933 haben wir im Stillen die 1882 von Th. Fritsch begonnene Arbeit wieder aufgenommen, um zum ersten Male in der Weltgeschichte – der jüdischen Internationale eine Internationale der Judenkenner entgegenzusetzen. Am 1. September 1933 eröffneten wir unsere ›Welt-Dienst‹-Zentrale in Erfurt. Schon nach kurzer Zeit nannte die jüdische Presse wegen unserer Arbeit diese Stadt das ›Mekka der Antijudaisten‹.«[4] Dies betrachteten die Macher als Bestätigung ihrer Aktivitäten. Das Blatt expandierte weiter und war 1940 bereits in elf Sprachen verfügbar, hinzu-

1| Vgl. Louis W. Bondy: Racketeers of Hatred. Julius Streicher and the Jew-Baiter's International. London/Leicester 1946, S. 69.

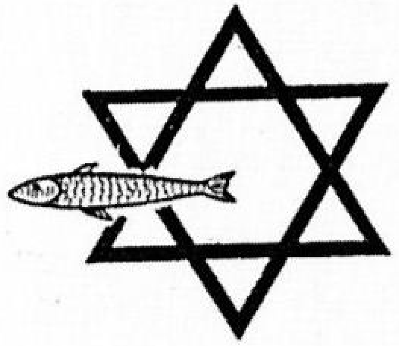
2| Zit. n. Magnus Brechtken: »Madagaskar für die Juden«. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945. München 1997, S. 44.

3| Weltdienst I/1 v. 1.12.1933.

4| Welt-Dienst V/17 u. 18 v. 1. u. 15.9.1938. Theodor Fritsch (1852–1933) hatte bereits 1882 in Dresden den Versuch unternommen, einen internationalen Kongress der Antisemiten einzuberufen. Sein »Handbuch der Judenfrage« galt in Deutschland als antisemitisches Standardwerk. Es erschien ab 1907 in dem von Fritsch gegründeten Hammer-Verlag in Leipzig und erlebte bis 1945 insgesamt 49 Auflagen.

5| Zit. n. Eckart Schörle: Internationale der Antisemiten. Ulrich Fleischhauer und der »Welt-Dienst«, in: Werkstatt-Geschichte 51 (2009) H. 1, S. 57–72, hier S. 61f.

→



Zum Zionisten-Prozeß um die Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion"
erschienen folgende Bücher:

Das Gerichts-Gutachten . . . . RM. 6.–

zum Berner Prozeß 1934/1935 um die „Protokolle der Weisen von Zion", von Ulrich Fleischhauer, Erfurt.
416 Seiten und 21 Bilder.
Durch Lieferung von seltenem Material und wertvollen Beiträgen arbeiteten arische Freunde aus aller Welt mit an diesem Buche. Das Gutachten enthält die neuesten Forschungen über die „Protokolle der Weisen von Zion", die notwendig und wissenswert für jeden arischen Kämpfer sind.

Das Berner Fehlurteil . . . . RM. 2.–

von Dr. Stefan Vász, Budapest.
Der Verfasser hat an dem Prozeß in Bern als Zuhörer teilgenommen und gibt seinem verletzten Rechtsempfinden Ausdruck durch die Aufzeichnung der falschen Zeugenaussagen, der Fehler der gegnerischen Gutachten und des unmöglichen Urteilspruches. Das Fehlurteil ist eine wichtige, neues Material bringende Ergänzung des „Gerichts-Gutachten".

Berner Bilderbuch . . . . RM. 0.75

47 Bilder der Hauptpersonen des Prozesses — sowohl der Teilnehmer als auch der Nichtteilnehmer.
Der begleitende Text erläutert den Prozeßgang.
Besonders wertvoll ist, daß bei den Bildern der falschen Zeugen und der Gutachter stets angegeben ist, wo im „Gutachten" und im „Fehlurteil" der Nachweis der Unwahrheit oder Unrichtigkeit gebracht ist.
Das Bilderbuch erleichtert daher das Studium der Vorgänge.

Judas Unmoral in Lehre, Sage, Legende, Sprichwort RM. 0.75

Fleischhauers Antwort an den jüdischen Fürsprech Brunschvig in Bern.
Von Tibor Erdély.
Das Buch wird an Minderjährige nicht ausgeliefert.
(Siehe Welt-Dienst-Bücherei, Heft 4.)

U. Bodung-Verlag, Erfurt, Daberstedterstraße 4
Postscheckkonto: Berlin 92375

[1]

→ gekommen waren russische, ungarische, polnische, dänische, spanische, holländische, rumänische, norwegische und schwedische Ausgaben.

Das Verhältnis zum NS-Apparat

Ulrich Fleischhauer betonte nach außen seine Unabhängigkeit von den offiziellen NS-Organisationen. Inwieweit er von dort finanzielle Unterstützung erhielt, ist bis heute nicht sicher geklärt. Jedenfalls waren die Staats- und Parteistellen schon früh auf die Organisation aufmerksam geworden.

Das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin holte schließlich 1934 Erkundigungen bei der Staatspolizeistelle in Erfurt ein. Dort versicherte man, dass es sich bei dem Informationsbüro »Arischer Weltdienst« in Erfurt »um eine vorbildliche Einrichtung zur Bekämpfung des internationalen Judentums und der Freimaurerei« handele. Die Organisation habe »nach allen Weltteilen Verbindung und in fast allen Städten des Welttals [!] Verbindungsleute sitzen« und sei »ein rein privates Unternehmen«.[5]

Fleischhauer und seine Mitarbeiter hatten nicht nur Fürsprecher bei der Erfurter Stapostelle, sondern unterhielten auch gute Kontakte zu einzelnen SD-Mitarbeitern. Der »Welt-Dienst« war jedoch bemüht, solche Verbindungen nicht öffentlich werden zu lassen. Schließlich habe man sich dem internationalen Kampf gegen das Judentum verschrieben und wolle keine nationalen Interessen vertreten – so zumindest die nach außen propagierte Linie Fleischhauers, der gerne auch betonte, dass seine »Bewegung« schon aktiv gewesen sei, lange bevor die NSDAP die Regierung übernommen habe.

Der Berner Prozess

Das Erfurter Netzwerk und Ulrich Fleischhauer in seinem Zentrum erlangten mit dem »Welt-Dienst« durchaus eine gewisse Popularität. Als 1935 in Bern ein Prozess gegen Schweizer Nationalisten geführt werden sollte, weil sie die »Die Protokolle der Weisen von Zion« verbreitet hatten, erhofften sich die sogenannten Frontisten Hilfe aus Erfurt. In der Tat trat Fleischhauer in diesem international beachteten Gerichtsverfahren als »Gutachter« auf, um dort zu belegen, dass die »Protokolle« echt seien.[6] Er sah in dem international beobachteten Prozess in erster Linie eine gute Gelegenheit zur Verbreitung seiner antisemitischen Propaganda. Im »Welt-Dienst« betonte Fleischhauer die außerordentliche Bedeutung des Prozesses und versprach seinen Lesern, sie würden in Bern »das wichtigste Duell miterleben [...], das zwischen dem internationalen Judentum und der arischen Welt in den letzten Jahrzehnten öffentlich ausgetragen worden ist.«[7]

Als Richter Walter Meyer sein Urteil verkündete, erklärte er: »Ich hoffe, es werde eine Zeit kommen, in der kein Mensch mehr begreifen wird, wieso sich im Jahr 1935 beinahe ein Dutzend sonst ganz gescheiter und vernünftiger Leute vierzehn Tage lang vor einem bernischen Gericht über die Echtheit oder Unechtheit dieser sogenannten ›Protokolle‹ die Köpfe zerbrechen konnten, die bei allem Schaden, den sie bereits gestiftet haben und noch stiften mögen, doch nichts anderes sind als lächerlicher Unsinn.«[8]

Er sollte sich täuschen. Bis heute hat dieses Buch weltweit millionenfache Verbreitung gefunden und zur Stärkung antisemitischer Strömungen und Ressentiments beigetragen. Sein Urteil wurde schon bald darauf aus formaljuristischen Gründen aufgehoben, ein fatales Signal, das den Antisemiten weiteren Auftrieb gab. Im »Welt-Dienst« und den Publikationen des U. Bodung Verlags wurde ausführlich über den Berner Prozess berichtet.

Die Weltdienst-Kongresse

Nicht nur über ein großes Netz von Korrespondenten aus verschiedenen Ländern, sondern auch über regelmäßig stattfindende Kongresse trieb Ulrich Fleischhauer die internationale Zusammenarbeit der Antisemiten voran. Die Tagungen hatten bereits eine längere Tradition. Seit Anfang der Zwanzigerjahre trafen sich Antisemiten unterschiedlicher Nationen zu konspirativen Kongressen, um ihre judenfeindliche Agitation zu koordinieren und ihre Verschwörungstheorien auszutauschen.

Doch bei der Verbreitung antisemitischer Hetze allein blieb es nicht. Die Teilnehmer diskutierten bei ihren Treffen auch konkrete Maßnahmen und Forderungen wie die »Exterritorialisierung« der Juden. 1937 war der Brite Henry Hamilton Beamish als

6| Vgl. Michael Hagemeister: Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung. Die »Protokolle der Weisen von Zion«, in: AIB 76 (2007) H. 3, S. 14-17.
7| Welt-Dienst Nr. II/6 v. 15.3.1935.
8| Zit. n. Urs Lüthi: Der Mythos von der Weltverschwörung. Die Hetze der Schweizer Frontisten gegen Juden und Freimaurer – am Beispiel des Berner Prozesses um die »Protokolle der Weisen von Zion«. Basel 1992, S. 67.
9| Zit. n. Brechtken, Madagaskar, S. 70.

Hauptredner zu Gast bei einem Weltdienst-Kongress. Er griff mit der Umsiedlung der Juden nach Madagaskar eine Idee auf, die schon seit längerem in den Kreisen der Antisemiten diskutiert wurde – die Umsiedlung nach Madagaskar sollte letzten Endes zum Aussterben der Juden führen. Während die ersten Weltdienst-Kongresse noch von der Geheimhaltung geprägt waren, informierte die Nazi-Presse nun offen und ausführlich über den Kongress.

Immer wieder suchten die »Welt-Dienst«-Mitarbeiter Anschluss an die offiziellen NS-Organisationen, auch wenn sie zeitgleich ihre Eigenständigkeit betonten. Im Anschluss an den Weltdienst-Kongress 1937 reisten rund 100 Mitarbeiter und Korrespondenten weiter zum Parteitag der NSDAP nach Nürnberg und erhielten dort Gelegenheit, Kontakte zu denjenigen offiziellen Stellen zu knüpfen, die mit der »Judenfrage« im Reich befasst waren.

Adolf Eichmann schätzte die dort versammelten Leute jedoch nüchtern und pragmatisch als völlig ungeeignet für die anstehenden Aufgaben an: »Der Grossteil dieser ›Welt-Dienst‹-Angehörigen machte den Eindruck von mehr oder minder fragwürdigen Existenzen, die zum Teil von der fixen Idee besessen sind, als Führer von Parteien und Organisationen in ihren Ländern berufen zu sein. Sie alle verlieren sich jedoch, gelinde ausgedrückt, in Kleinigkeiten, die ihr gesamtes Interesse beanspruchen und sind dergestalt auch nicht annähernd in der Lage, eine grosse Linie herauszuarbeiten und diese zu verfolgen.«[9]

Übernahme des »Welt-Dienstes«

Fleischhauers Unternehmen wurde in NS-Kreisen durchaus als einflussreiche Konkurrenzorganisation wahrgenommen. Ende der Dreißigerjahre gelang es Alfred Rosenberg, den »Welt-Dienst« in seinen Einflussbereich zu überführen und Ulrich Fleischhauer weitgehend zu entmachten. 1939 ließ er die Zentrale nach Frankfurt am Main verlegen. In der Folgezeit stieg die Zahl der Sprachen auf über 20 und die Auflage wurde noch einmal erheblich gesteigert. 1944 erreichte die Gesamtauflage über 300.000 Exemplare. Fleischhauer setzte seine Aktivitäten in Erfurt mit der Publikation antisemitischer Schriften auch während des Krieges weiter fort, wenn auch in verminderter Form. Erst die Befreiung 1945 setzte den berüchtigten antisemitischen Propagandazentralen in Erfurt und Frankfurt ein Ende. ■

Welt-Dienst

— Erscheint halbmonatlich in 3 Sprachen. —

Nr. I/22 15. Oktober 1934

(Welt-Dienst, Erfurt) Weltkongress für Frieden, Freiheit und Arbeit.

Es ist für unsere Leser selbstverständlich, daß wir uns bei dieser Nummer des "Welt-Dienst" besonderer Zurückhaltung befleißigen müssen. Wir haben dabei zwei Punkte zu berücksichtigen:

a) Was ist im Interesse unserer Zusammenarbeit weiter geheim zu halten ?

b) Wie weit ist dem Drängen zahlreicher Freunde nachzugeben, die es für erforderlich halten, einer breiten Öffentlichkeit die "stimulierende" Nachricht zu geben, daß wir seit langem gearbeitet haben, arbeiten und weiter arbeiten wollen ?

A. Vorbereitung und Zusammenlegung zweier fast gleichzeitig geplanter Konferenzen.

Wie unsere Freunde, die teilgenommen haben, wissen, und wie die anderen aus der Presse entnehmen konnten, fand unser Welt-Kongress dieses Mal in Belgien statt. – Die Verschiebung des Nürnberger Kongresses, der Anfang September in Nürnberg stattfinden sollte, hat einige unserer Freunde beunruhigt. Die Vorgänge, die zur Verschiebung führten, sind folgende:

Gleichzeitig mit dem Weltdienst-Kongreß, den die Leitung des "Welt-Dienst" zusammen mit der "Liga gegen die Lüge" vorbereitet hatte, hatte das "Büro der Völkerverständigung zur Abwehr gegen die Weltverjudung" und die "Arisch-Christliche Allianz" eine übernationale Zusammenkunft vorbereitet. – Es war selbstverständlich, daß beide Kongresse vereint stattfinden mußten. Schon aus dem Grunde, um der Welt zu zeigen, daß Einigkeit zwischen beiden Gruppen herrschen muß und herrschen wird.

Bei den Verhandlungen beider Gruppen in Trouville, von der die Presse bereits berichtet hat, handelte es sich um die Frage: "wer tritt zu Gunsten der anderen Gruppe zurück? Es war für die Vertreter des "Welt-Dienst" selbstverständlich, zurückzutreten. Die Teilnehmer konnten leichter umdirigiert werden, weil der Welt-Dienst-Kongreß zu einem früheren Zeitpunkte einberufen war. Das "Büro zur Völker-

[2]

[3]

SIGILLA VERI

(Ph. Stauff's Semi-Kürschner)

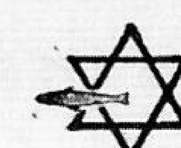
Lexikon der Juden, -Genossen und -Gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands, der Lehren, Gebräuche, Kunstgriffe und Statistiken der Juden sowie ihrer Gaunersprache, Trugnamen, Geheimbünde, usw.

Zweite, um ein Vielfaches vermehrte und verbesserte Auflage.

„Ich will des Landes Beste raten
Und das nicht lassen um Weib noch um Kind,
Um Vater noch um Mutter, um Schwester noch um Bruder,
Noch um keinerlei Gift oder Gabe, noch um Not,
Noch um eines Herrn Willen, noch um Furcht vor dem Tod.
Alter deutscher Schöffen-Eid.

Unter Mitwirkung gelehrter Männer und Frauen aller in Betracht kommenden Länder im Auftrage der „Weltliga gegen die Lüge" in Verbindung mit der „Alliance chrétienne arienne"
Herausgegeben von E. Ekkehard.

Erster Band.



U. Bodung-Verlag.
1929.

[1] Werbung für Bücher aus dem U. Bodung-Verlag im »Welt-Dienst« vom 1. März 1937

[2] Ausgabe des »Welt-Dienstes« vom 15. Oktober 1934

[3] Titelblatt des im U. Bodung-Verlag erschienenen Lexikons »Sigilla Veri«



Der Staat tritt nach

Kriminalisierung von Antifaschist_innen in Dresden

Der 19. Februar 2011 war wohl der berühmte Tropfen, der aus Sicht des LKA Sachsen das Fass zum Überlaufen brachte. Und so stürmte man in altbekannter Rowdymanier mit Brechstangen, Vollvermummung und bewaffnet das Pressebüro von »Dresden Nazifrei«. Anlass für das rabiate Vorgehen ist ein bereits seit 2010 laufendes Ermittlungsverfahren wegen Bildung krimineller Vereinigungen, auf dem auch die Durchsuchungen gegen Linke im April/Mai 2011 in Sachsen beruhen. Das in Stellung gebrachte Arsenal soll der politisch gewollten Aufsplitterung in »gute« und »böse« Protestierende dienen und die linke Szene einschüchtern. Mit der Diffamierung als »gewalttätige Linksextremisten« will der Staat antifaschistische Gruppen diskreditieren und für Bündnispartner_innen unnahbar machen. Diese Taktik ist keine neue und insoweit auch nicht spezifisch für Sachsen.

Sächsische Demokratie

Die Selbstwahrnehmung des Freistaats lässt sich wohl am besten an der Werbeoffensive ablesen, die das Land nach der Wahlniederlage von CDU/FDP in Baden-Württemberg schalten ließ. In den Anzeigen heißt »In Sachsen ist die Welt noch in Ordnung. Kommen Sie zu uns«. Was unter Ordnung verstanden wird, lässt einem aber eher einen kalten Schauer über den Rücken jagen, als eine Zuzugsempfehlung aus-

sprechen. Mit diesem politischen Verständnis werden derzeit nahezu sämtliche politische Regungen jenseits der schwarz-gelben Regierungsmehrheit zum Feind konstruiert. So setzt ein CDU-Parlamentarier die Abgeordneten der demokratischen Oppositionsparteien im Landtag schon mal mit der NPD gleich. Zivilgesellschaftliche Initiativen werden nicht nur von Bundesfamilienministerin Schröder drangsaliert, sondern der sächsische Innenminister verschärft die Extremismusklausel für Gelder des Freistaats noch weiter; einzelne Vereine müssen inzwischen sogar ihre Pressemitteilungen zensieren lassen. Die Staatsanwaltschaft betreibt nach wie vor das Verfahren gegen drei Fraktionsvorsitzende der Linkspartei wegen einer Sitzblockade im Februar 2010 und ermittelte gegen den Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse (SPD), weil dieser sich kritisch zum Zustand der Demokratie in Sachsen geäußert hatte.

Gegen eine unabhängige Linke wird die Karte der Kriminalisierung gezogen. Dabei ist es über den § 129 StGB den Behörden möglich, eine von ihnen selbstkonstruierte Personenmehrheit zu verfolgen. Es verwundert nicht, dass die angebliche Vereinigung weder einen Namen hat oder es Bekennerschreiben zu den vorgeworfenen Straftaten gibt, noch dass Einzelpersonen konkrete Tatvorwürfe gemacht werden. Vielmehr wird Betroffenen prinzipiell erlaubtes Verhalten angelastet, wie beispielsweise die Recherche zu einem Neonaziinfostand am Vortag des 13. Februars in Dresden. Wer vermutet, dass es daraufhin zu Straftaten gekommen wäre, geht fehl.

Zwar beinhaltet der Ermittlungskomplex auch tätliche Angriffe auf Neonazis oder die Beschädigung von Bussen am 19. Februar, aber der innere Zusammenhang bleibt offen. Einer der Betroffenen fasste das treffend zusammen: »Die Auflistung der Staatsanwaltschaft macht den Anschein, als ob man mal eben alle unaufgeklärten Antifa-Aktionen in Dresden und Umgebung aufgelistet hat, um dann im Anschluss die absurde Behauptung aufzustellen, dass das immer die gleichen Täter waren.«[1]

Kriminalisierung des Protests

So absurd das Konstrukt ist, so real sind die Konsequenzen. Bei der Stürmung des Pressebüros im Februar wurden 22 Personen in Gewahrsam genommen, bei den Razzien im Frühjahr die Wohnungen von 17 weiteren Personen in Dresden, Leipzig und anderen Orten durchsucht. Die Betroffenen wurden erkennungsdienstlich behandelt und teilweise DNA-Proben abgefordert. Zahlreiche Telefone wurden überwacht, sämtliche digitale Speichermedien sowie Handys, Kleidung, Notizen und ähnliches beschlagnahmt. Die Durchsuchungen wurden seitens der Behörden mit einer gezielten Medienkampagne begleitet. So stand die BILD-Zeitung früh um halb fünf mit vor der Tür um die politisch gewünschten Bilder von »linken Gewalttätern« zu liefern.

Gleichzeitig arbeitet eine Sonderkommission eifrig daran, den Protest im Gesamten zu kriminalisieren. Unabhängige Initiativen wie das Polizeibeobachtungsteam oder die Demosanitäter_innen bekamen Aufforderungen ihre Daten herauszugeben. Das sächsische LKA forderte bundesweit schriftliche Auskunft von Busunternehmen an, um zu erfahren, wer den Bus gemietet hat, ob es Besonderheiten während der Fahrt gab und wer wo ausstieg. Während den Demonstrationen überwachte die Dresdner Polizei sämtliche Handy-Daten eines ganzen Stadtteils.[5] Gegen über 70 Personen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen der Teilnahme an einer Sitzblockade in diesem Jahr, obwohl die Neonazis zum Zeitpunkt der Personalienfeststellung bereits abgereist waren. Begründet wird der Aktionismus der Behörden mit der fast schon grotesken Warnung vor »Kreuzberger Verhältnissen«, womit man auf platte Ressentiments und gängige Klischees gegen den Berliner Stadtteil setzt.

Schlapphüte im Kriminalisteneifer

Der sächsische Verfassungsschutz leistet seinen ganz eigenen Beitrag zur konservativen Kampagne und versucht sich in der Kriminalisierung des »Antifa-Logos«. Im aktuellen Bericht wird die Behauptung aufgestellt, dass mehrere nicht abschließend ermittelte Straftaten gegen Neonazis, »Aktivitäten« des AK Antifa Dresden seien. Als »Beweis« dafür gilt, dass sich an der Kleidung der Angreifer »Abzeichen mit der Aufschrift »Antifa« befunden haben«[2]. In dieselbe Kerbe schlägt der Geheimdienst bei der Leipziger Kampagne »Fence off«, die sich gegen das NPD-Zentrum auf der Odermannstraße richtet. Dabei wird als Beleg für deren extremistische Ausrichtung offeriert: »Die Kampagne verwendet das Symbol der linksextremistischen ›Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation‹ (...).«[3] In Wirklichkeit handelt es sich um das allseits beliebte »Antifa-Logo«, welches bekanntermaßen von einem Symbol von 1932 abgeleitet ist. Wer in Sachsen also ein solches Emblem trägt, ist Extremist_in, so die Logik der Schlapphüte.

Au revoir tristesse!

Gegen diese Zustände formiert sich Protest in der Kampagne »Sachsens Demokratie«, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Reigen konservativer Diffamierungen zu durchbrechen. Der Erklärung gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements haben sich bereits über 300 Organisationen und Einzelpersonen angeschlossen, unter ihnen die Interventionistische Linke, Gewerkschaften, Parteien aber auch die Band Irie Revoltés oder die Vollversammlung der Kirche von unten. Und so lässt sich am Ende optimistisch feststellen: Ob es schmeckt oder nicht, jetzt löffeln wir die Suppe wieder gemeinsam aus. ■

1| Zitiert nach: Bergmann, Michael: 17 Antifas auf einen Streich. In: Jungle World. Nr. 16, 21. April 2011. Im Internet abrufbar unter: http://jungle-world.com/artikel/2011/16/43048.html. Zuletzt eingesehen am: 02. Juni 2011

2| Vgl.: Sächsisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010. S. 45. Im Internet abrufbar unter: www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VSB_2010_Endfassung_27_04_11.pdf. Zuletzt eingesehen am: 02. Juni 2011

3| Vgl.: »Fence Off«: Verfassungsschutz tadelt Kampagne: »Rückgriff auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin«. Im Internet unter: www.fenceoff.org/?p=809#more-809. Zuletzt eingesehen am: 02. Juni 2011

5| Vgl. »Mal eben ausgespäht«, taz vom 19.06.2011

Spenden für die Betroffenen werden dringend benötigt!
Spendenkonto:
Rote Hilfe Dresden
Postbank Essen
Betreff: 129 Verfahren
Konto: 609760434
BLZ 36010043

Neue Ansätze für alte Probleme

Diskussionsbeitrag der »autonomen antifa [f]«

Sicherheit vor staatlicher Repression und Neonazis muss wieder stärker in den Fokus antifaschistischer Arbeit gerückt werden. Denn seit einiger Zeit vollzieht sich eine bedenkliche Entwicklung in linksradikalen Antifa-Strukturen. Früher selbstverständliche Sicherheitsansprüche werden aufgeweicht und in Frage gestellt. Wichtige theoretische und strategische Weiterentwicklungen in der Antifa-Szene führen zu neuen Angriffsflächen. Es gilt also, das Bewusstsein für Sicherheit bezüglich neuer und alter Gefahren zu schärfen.

Extrem gefährlich

In den letzten Jahren tauchen wieder vermehrt sogenannte »Anti-Antifa«-Gruppen auf. Diese konzentrieren sich darauf, linke Strukturen zu bekämpfen, etwa indem sie Daten und Fotos von Antifaschist_innen veröffentlichen. Meist geht diese Arbeit mit offenen Aufrufen zur Gewalt gegen Antifaschist_innen einher. In Mittelhessen etwa wurden Anfang Februar 2011 Personen aus dem Umfeld der »Anti-Antifa Wetzlar« nach einem gescheiterten Brandanschlag auf das Wohnhaus eines Antifaschisten wegen versuchtem Mord zu Haftstrafen verurteilt.[1] Am Rande linker Demonstrationen sind Anti-Antifa-Fotografen anzutreffen, die Teilnehmende ablichten, um die Fotos anschließend im Internet zu veröffentlichen. Persönliche Daten von linken Personen, etwa Namen und Adressen, finden sich in sogenannten Watch-Lists. In sozialen Netzwerken wie Facebook und wer-kennt-wen bilden sich stetig neue Anti-Antifa-Gruppen, deren Mitglieder von bekennenden Neonazis bis zu konservativen BWL-Studierenden reichen.

Parallel dazu findet mit der neu aufgeflammten Extremismus-Debatte eine Verschiebung der Wahrnehmung linker Gruppen und Initiativen im öffentlichen Diskurs statt. Linke Projekte, sowie kapitalismus- und parlamentarismuskritische Positionen, werden als »extremistisch« diskreditiert. Die Bundesregierung arbeitet an Programmen gegen »Linksextremismus« und kürzt gleichzeitig antifaschistischen Projekten die Fördermittel. Staatliche Repression gegen linke Strukturen nimmt im Zuge dieser Entwicklungen ebenfalls zu. Nicht nur die §129a-Verfahren der letzten Jahre und regelmäßige Hausdurchsuchungen in Infoläden sind hierfür Beispiele. Besonders brisant ist der Ende 2010 öffentlich gewordene Fall um einen Polizeispitzel mit dem Decknamen »Simon Brenner«. Dieser versuchte über linke studentische Kreise in Heidelberg Zugang zu linksradikalen Strukturen zu erlangen, laut eigenen Angaben mit dem Ziel Informationen über »die Antifa« zu erlangen. Offenbar aufwändig geplant und als langfristiges Projekt angelegt, konstruierte er sich eine typisch linke Identität, und begann in verschiedenen linken Gruppen aktiv zu sein. Durch einen glücklichen Zufall flog »Brenner« auf. Vermutlich ist er kein Einzelfall.

Veränderungen?

Scheinbar unbeeindruckt von diesen Umständen führen die strukturellen Veränderungen in deutschen Antifa-Zusammenhängen dazu, dass selbstverständliche Sicherheitsstandards aufgeweicht werden. Die Verschiebung von Arbeitsschwerpunkten lässt die Sensibilität für das Bedrohungspotenzial der Neonazis und der staatlichen Repression schwinden.

Mit strukturellen Veränderungen ist hier folgendes gemeint: Große Teile

einer lange Zeit vorrangig praxisorientierten und auf Anti-Neonazi-Arbeit fokussierten Antifa-Szene der 1980er und 1990er Jahre haben aufgrund theoretischer und strategischer Diskussionen und Weiterentwicklungen der letzten Jahre das Konzept des »revolutionären Antifaschismus« über Bord geworfen. Antifaschistische Politik, also der Kampf gegen Neonazis und reaktionäre Tendenzen in der Gesellschaft, wird nicht länger revolutionär aufgeladen, und als Ticket für eine linksradikale, über die bestehenden Verhältnisse hinaus weisende Perspektive missverstanden. Stattdessen wird antifaschistische Intervention als das begriffen was sie sein sollte: Notwendige Vorarbeit für revolutionäre Politik, unverzichtbar schon allein um die Bedingungen für deren Möglichkeit aufrecht zu erhalten.[2] Konsequenz dieser wichtigen Erkenntnisse ist eine Schwerpunkt-Verschiebung in politischer Arbeit und in dem Selbstverständnis von Antifa-Gruppen, eine kapitalismus- und gesellschaftskritische Grundhaltung rückt wieder in den Fokus. Der revolutionäre Gehalt von Politik misst sich nicht länger vor allem am militantem Habitus der Antifa-Gruppen. Theorie-Arbeit und Diskussionen um Bündnispolitik im Rahmen sozialer Kämpfe gewinnen an Bedeutung. Einige Gruppen verzichten seither jedoch völlig auf Anti-Neonazi-Arbeit, und schießen somit über das Ziel hinaus. Diese gilt ihnen per se als überholt und wird nur noch als Aufgabe bürgerlicher Bündnisse begriffen. Solange Neonazis und andere Rechte aber eine handfeste Bedrohung für Menschen darstellen, solange reaktionäre bis faschistische Antworten auf gesellschaftliche Konflikte existieren, solange ist ein konsequenter Antifaschismus nicht aus linksradikaler Praxis wegzudenken. Zudem müssen bisher wenig beachtete reaktionäre Bewegungen wie der Islamismus mehr ins Blickfeld rücken.[3]

Die Abkehr von klassischen Aktionsfeldern und Politikkonzepten blieb für die Organisationsstruktur der Gruppen nicht folgenlos. Statt vorrangig klandestin organisierten Kleingruppen, die den Schutz vor Neonazis und staatlicher Repression als Grundbestandteil ihrer Organisationsform verstanden, gründen sich nun verstärkt offene Gruppen, die für Interessierte leicht zugänglich sind. Sicherheitskriterien bei der Aufnahme neuer Mitglieder werden hierbei jedoch aufgeweicht, die organisierten Antifa-Strukturen also offener und leichter zugänglich, auch für staatliche Spitzel von Staat und Anti-Antifa-Akteure.



Linksradikale Strukturen befinden sich also im Spannungsfeld zwischen notwendigem Schutz vor politischen und staatlichen Gegnern einerseits, und der Offenheit gegenüber potentiellen Mitstreiter_innen andererseits. Eine mögliche Antwort darauf sind angeleitete Jugendantifa-Gruppen, in denen junge Antifaschist_innen erste Erfahrungen mit und in organisierten Strukturen sammeln, und zudem ein Bewusstsein für die notwendige Sicherheit entwickeln können.

Was bleibt?

Bei all den beschriebenen Problemen kann es nicht darum gehen, die strategischen und konzeptionellen Entwicklungen der letzten Jahre zu kassieren, und somit eine Rolle rückwärts zu vollziehen. Positionen, die ein zurück zur Antifa-Bewegung der 1980er fordern und das Konzept des »revolutionären Antifaschismus« nach wie vor für richtig erachten, halten wir für antiquiert, und vor allem für falsch. Diese Ansätze bieten weder inhaltlich noch strategisch eine Perspektive für die Entwicklungen der radikalen Linken. In diesem Sinne geht es darum, das Problembewusstsein bezüglich Sicherheit wieder zu schärfen, ohne hinter beschriebene Fortschritte zurück zufallen. Sozialisierungsprozesse, Sicherheits-Konzepte und Anti-Neonazi-Arbeit sind notwendiger Bestandteil linksradikaler, antifaschistischer Zusammenhänge. Diese alten Erkenntnisse müssen sich ebenso in den Organisationsformen heutiger Antifa-Gruppen niederschlagen wie die beschriebenen inhaltlichen Weiterentwicklungen. ■

1| siehe den Text »Ein Brandanschlag ohne poltischen Hintergrund ?« in Lotta # 43, Frühjahr 2011
2| siehe unseren Text »Extremismus der Vernunft«, AIB 2/2009
3| siehe unseren Aufruf »Gegen linke Bewusstlosigkeit!«, Herbst 2010: http://frankfurt.umsganze.de/index.php?option=com_content&view=article&id=276&catid=29&Itemid=210

Faschistisches Potential in Serbien

Ein Bericht aus Niš

Eine kleine Gruppe junger Antifaschist_innen aus der südserbischen Stadt Niš hat uns einen Bericht über die Situation in ihrer Stadt und in Serbien allgemein geschrieben. Wir dokumentieren ihn gerne an dieser Stelle.

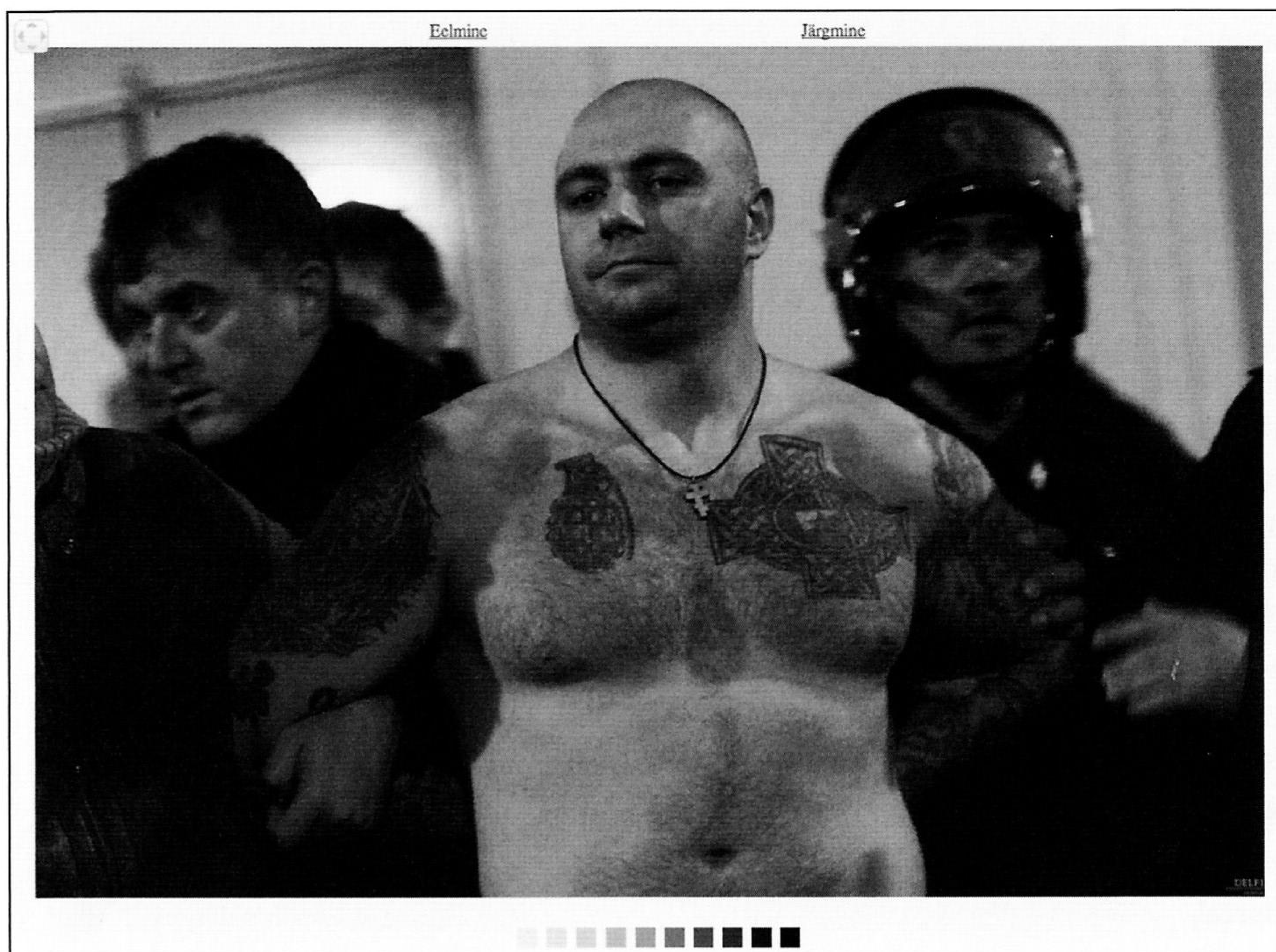
Wenn man einen durchschnittlichen Serben fragen würde, was er über Faschismus in Serbien denkt, so würde er wahrscheinlich sagen, dass es so etwas nicht gibt oder er 1945 ausgestorben sei; nichtsdestotrotz würde er gleichzeitig sagen, dass er Ratko Mladić[1] unterstützt, dass er nichts gegen Angriffe auf die Gay Parade hat und dass alle Roma schmutzig sind und klauen. Es gibt nur wenige NGOs, die sich gegen Faschismus wenden.

So wie vermutlich an vielen Orten auf der Welt gibt es auch in Serbien eine Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Faschisten. Eines der deutlichsten Beispiele in Serbien ist die klero-faschistische Organisation »Obraz«[2]. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Hauptverantwortung für deren Gründung die Staatssicherheit Serbiens[3] trägt. Polizei und Staat tolerieren deren Gewalt auf den Straßen, da sie wissen, dass sie in naher Zukunft diese Leute für die Drecksarbeit brauchen werden. Wir wollen ein offensichtliches Beispiel für deren Zusammenarbeit geben: Am 7. April 2009 kam es in Novi Beograd zu einem schweren Überfall durch 30 bewaffnete Neonazis auf die »Karton-City«, eine überwiegend von Roma bewohnte Slum-Siedlung. Die Polizei griff nicht ein. Lokale Machthaber und Großunternehmer hatten das Gelände für den Bau eines Komplexes der Universiade (Internationale Weltsportspiele der Studenten) vorgesehen. Drei Tage zuvor hätte mit dem Abriss begonnen werden sollen, die Bewohner lebten jedoch noch hier, sie hatten noch keine Alternativ-Wohnungen. Natürlich wurde dieser Vorfall nie geklärt; aber Polizisten, welche dort anwesend waren und angeblich die Siedlung geschützt haben, sagten aus, dass sie sich nicht einmischen durften. In jenen Tagen war es immer wieder zu pogromartigen Szenen und Überfällen gekommen, in der Bevölkerung herrschte eine sehr Roma-feindliche Stimmung.

Gay Pride 2010 in Belgrad und serbische Hooligans in Italien

Nach dem gescheiterten Versuch einer Gay Pride 2001 wurde erst neun Jahre später ein neuer Versuch unternommen. Dieses Mal hatte der Staat mit 6000 Polizist_innen alle verfügbaren Kräfte eingebunden, um die Parade zu schützen. Auf diese Art sollte sich einerseits einer EU-Mitgliedschaft würdig erwiesen und gezeigt werden, dass Serbien ein »nicht-homophobes« Land sei. Andererseits ging es darum, das staatliche Gewaltmonopol unter Beweis zu stellen. Das wurde dadurch bestätigt, dass die Gay Parade trotz der großen Zahl von Gegnern (ein Mob von ultra-rechten Organisationen, orthodoxen Christen und anderen Homophoben), welche auf die Straßen gingen und die »halbe Stadt« zerstörten, ohne verletzte Teilnehmer_innen stattfinden konnte.

Ein weiterer, international bekannt gewordener Vorfall ereignete sich am 12. Oktober 2010, als serbische Fuß-



[1]

ballhooligans vor der EM-Qualifikationspartie im »Luigi Ferraris Station« in Genua (Italien) einen Torwart attackierten und ihre Aktionen im Stadion fortsetzten. Das Spiel begann verspätet und kurz nach Anpfiff war es auch schon wieder vorbei. Bereits in der 6. Spielminute war der Schiedsrichter gezwungen, das Duell zwischen Italien und Serbien abzubrechen. In der Spielübertragung war deutlich sichtbar, wer die Vorfälle maßgeblich initiiert hat. Der 28-jährige Ivan Bogdanov, ein kräftiger Typ mit einem Haufen Tattoos und einer Sturmhaube auf dem Kopf, hielt eine bengalische Fackel und eine Zange in den Händen, mit der er das Netz zur Tribüne zerschnitt. Die Bilder von ihm gingen um die Welt. Italienische Carabinieri wollten mit ihm keine Auseinandersetzung im Stadion haben, vermutlich um größere Zwischenfälle zu vermeiden. Die italienische Polizei nahmen ihn sowie weitere 16 Personen, von denen nicht alle Hooligans waren, nach dem Spiel fest. Die meisten wurden allerdings schnell wieder entlassen, unter ihnen auch Leute aus Niš. Bogdanov war bereits 2004 bei Ausschreitungen gegen die Unabhängigkeit des Kosovo aufgefallen und gehörte zu einer Gruppe, die 2008 bei einer nationalistischen Kundgebung unter dem Motto »Kosovo ist Serbien« die US-Botschaft in Brand steckte. Während er früher ein nützlicher Idiot nationalistischer Politiker war, gilt er nach dem Vorfall in Genua als Schmuddelkind. Hooligans des Roten Stern Belgrad haben eine lange Geschichte als fünfte Kolonne der Nationalisten. So rekrutierte der später ermordete Kriegsverbrecher Zeljko »Arkan« Raznatovic zu Beginn der 1990er Jahre die im Jugoslawienkrieg berüchtigte Miliz der Serbischen Freiwilligengarde auch aus ihren Reihen. Das was in Genua passierte, ist die größte Schande in der Geschichte des serbischen Fußballs und wird schwere Konsequenzen sowohl für die Nationalmannschaft als auch für die Fußballclubs haben. Das Spiel wurde 3:0 für Italien gewertet. Das folgende Heimspiel gegen Nordirland musste vor leeren Tribünen ausgetragen werden, für die restlichen Spiele der EM-Qualifikation durften keine Auswärtstickets mehr an ihre Fans verkauft werden und es wurde eine Strafe von 120.000 Euro verhängt. Durch erneute Ausschreitungen beim Spiel gegen Estland, das eigentlich ohne serbische Fans hätte stattfinden müssen, wird wohl ein weiteres Heimspiel in leerem Stadion folgen.

Rechte Organisationen und Gruppen in Serbien und in Niš

Die internationale militante Neonazi-Organisation Krv i âast (Blood and Honour), welche Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus durch Musik und Publikationen propagiert, ist in Serbien stark vertreten. In Niš gibt es zwar einzelne Anhänger von ihr, doch ihre Arbeit wurde in unserer Stadt noch nicht besonders bemerkt. Deutlich aktiver war sie vor ca. zehn Jahren. Die meisten ihrer Mitglieder gingen in die 2005 gegründeten Nacionalni Stroj über. Deren Gründung ist Ergebnis der Bemühungen heimischer Neonazis um radikalere Kampfformen. Sie soll ihnen einen deutlich organisierteren und politischen Charakter zu verleihen sowie den Weg für die Organisation einer legalen neonazistischen Partei in Serbien zu bereiten. Hiermit hatten sie Ende 2007 Erfolg. Es entstand die Partei Novi Srpski Program (NSP). Eine wichtige Figur ist hier der Parteisekretär Goran Davidović, genannt Firer (dt.: Führer), der Autor des Buches »Der Fall Nacionalni Stroj« ist.[4] Vor allem ist Nacionalni Stroj jedoch für die Anwendung von Gewalt gegenüber Menschen anderer Herkunft, Staats- oder Religionszugehörigkeit bekannt.

Eine Organisation, die eher eine klero-faschistische Ausrichtung hat,

[1] Ivan Bogdanov und seine Mitstreiter aus dem Hooliganmilieu lösten internationales Aufsehen aus, als sie für einen Spielabbruch der EM-Qualifikation Parti Serbien – Italien sorgten. Screenshot von: http://pilt.delfi.ee/

1| Ein ehemaliger bosnisch-serbischer General und Oberbefehlshaber der bosnischen Serbenrepublik »Republika Srpska«. Er ist wegen Völkermordes, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem UN-Tribunal in Den Haag angeklagt, u.a. wegen des Massakers von Srebrenica.

2| Das Wort »Obraz« läßt sich nur schwer übersetzen. Die eine Bedeutung ist Wange; im übertragenen Sinne soll das so etwas wie Charakter oder Moral bedeuten. Oft wird es als »Antlitz« oder »Ehre« übersetzt und letzteres ist vermutlich auch am ehesten das dt. Äquivalent.

3| Bei der seit 1993 bestehenden Organisation wird staatliche Steue-

➔



ist Otaäastveni pokret Obraz (Patriotische Bewegung). Sie setzt sich für ein politisches System nach dem Modell von Milan Nedić und Dimitri Ljotić (Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg) ein. Bei fast allen ihren Aktionen lassen sich Vertreter der serbischen orthodoxen Kirche blicken. Ihr Anführer ist Mladen Obradović. Wie bereits erwähnt, wurden sie vermutlich von der Staatssicherheit Serbiens gegründet.

Srpski Narodni Pokret 1389 (Serbische Nationale Bewegung 1389)[5] ist auf der Demagogie zum Kosovo-Mythos und dem orthodoxen Klerikalismus gegründet. Sie gewinnt seit der Unabhängigkeit des Kosovo an Bedeutung. Ihre Mitglieder versuchen militanten Nationalismus und die nostalgische Verherrlichung der Kriege, die Jugoslawien vor ca. 20 Jahren zerstört hatten, als Patriotismus zu tarnen. Sie setzen sich für nationalen Revanchismus sowie eine Verehrung von Kriegsverbrechern ein. Ihr Anführer ist Miša Vacić. Die Organisation hat einen Beschluss zu einer Unterschriftenaktion gefasst, um sich als politische Partei anzumelden und bei den nächsten Parlamentswahlen anzutreten.

Neben diesen Organisationen gibt es eine Menge Fußballfan-Gruppen, bei denen die Mehrheit der Mitglieder offen oder versteckt zu Rassismus und Nationalismus, bis hin zum Lynchen von Minderheiten aufrufen. In Niš sind vor allem NZC (Niš-Fanclub des Erstligisten Crvena Zvezda aus Belgrad), Cartel 1970 (Niš-Fanclub, der Partizan Belgrad unterstützt) und Meraklije (Fans des Arbeitervereins FK Radniäki Niš) aktiv. Viele der Fans tragen patriotische bzw. nationalistische Symbole auf Transparenten und auf ihrer Kleidung. Eine explizit rechte Fan-Gruppe in Serbien ist United Force. Das sind Fans des FK Rad (Fußball Club Arbeit) aus Belgrad, die für die Propagierung von Neonazismus und Rassismus sowie extreme Gewaltanwendung bekannt sind.

Kontakte zu Faschisten aus anderen europäischen Ländern werden vor allem von Mitgliedern der Gruppe Blood & Honour gehalten, da die Organisation aus einem großen internationalen Netzwerk besteht. Außerdem ist bekannt, dass rechte Gruppen Kontakte zum Beispiel zu der russischen »Obraz« und der griechischen »Goldenen Morgenröte« pflegen. Diese Zusammenarbeit basiert vor allem auf der gleichen, nämlich orthodoxen, Ausrichtung des christlichen Glaubens, wobei Parolen wie »orthodoxe Brüder« oder »gleiches Volk – gleicher Glaube« verwendet werden.



Desničari osnivaju stranku - Politika | Kurir

http://www.kurir-info.rs/vesti/politika/desnicari-osnivaju-stranku-74071.php

DESNIČARI OSNIVAJU STRANKU

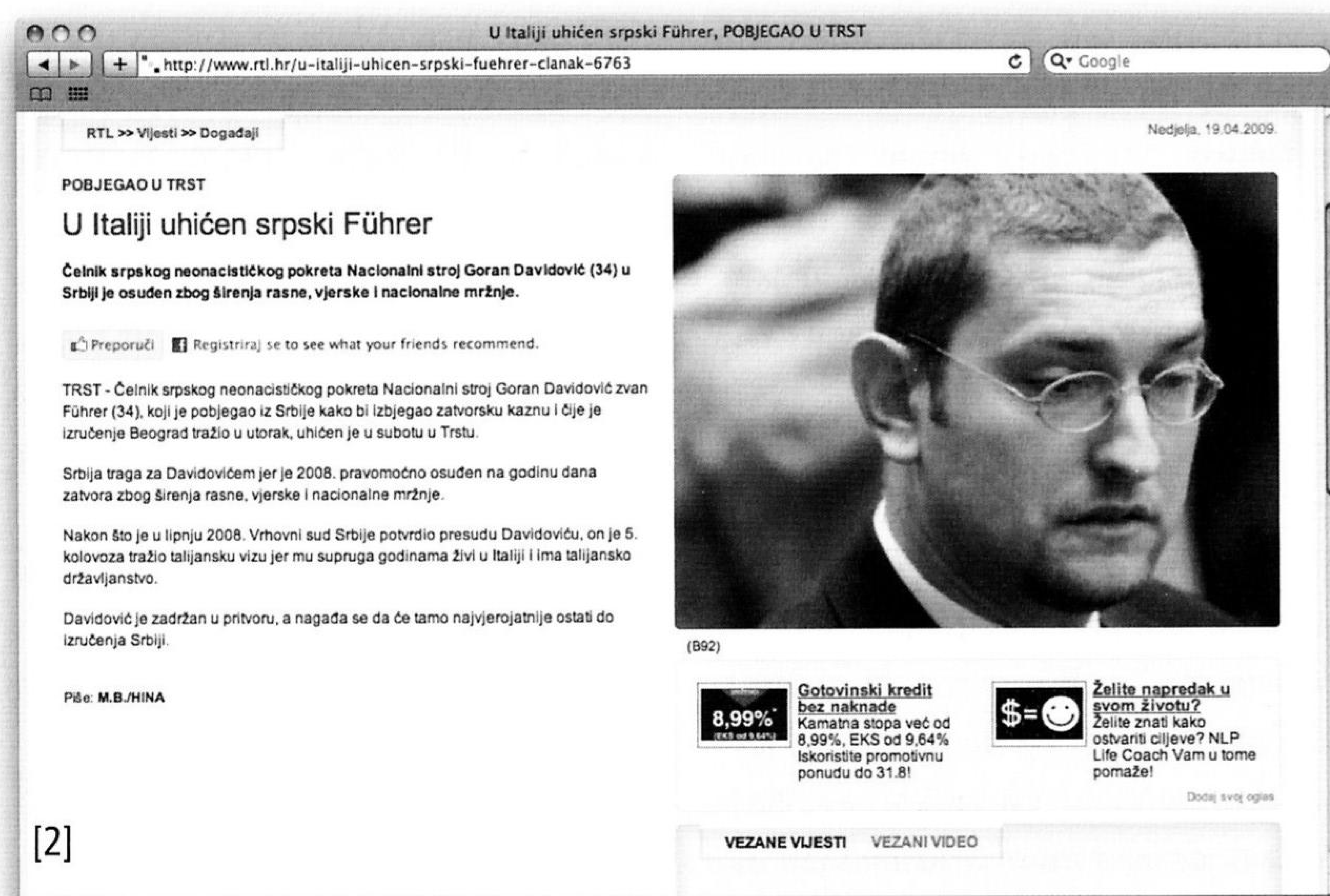
Sreda, 9. Februar, 2011. | Autor:

Udruženje građana Srpski narodni pokret 1389 namerava da osnuje stranku i uđe u parlament. Kažu da bi im poslanički imunitet olakšao posao

BEOGRAD - Još jedna stranka!
Srpski narodni pokret (SNP) 1389 registrovaće se kao politička partija. Program će biti objavljen na Sretenje, nakon čega će krenuti u akciju prikupljanja potpisa. Miša Vacić iz SNP 1389 kaže da im je potrebno 10.000 potpisa i da overa svakog košta 50 dinara.

[1]

[1] Der SNP-Anführer Miša Vacić (Faksimile von kurir-info.rs)



U Italiji uhićen srpski Führer, POBJEGAO U TRST

http://www.rtl.hr/u-italiji-uhicen-srpski-fuehrer-clanak-6763

RTL >> Vijesti >> Događaji

Nedjelja, 19.04.2009.

POBJEGAO U TRST

U Italiji uhićen srpski Führer

Čelnik srpskog neonacističkog pokreta Nacionalni stroj Goran Davidović (34) u Srbiji je osuđen zbog širenja rasne, vjerske i nacionalne mržnje.

TRST - Čelnik srpskog neonacističkog pokreta Nacionalni stroj Goran Davidović zvan Führer (34), koji je pobjegao iz Srbije kako bi izbjegao zatvorsku kaznu i čije je izručenje Beograd tražio u utorak, uhićen je u subotu u Trstu.

Srbija traga za Davidovićem jer je 2008. pravomoćno osuđen na godinu dana zatvora zbog širenja rasne, vjerske i nacionalne mržnje.

Nakon što je u lipnju 2008. Vrhovni sud Srbije potvrdio presudu Davidoviću, on je 5. kolovoza tražio talijansku vizu jer mu supruga godinama živi u Italiji i ima talijansko državljanstvo.

Davidović je zadržan u pritvoru, a nagađa se da će tamo najvjerojatnije ostati do izručenja Srbiji.

Piše: M.B./HINA

(B92)

[2]

[2] Goran Davidović, der Parteisekretär der NSP wurde 2010 in Bayern verhaftet und nach Serbien ausgeliefert.

Faschistische Gewalt und Dominanz an den Universitäten in Niš

Was die Universität in Niš angeht, so studieren die meisten Faschisten an der Philosophischen Fakultät. Über ein paar von ihnen wissen wir, dass sie Mitglieder der Neonazi-Organisation »Nacionalni Stroj« sind. Die meisten von ihnen studieren am Institut für Geschichte, obwohl es sie auch in anderen Fachbereichen wie Philosophie, Pädagogik etc. gibt. Neben denjenigen, die nicht verstecken, dass sie Faschisten sind, teilt eine große Zahl

rung oder zumindest Kontrolle vermutet, sie lässt sich aber nicht belegen.

4| Davidovic wurde am 3. Februar 2010 auf Grund eines internationalen Haftbefehls wegen Volksverhetzung in Bayern verhaftet und nach Serbien ausgeliefert.

5| 1389 ist die Jahreszahl der Schlacht auf dem Amselfeld im Kosovo. Hier kämpften Serben und Bosnier gegen die Osmanen. Um die Schlacht ranken sich viele Mythen, sie ist einer der wichtigsten Bezugspunkte des serbischen Nationalismus.


[1]

[1] Mladen Obradović, Anführer von Obraz. Quelle: Pravda 12. Oktober 2010.

der Studierenden an der Philosophischen Fakultät die gleichen Ansichten, obwohl sie sich niemals so nennen würden. Sie benutzen gesellschaftlich mehr akzeptierte Termini wie Nationalisten, Rechte oder Patrioten. Selbst die Spitze des studentischen Parlaments besteht aus solchen Leuten, so dass die Veranstaltungen, die an der Fakultät organisiert werden, vor allem entsprechende Themen haben.

Darüber hinaus gibt es in Niš keinen Ort, von dem sich sagen lässt, dass es ein fester Treffpunkt faschistischer Gruppierungen ist. Trotzdem gibt es einen Club (»Feedback«), in welchem zwei Neonazi-Skinheads als Sicherheitsleute arbeiten, einer von ihnen ein aktives Mitglied des »Nacionalni Stroj«. Dadurch ist auch seine Clique dort häufig zu Gast. Der Umstand wird dadurch noch trauriger, dass es sich eigentlich um einen Club handelt, in dem die Gäste, DJs und Bands als alternativ gelten. Dass sich jedoch niemand gegen diesen Zustand ausspricht, ist bezeichnend für die Situation in Niš, wo die Leute kein Problem mit Faschisten oder Angst vor ihnen haben und sie nicht als ein ernstes Problem in der Gesellschaft wahrnehmen. Wir haben mehrmals erfolglos E-Mails an den Betreiber und Bands, die dort spielen, geschrieben und dem Publikum das Problem dargestellt. Einmal haben wir dann die Sache in die eigenen Hände genommen und ein großes Graffiti an eine Clubwand gesprüht, es wurde jedoch kurz darauf entfernt.

Auf den Straßen ist das Bild noch deutlicher: Jeder, der sich öffentlich gegen sie oder ihre Ideologie, Rassismus, Christentum, die Idee von Groß-Serbien etc. ausspricht, wird automatisch zur Zielscheibe von »rassisch und national bewussten« Aktivisten. Häufige Drohungen, Zerstörung von Eigentum, körperliche Angriffe unter Benutzung von Hieb- und Stichwaffen sind ihre Methoden. Die meisten Opfer, die in den Fokus der Faschisten geraten, sind von uns oder gehören zu unseren Freund_innen- bzw. Bekanntenkreisen,. Ebenfalls häufig sind Störungen von Musikveranstaltungen, bei welchen Anarcho- und Antifa-Bands auftreten. Fast all ihre Angriffe führen sie aus, wenn sie zahlenmäßig überlegen sind.

Antifaschistische Aktion in Niš

Es gibt eine informelle Gruppe von momentan ca. zehn Personen, die versucht, auf die wachsende Verbreitung von Faschismus und Neonazismus sowohl in Niš als auch in ganz Serbien aufmerksam zu machen und zum Kampf dagegen aufruft.

Da die Gruppe klein ist und sich selbst finanziert, bestehen die Aktionen vor allem in der Gestaltung von Aufklebern, dem Aufhängen von Transparenten und Graffiti-Sprühereien in der Stadt. Zu den Transpis und Graffitis, welche sich gegen die faschistische Ideologie und alles, was sie anzieht, richten, hatten wir auch einige Aktionen zu konkreten Anlässen (z.B. 9. November, Unterstützung russischer Antifas, Thematisierung der Verbrechen der christlichen Kirche zu großen kirchlichen Feiertagen...). Zudem haben wir Musikveranstaltungen mit serbischen und internationalen Anarcho- und Antifa-Bands organisiert. ■

Nach der Festnahme des als Kriegsverbrecher angeklagten ehemaligen bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladic am 26. Mai 2011 in Serbien, war es in Belgrad an mehreren Tagen zu heftigen Ausschreitungen gekommen. Auch in Kalinovik, der Geburtsstadt von Mladic, kamen tausende Menschen zusammen. Die Straßenschlachten, die sich vor allem gegen die Polizei richteten, wurden maßgeblich von nationalistischen Jugendlichen, faschistischen und klerikalen Organisationen getragen. Es bteiligten sich Neonazis Seite an Seite mit orthodoxen Priestern. Mehr als 70 Randalierer wurden festgenommen, zwölf Menschen wurden verletzt, sieben von ihnen schwer. Zu den Protesten, an denen sich mehrere tausend Menschen beteiligten, hatte die ultranationalistische Serbische Radikale Partei (SRS) aufgerufen, aber auch viele Anhänger der extrem rechten Organisation »Obraz« waren unter ihnen.

Machtkampf auf dem Rücken der Roma

1| Der Name der Gruppe geht auf die Betyaren des 19. Jahrhunderts zurück, die als Rebellen gegen die habsburgische Monarchie kämpften.

Der antiziganistische Druck auf Roma in Ungarn hat sich seit Beginn diesen Jahres massiv verstärkt. Eine »einheitliche europäische Roma-Strategie« forderte Viktor Órban (Fidesz), rechtspopulistisches Staatsoberhaupt zu Beginn des Jahres in seiner momentanen Funktion als EU-Ratspräsident. Wie diese Strategie im Sinne der rechten ungarischen Regierung aussehen würde, illustrierte er mit der Ankündigung, sämtliche, von Roma selbstverwaltete Institutionen und Stiftungen in Ungarn schließen zu lassen. Auch die neo-nationalistische Partei Jobbik zieht die Kreise ihrer Angriffe auf Roma und Roma-Siedlungen enger – vor allem in Form von hetzerischen und paramilitärischen Aufmärschen in verschiedenen ungarischen Ortschaften, meist mit mehreren Tausend Teilnehmenden.

Eskalation in Gyöngyöspata

In dem ungarischen Dorf Gyöngyöspata gab es Ende April 2011 zum ersten Mal offene und heftige Auseinandersetzungen zwischen Roma, die in Gyöngyöspata leben und einigen Dutzend militanter Neonazis. Letztere hatten sich im März als selbsternannte rechte »Bürgerwehren« dauerhaft im Dorf eingerichtet. Am 10. März waren in dem Dorf mit 2.800 Einwohner_innen 2.000 Neonazis unter dem Banner der Jobbik aufmarschiert. Danach waren etwa 200 Personen für über drei Wochen als selbsternannte »Bürgerwehren« patrouillierend durch die Straßen gezogen. Nach einer kurzen Unterbrechung kehrten am Freitag vor Ostern etwa 200 paramilitärisch ausstaffierte Neonazis zurück und erklärten das Dorf zum Austragungsort eines Trainingslagers. In Tarnuniform und bewaffnet, postierten sie sich vor Häusern, in denen Romafamilien wohnen. Die Bedrohungssituation veranlasste Vertreter_innen des örtlichen Romarats, das Rote Kreuz um Hilfe zu bitten. Daraufhin wurden 277 Frauen, Jugendliche und Kinder nach Csilleberc und Szolnok evakuiert. Einheiten der ungarischen Polizei verstärkten über das sich anschließende Wochenende ihre Präsenz in dem Dorf. Die Beamten nahmen kurzzeitig einen Teil der Organisatoren fest, nachdem sie sich in den Wochen zuvor sehr zurückhaltend gegenüber den Neonazis gezeigt oder offen mit ihnen sympathisiert hatten. Zwei Tage darauf griffen verbliebene Angehörige der rechten »Bürgerwehren« erneut Häuser mit Steinen an. Darunter waren etwa 50 Personen aus dem Dorf. Als bei einem Angriff ein 13-jähriger Junge schwer verletzt wurde, organisierten einige der Roma ihre Selbstverteidigung. In der auf den Angriff folgenden Nacht lieferten sich die Parteien regelrechte Strassenschlachten im Dorf, bei denen es mehrere Verletzte auf beiden Seiten gab. Die Situation wurde schließlich von der ungarischen Polizei »beruhigt«, Anfang Mai verabschiedete die ungarische Regierung ein Eilgesetz, dass »Straftaten in Uniform« und das »Erschrecken von Minderheiten« mit Gefängnis ahnden soll.

Neonazi-Bündnisse: Brutale alltägliche Gewalt

Zwei Neonazi-Gruppierungen hatten in Gyöngyöspata das Geschehen bestimmt: »Szebb Jövöert« (»Schönere Zukunft«) und »Vederö« (»Schutzmacht«). Am Morgen nach den Auseinandersetzungen trafen zur Verstärkung etwa 40 Mann einer weiteren selbsternannten »Bürgerwehr« namens Betyarsereg (»Betyaren-Armee«) ein.[1] Die drei Gruppierungen waren kurz vor den Ereignissen in Gyöngyöspata auch in den Orten Hajdúhadház, Teglas und Bocskaikert bei ähnlichen Szenarien in Erscheinung getreten. Sie gelten als Nachfolgeorganisationen der offiziell im Herbst 2009 verbotenen »Ungarischen Garde«, dem paramilitärischen Arm der Jobbik-Partei. Deren martialische Aufzüge mit mehreren Tausend Teilnehmenden waren die Begleitmusik für den politischen Aufwind rechter Politik in Ungarn in den vergangenen zehn Jahren. Mehrere Jahre lang griffen ihre Mitglieder brutal die Budapest Pride Parade an, verfolgten Linke und attackierten jüdische Orte und Menschen. Immer wieder kam es zu Aufmärschen in Dörfern und Siedlungen, in denen Roma leben. Es gab ungezählte Brandanschläge oder von Neonazis durchgeführte »Umsiedlungen«. In der Regel berufen sich die Wortführer dabei auf »Hilferufe aus der örtlichen Bevölkerung« ange-

sichts einer »zunehmenden Zigeunerkriminalität«. Vor dem Hintergrund des rechtspopulistischen Klimas in Ungarn finden ihre Aktivitäten relativ breite Zustimmung. Die begründet sich vor allem mit der Vorstellung von Roma als eine den Ungarn gegenüber »feindlich gesinnte Minderheit«. Selbst nachdem zwischen Juli 2008 und August 2009 sechs Roma brutal ermordet wurden, geriet die Zustimmung zur menschenfeindlichen Ideologie der Jobbik-Partei nicht ins Wanken. Seit März diesen Jahres stehen vier mutmaßliche Täter vor Gericht. Die aktuellen Provokationen und Demonstrationen von ideologischer und zahlenmäßiger Stärke ihres Umfeld kommen insofern nicht von ungefähr.





Fotos: flickr.com -cc- Leigh Phillips

[1] Ungarns faschistische Jobbik Partei und die mit ihr verbündeten Paramilitärischen Nachfolgeorganisationen der verbotenen »Magyar Garda« bei einem Aufmarsch gegen »Zigeuner Terror« in der Stadt Hejoszalonta am 2. März 2011.

[2] Hinter den Polizeiketten demonstrierten die örtlichen Roma zusammen mit Amnesty International und anderen Gruppen.

Strategischer Fehde-Handschuh

Die militanten Aktivitäten lassen eine andere Strategie als noch in den vergangenen Jahren erkennen. Bislang waren die Neonazis nicht als mehrwöchige »Wehrformationen« in Erscheinung getreten. Mit der Programmatik von »Wissensvermittlung« und »Selbstverteidigungstrainings« für die »unterdrückte ungarische Bevölkerung« setzen sie sich noch stärker als zuvor in den ländlichen Gebieten fest. Der Versuch auf lokalpolitischer Ebene an strukturellem Einfluß zu gewinnen, ist gleichzeitig eine Kampfansage an die Fidesz. Ungarns Regierung hatte die paramilitärischen Aktivitäten lange lediglich verbal abgekanzelt und letztlich toleriert. Erst nach den Ereignissen in Gyöngyöspata hatte der ungarische Innenminister Sandór Pinter die Aufmärsche verboten und bei Übertretung des Verbots erst Geldstrafen und später Haftstrafen angewiesen. Gergely Rubi, Jobbik-Abgeordneter im Ort Hajdúhadház, hatte als Reaktion darauf gegenüber dem dortigen Polizeipräsidium erklärt, die Aufmärsche würden trotzdem fortgesetzt. Hier werden Machtfragen gestellt: Indem Jobbik sich deutlich über Verbote hinwegsetzt, präsentiert sie sich als »ehrliche Alternative« gegenüber dem Kurs Victór Órbans, in dessen Innen- und Außenpolitik derzeit einiges in Schlingern gerät – die Umfragewerte sinken. Zur Evakuierung der Frauen und Kinder aus Gyöngyöspata liessen Regierungssprecher verlauten, dass es sich dabei um einen lang geplanten »Osterausflug« gehandelt habe und lösten damit gehöriges Kopfschütteln aus. Demgegenüber kann Jobbik mit ihrer klaren antiziganistischen Linie in Ungarn nur triumphieren – und weiter anziehen. Fast 10 Jahre gingen politische und personelle Machenschaften von Fidesz und Jobbik Hand in Hand. Jetzt schafft es Jobbik weitaus konsequenter, die Rolle derjenigen zu spielen, die dafür sorgen, dass sich in ungarische Angelegenheiten von aussen gefälligst nicht eingemischt werden soll. Denn das ist das »Trauma« der Utopisten eines »Groß-Ungarn« – immer wenn Ungarn seine Fragen nicht selbst regeln durfte, haben sich daraus tiefgreifende »Nachteile« ergeben, vor allem Identitäts- und Gebietsverluste. Es steht zu befürchten, dass das Gerangel zwischen Fidesz und Jobbik weiterhin auf den Rücken der Roma und der anderen attackierten Minderheiten, die als »nicht-ungarisch« gelten, ausgetragen wird. Die dabei drohende politische Isolation Ungarns auf europäischer Ebene kann den Ultra-Nationalisten nur recht sein. Auch Einrichtungen wie das Anlassgesetz zu ungenehmigten Bürgerwehren werden nichts daran ändern, sondern zeigen vielmehr, wie die Jobbik den Staat derzeit an die Grenzen seiner legislativen Möglichkeiten treibt. ■



Volker Weiß:
Deutschlands Neue Rechte
Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin
2011, 141 Seiten, Schöningh,
ISBN-10: 3506771116
ISBN-13: 9783506771117

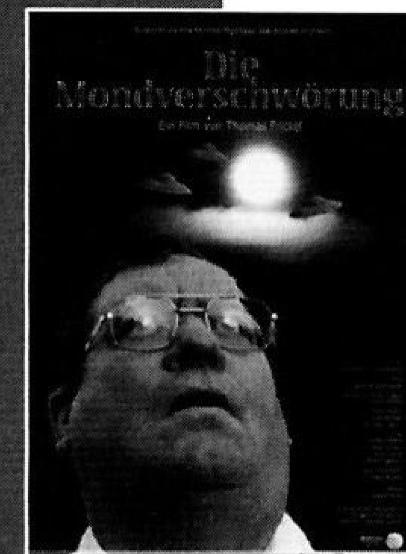
Ob die Deutschen nun aussterben oder verdummen – die dahinterstehenden Untergangsszenarien erfuhren eine bisher unbegrenzte Entfaltung. Die jüngste Debatte dreht sich um das mittlerweile zum Bestseller avancierte Elaborat »Deutschland schafft sich ab« vom nach wie vor SPD-Mitglied Thilo Sarrazin. Volker Weiß widmet sich nicht nur der Frage, wieso die sogenannte »Sarrazin-Debatte« eine so große öffentliche Resonanz erfahren konnte, sondern auch den historischen Vorläufern deutscher Untergangsliteratur.
Gerade Sarrazin und dem ebenfalls im Band erwähnten Sloterdijk gelang es eine große Öffentlichkeit zu erreichen, da sie im Gegensatz zu den anderen dargestellten Protagonisten deutscher Untergangsliteratur nicht eindeutig der extremen Rechten zugeordnet werden können. Dennoch – und das hebt Weiß immer wieder hervor – hat Sarrazin den Schulterschluss mit der extremen Rechten auf Grund seiner sozialdarwinistischen Ausfälle und der Bezugnahme auf »wissenschaftliche« Studien aus dem neonazistischen Spektrum selbst vollzogen.
Um aufzuzeigen, dass sich die Grundzüge der Positionen, wie sie von Sarrazin vertreten werden, nicht grundlegend ändern, beginnt das Buch mit einer Übersicht wichtiger Vertreter der Untergangsliteratur – von Oswald Spengler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zu neueren Akteuren aus dem Umfeld der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit. Durch das Herausstellen zentraler Argumentationsmuster wird deutlich, dass die Objekte austauschbar erscheinen, die für »apokalyptische« Visionen des Untergangs der »deutschen Nation« oder »Kultur« verantwortlich gemacht werden. In dieser gelungenen Übersicht werden verschiedene Ansätze beleuchtet, die sich zwar in ihren Erscheinungsformen historisch gewandelt haben, aber den gleichen Leitmotiven verhaftet sind: das Verhältnis von Masse und Elite, Niedergangsdrohungen und Träumen der nationalen Wiedergeburt.
Um einen effektiven Umgang mit dieser Problematik zu entwickeln, ist es notwendig, die zum Teil aufgeregte und häufig von inhaltlichen Schwächen begleitete Diskussion in einen größeren Zusammenhang zu stellen und so eine wirkungsvolle Strategie gegen eine Rechte zu entwickeln, die sich aus Leistungsdruck, Ausgrenzung, Elitedenken und Rassismus speist. Die Lektüre des Buches von Volker Weiß kann hier eine sinnvolle Unterstützung bieten, gelingt es ihr, die Aussagen Sarrazins und anderer Untergangsliteraten analytisch zu erfassen und die notwendige Auseinandersetzung darum differenziert zu begleiten. ■



Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren 2011:
Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen.
2011, Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-00-3. 86 Seiten.
4.80 Euro

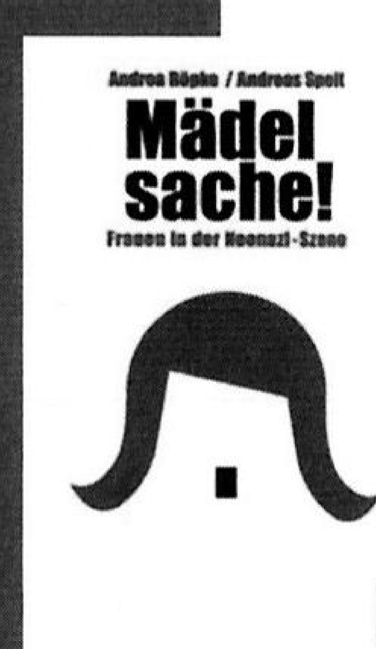
Am 31. Juli 2007 wurden in einer spektakulären Aktion Axel, Florian und Oliver bei Brandenburg an der Havel und Andrej in Berlin wegen angeblicher Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) verhaftet. Bereits im Jahr zuvor begann das BKA mit Ermittlungen und der Beschattung gegen die vier und weitere Verdächtige. Seit 2001 liefen verschiedene Ermittlungsverfahren gegen mehr als ein Dutzend solcher »Verdächtige«, die jedoch mangels Tatverdacht in den Jahren ab 2008 eingestellt wurden. Anders bei Axel, Florian und Oliver – sie wurden verurteilt – wegen Mitgliedschaft an einer kriminellen Vereinigung.
Nun hat das Einstellungsbündnis bei der edition assemblage das Buch »Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen« zu dem Verfahren und dem Prozess vorgelegt. Die knapp 90 Seiten verstehen sich nicht als umfassende Auswertung der Solidaritätsarbeit, wohl aber als »Handreichung für alle, die sich mit Antirepression auseinandersetzen, die von Repression betroffen sind oder sein könnten«. Da es für den Vorwurf der Mitgliedschaft einer »kriminellen Vereinigung« bekanntlich nicht viel braucht, dürfte sich das Buch theoretisch an sehr viele richten.
Die Autor_innengruppe reflektiert selbstkritisch die vergangenen drei Jahre der Soliarbeit. Intensiv geht sie dabei auf die Öffentlichkeits- und Pressearbeit und die Arbeit während dem Prozess ein. Darüber hinaus werden Einblicke in die Ermittlungsmethoden gegeben. In dem Resümee unterstreichen die Autor_innen, dass ihre Arbeit trotz teilweise gravierender Schwächen erfolgreich war, da sich das Bündnis trotz der Heterogenität nicht hat spalten lassen. Vielmehr habe die Repression Leute zusammengebracht, die sonst nie zusammengekommen wären. ■

Thomas Frickel: **Die Mondverschwörung**
2010, 85 Min. Verleih: W-Film



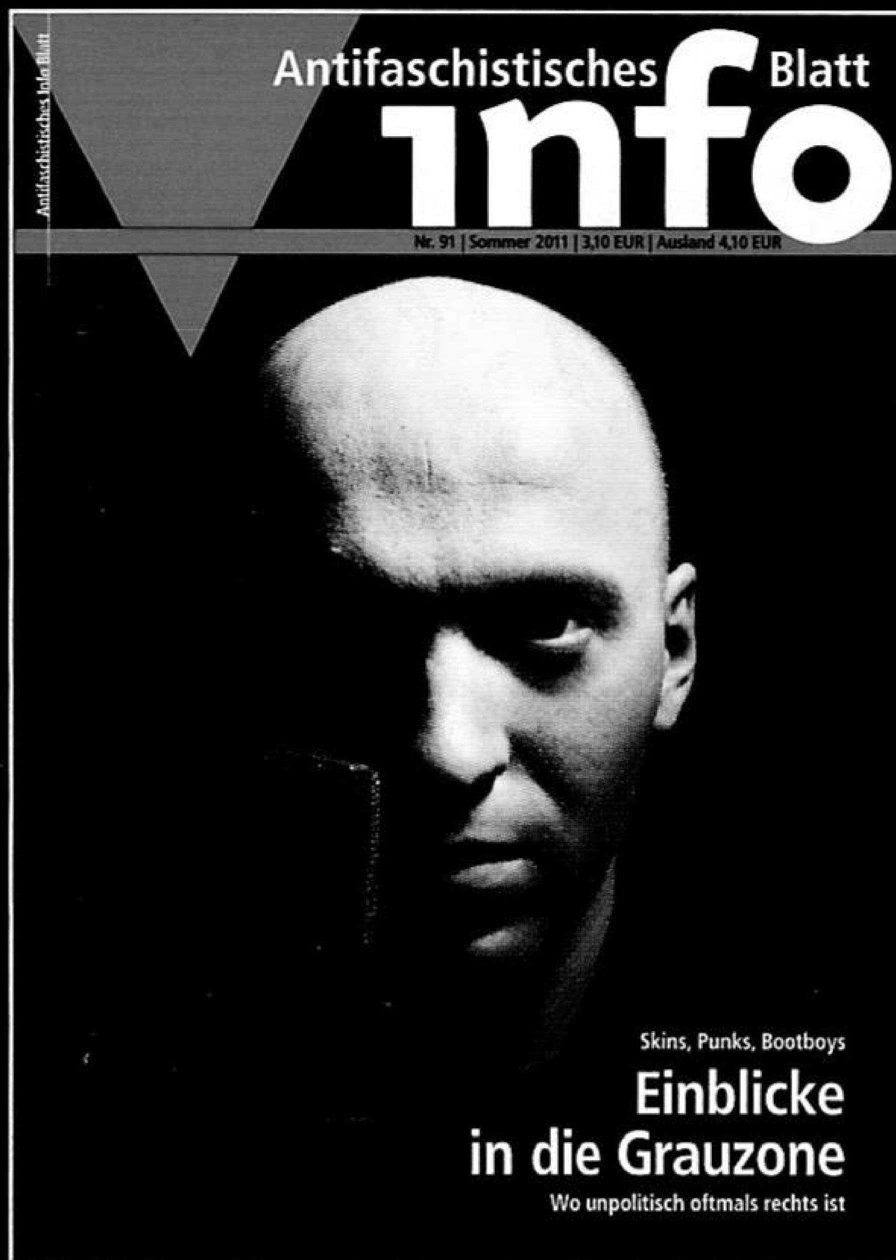
In dem Dokumentarfilm »Die Mondverschwörung« versucht der US-Reporter Dennis Mascarenas »das Verhältnis der Deutschen zum Mond« zu ergründen und trifft bei seiner Tour durch die BRD dafür mitunter die krudesten Verteter einer bunten Mischung aus Esoterikfans und extremer Rechte. So ist er zunächst mit dem Streit konfrontiert, wem der Mond überhaupt gehört. Denn während in den USA hektarweise Mondlandschaft verkauft wird, beruft sich in Deutschland jemand auf Friedrich den Großen, der seinen Vorfahren per Urkunde den Mond geschenkt haben soll.
Ungeklärt dessen wendet er sich dann verschiedenen Esoterikern, die mit »Mondwasser«, Kosmetikmitteln die nur zu Vollmond produziert werden oder einer »Mondfriseurin« die unter den Ladenöffnungszeiten leidet zu, und die mit dem Erdtrabanten vor allem Geld machen wollen. Zum Ende hin landet er dann immer tiefer in die Kreise der »Reichsbürger« welche nur noch periphär über den Mond sprechen, dafür umso ausführlicher über antisemtische Verschwörungstheorien, die angeblich hohle Erde, »Neuschwabenland« und »Chemtrails« schwadronieren.
Bei dem Film handelt es sich um den Nachfolger der ebenfalls realsatirischen Dokumentation »Deckname Dennis« aus dem Jahre 1997, in der Mascarenas beauftragt worden war, zu überprüfen, ob es in Deutschland für die USA gefährliche Tendenzen gibt. In seinen Interviews traf er ein Potporrie an Kuriositäten und rechten Spinnern, wie den diversen Besitzern der jeweils »weltgrößten Kukucks-Uhr«, einer Autofahrerpartei die sich durch den »Autofreien Sonntag« wie die Juden im NS behandelt fühlen, Revisionisten und Reichsbürger.
Das besonders unterhaltsame an beiden Filmen ist die Tatsache, das die Bewertung des Ganzen dem Zuschauer überlassen bleibt. Ganz offen und naiv befragt Mascarenas seine Interviewpartner, die neben harmloswitzigen Theorien zum Teil ganz unverholen ihre kruden Thesen von jüdisch-amerikanischer Weltverschwörung ausbreiten. Mitunter kann da selbst der Journalist, der sonst ziemlich unbeeindrukt seinen Gegenübern lauscht, eine ungeläubige-überraschte Miene nicht unterdrücken. Denn eine Kommentierung ist nicht nötig: Für ihre Demontage sorgen die Interviewten selbst. ■

Andrea Röpke, Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene
2011, Ch. Links Verlag, Berlin
ISBN: 978-3-86153-615-4, 16.90 EUR



In der stark männerdominierten Neonazi-Szene treten zunehmend häufiger auch Frauen selbstbewusst in den Vordergrund. »Es sind Frauen, die nicht bloß die »Freundin eines Kameraden« sein möchten, sondern auch auf der Straße, in Kommunen und Vereinen als Teil der »kämpfenden Front« anerkannt werden wollen«, schreiben die Autoren Andrea Röpke und Andreas Speit in ihrem aktuellen Buch »Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene«, des genau diese Entwicklung untersuchten. Die beiden beleuchten zentrale Akteurinnen in der Szene, die mittlerweile in allen Bereichen der organisierten extremen Rechten zu finden sind. Von dem »Ring Nationaler Frauen« (RNF) in der NPD, mit der die Partei auch für weibliche Symphatisantinnen attraktiver erscheinen soll, über völkische Zusammenschlüsse wie die »Gemeinschaft Deutscher Frauen« hin zu Frauen in »Freien Kräften« und »Autonomen Nationalisten« bei denen es ebenfalls immer mal wieder zu Zusammenschlüssen von Frauen kommt, wie die »Mädelgruppe der Kameradschaft Tor« (Berlin) zeigte.
Allerdings kann daraus keine Abwendung von der antiquierten neonazistischen Geschlechterpolitik, derzufolge das biologische Geschlecht über Rolle und Position in der Gesellschaft entscheiden soll und Frauen in erster Linie zu Hausfrau und Mutter degradiert sind, abgelesen werden. Denn die Aktivistinnen tragen diese Politik mit: »Trotz ihrer steigenden Präsenz, ihres Fleißes und ihrer Unverzichtbarkeit stellen weibliche Kader keine eigenen Forderungen auf, sondern verinnerlichen politische Feindbilder wie Emanzipation, Feminismus und Gender Mainstreaming.«
Das zunehmende Engagement der Frauen verläuft in der Szene auch nicht spannungsfrei, vor allem wenn es um Posten geht: »Zwar wissen die männlichen Kader um die Wirkung ihre Mitstreiterinnen im politischen-öffentlichen Raum, doch in der partei- oder szeneinternen Hierarchie würdigen die Herren das Engagement der Frauen weniger.«
So sorgten die Anordnungen innerhalb der NPD Mecklenburg-Vorpommern, bei der zwei bei der Kommunalwahl 2009 gewählte Frauen, »auf ihr Mandat zugunsten eines – männlichen – Bewerbers zu verzichten« haben, für öffentliche Kritik an der »Männersekte« durch die RNF-Bundeschefin Gitta Schüßler. Das ging nicht nur den männlichen Kadern zu weit. Sie würde »persönliche feministische Ansichten« vertreten, urteilte die RNF-Pressesprecherin Stella Hähnel und sägte mit einem Misstrauensvotum Schüßler erfolgreich ab.
Diese interessanten Entwicklungen innerhalb der Szene finden sich in dem Werk der Autoren Röpke und Speit ausgiebig und detailreich beleuchtet und macht die Lektüre des Buches deswegen sehr empfehlenswert. ■

Abonniert
das Antifaschistische Info Blatt



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
24. Jahrgang
Nummer 91 | 2.2011

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 90
Ausweitung der Kampfzone – Praktische Auswirkungen des Extremismuskonzepts; Dresden – Proteste verhindern Naziaufmarsch



AIB 89
Rechte Morde – Eine Bilanz; NPD beschließt Fusion mit der DVU; Das Auswärtige Amt – Aus dem Zwielicht erfolgreich herausgeabeitet

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Empfänger_innen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



at.tension #4

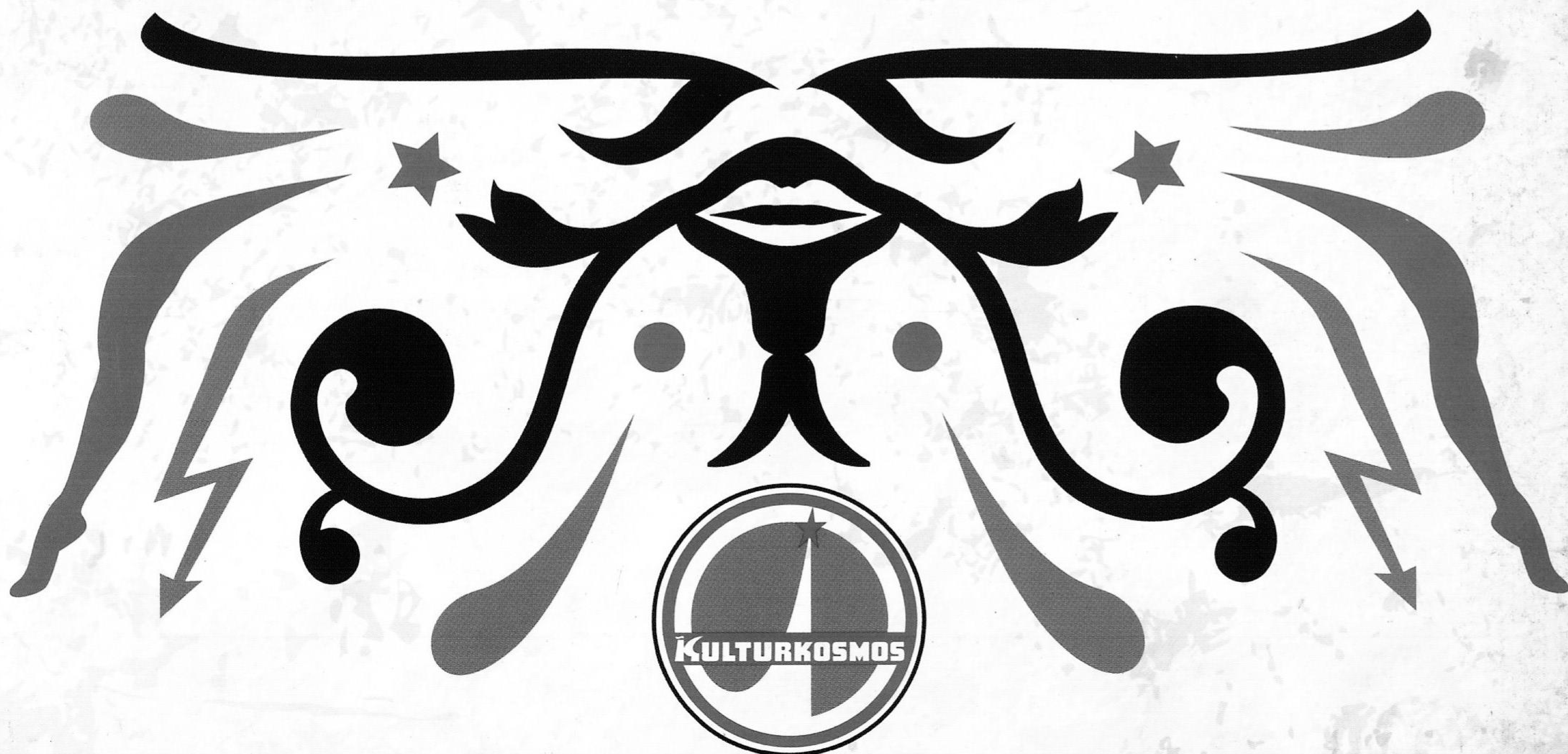
THEATERFESTIVAL



09 - 11, SEPTEMBER 2011

KULTURKOSMOS

FLUGPLATZ LÄRZ





WWW.ATTENSION-FESTIVAL.DE